

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtahauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönbach bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustriert, Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 M.— Durch die Post bezogen 2.— M.— ohne Beiklebe. Telefon Sammelnummer 72206.

Postkonto: Leipziger Buchdruckerei u. C., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipziger, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Unterlagenpreise: Die Wochenviertel, Kolonialzeile 35 Pf., bei Plakatverkauf 40 Pf.
Stellenangebote 10 gsp. Kolonialzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten
die 10 gsp. Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 M.— Unterlage v. ausw.:
die 10 gsp. Kolonialzeile 40 Pf. bei Plakatverkauf. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 M.—

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Lusträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Vom Panzerkreuzer zum Standal

Statt für 9 Millionen schon für 32 Millionen Mark Panzerkreuzer. Aufträge vergeben

Innerpolitische Krise?

Noch im Laufe dieser Woche soll der Reichstag über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer entscheiden. So kurz und eindeutig dieser Antrag formuliert ist: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt“ — so sind doch die Schwierigkeiten, in die er die bürgerliche Mehrheit bringt, recht groß. Mit den Sozialdemokraten werden die Kommunisten stimmen (sowohl sie anwesend sind), außerdem die Demokraten und voraussichtlich einige Abgeordnete der Wirtschaftspartei. Im Zentrum soll anfänglich auch bei einer Reihe Abgeordneter die Absicht bestanden haben, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Wenn nur von den Parteien, die geschlossen für ihn eintreten, nicht eine größere Anzahl Abgeordneter abwesen ist, fällt mit der Annahme des Antrages gerechnet werden. Darin sehen die Militäristen in der deutschen Republik eine Gefahr und wie aus ihrem Verhalten hervorgeht, sogar eine große Gefahr. Denn sie scheinen entschlossen zu sein, selbst einer innerpolitischen Krise nicht aus dem Wege zu gehen, um die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und damit die Fortsetzung des Baues des Panzerkreuzers zu erzwingen. Der Reichswehrminister Gröner, der als ein „guter Republikaner“ gilt und der sich selber zu einem „vernünftigen Pazifismus“ definiert hat, versucht, mit der Drohung seines Rücktrittes von den Parteien die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages zu erpressen. Nach dem Sozialdemokratischen Presseblatt stellt sich die politische Situation wie folgt dar:

Bei den bürgerlichen Parteien werden die äußersten Unstreuungen gemacht, den Panzerkreuzerantrag der Sozialdemokratie zu fällen zu bringen. Dabei ist es dort sehr wohl bekannt, daß sowohl bei der Wirtschaftspartei als auch innerhalb der Zentrumspartei große Sympathie mit dem sozialdemokratischen Antrag besteht und daß Abgeordnete dieser Parteien sich der Abstimmung enthalten bzw. abstimmen wollen. Das ist wohl auch der Grund, daß der Reichswehrminister Gröner mit den äußersten Mitteln, u. a. mit der Drohung des Rücktritts für die Durchführung des Panzerkreuzerbauens arbeitet. Er hat mehreren Parteiführern gegenüber erklärt, daß er aus Prestigegründen unbedingt am Bau des Panzerkreuzers festhalte. Allerdings will er auch sachliche Gründe für diese harmländige Vertretung seines Standpunkts haben.

Der Reichswehrminister hat sich nicht auf diese persönliche Beeinflussung beschränkt, sondern auch eine Deutschen Kriegsversicherung, die dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern des Kabinetts überreicht worden ist.

Man erhält daraus die überraschende Tatsache, daß vom Reichswehrminister schon Bestellungen im Betrage von 32 Millionen Mark ausgegeben und daß von den bewilligten 8 Millionen sogar schon 6 Millionen in bar als erste Rente bezahlt worden sind.

Das Reichswehrministerium behauptet, daß es nach der Haushaltserordnung rechtlich dazu berechtigt gewesen sei. Das ist keinwegs unbestritten. Aber selbst wenn man die Auflösung des Reichswehrministeriums als richtig unterstellen will, so bedeutet es doch eine politische Illoyalität, vor der Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag Aufträge für den Bau des Panzerkreuzers in so erheblichen Umfang zu vergeben und damit die politische Lage außerordentlich zu verschärfen.

Sollte der Reichswehrminister bei der Annahme des sozialdemokratischen Antrags keinen Rücktritt vollziehen, so würde sich möglicherweise daraus eine allgemeine Regierungskrise entwickeln. Ob sich daran auch eine Kriege im Reichspräsidium anschließt, ist durchaus noch nicht sicher.

Die grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Frage des Panzerkreuzers wird sich dadurch in seiner Weise verändern.

Zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den vier sozialdemokratischen Ministern in der Reichsregierung herrscht vollkommene Übereinstimmung. Der Weg der Sozialdemokratie ist durch ihren Antrag vorgezeichnet, der die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers „A“ verlangt. Diesen Weg wird die Sozialdemokratische Partei weitergehen. Es scheint, als ob man in gewissen Kreisen die Hoffnung habe, daß die sozialdemokratischen Minister sich von ihrer Fraktion trennen würden. Die Abstimmung im Reichstag über den sozialdemokratischen Panzerkreuzerantrag wird mit der größten Deutlichkeit ergeben, daß diese Hoffnung trügerisch ist. Die sozialdemokratischen Minister werden mit der Fraktion stimmen.

Auf jeden Fall hat sich, wie sich aus unseren Darlegungen ergibt, die politische Situation außerordentlich zugespitzt. Die Sozialdemokratische Partei wird sich weder durch Rücktrittsdrohungen noch durch andere Mittel von ihrer klaren politischen Linie in der Panzerkreuzerfrage wie aus den anderen Gebieten der Politik abdrängen lassen.

Wenn die bürgerlichen Parteien den Panzerkreuzer zu einer Wahlparole machen wollen, bei es um den Präsidentenposten, sei es um den Reichstag; die Sozialdemokratische Partei ist auch dazu bereit!

Gibt der Soz. Pressedienst die Meinung der überwältigenden Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wieder, so wird damit erneut bestätigt, daß die geschlossene Opposition der sozialdemokratischen Parteimitglieder gegen den Panzerkreuzerbau einen recht erfreulichen und durchschlagenden Erfolg gehabt hat. Möglich, daß die bürgerlichen Parteien und mit ihnen auch der „gute Republikaner“ Gröner von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine solche energische Haltung nicht mehr erwartet haben. Aber sie werden sich wohl mit ihr absindern müssen, denn in einer besonderen Notiz, die der Soz. Pressedienst verbreitet, wird noch einmal versichert, daß alle Bewilligungen aus Regierungskreisen, die sozialdemokratischen Minister, und insbesondere den Reichsanziger wenigstens zur Stimmenthaltung bei der Abstimmung des Panzerkreuzerantrags zu bewegen, nicht von Erfolg begleitet sein werden. Die vier Ge nossen, die jetzt der Regierung angehören, werden also im Reichstag plenum entgegen ihrem Verhalten im Kabinett gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmen. Der Reichsanziger wird vor Beginn der Panzerkreuzerdebatte eine Erklärung abgeben, in der es heißt, daß die Mitglieder der Reichsregierung sich bei der Erteilung des Auftrages zum Bau des Schiffes lediglich von budgetären Gesichtspunkten haben lassen und sich im Hinblick auf den sozialdemokratischen Antrag nicht mehr an diese Einschätzung gebunden fühlen.

Wenn die wenigen bürgerlichen Abgeordneten, die für den sozialdemokratischen Antrag stimmen wollten, vor der Drohung Gröners, mit dem sich der Reichspräsident Hindenburg solidarisch erklärt haben soll, nicht zusammentrüben, dann wird immer noch abzuwarten sein, was geschehen wird. Aber daß Gröner und Hindenburg mit ihrem Rücktritt drohen, und daß die bürgerlichen Parteien selbst einen so hartnäckigen Kampf für den Panzerkreuzer führen, das müßte doch schließlich allen zeigen, daß es hier nicht nur um eine Frage des Prestiges geht, sondern daß mit dem Panzerkreuzer ein Prinzip, nämlich der Beginn einer neuen Flottenaufstellung entschieden wird. Wollen die Parteien der Bourgeoisie das Volk darüber in einem Wahlkampf entscheiden lassen — die Sozialdemokratische Partei ist gerüstet!

Die Reparationsverhandlungen

SPD Berlin, 14. November. (Radio.)

Nach Beendigung der französischen Regierungskette haben nun die Verhandlungen über die Vorbereitung der Sachverständigenkommissionenberatungen zur Revision des Dawesplanes tatsächlich mit aller Energie eingesetzt. Die Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem Außenminister Briand war nicht die einzige Unterredung in dieser Richtung. Der Ministerpräsident Poincaré empfing gestern zunächst den englischen Botschafter Sir William Threlfall, dann den Finanzminister Cheron, den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau und den Direktor der Staatschuldenverwaltung, Morel. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Der deutsche Botschafter soll schon heute und nochmals am Freitag wieder am Quai d'Orsay vorschreiten. Die Pariser Presse bestätigt, daß nur noch ein einziger strittiger Punkt besteht, und zwar, welche Instruktionen der Sachverständigenkommission gegeben werden sollen. Da diese Kommission tatsächlich aus unabhängigen Sachverständigen zusammengesetzt wird, scheint schon die Tatsache zu beweisen, daß Frankreich zu seinen Delegierten den Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und die beiden früheren französischen Mitglieder des Daweskomites, Parmentier und Sergent, zu ernennen gedenkt. Die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen über die auf die deutsche Demarche zu erzielende Antwort sollen bereits weit vorgeschritten sein. Die Antwort dürfte in längstens vier bis fünf Tagen erwartet werden.

Die Wahl in Nikaragua

SPD Das endgültige Wahlergebnis der Präsidentenwahl in Nikaragua ergab 56.730 liberale und 33.113 konservative Stimmen. Damit ist General Moncada zum Präsidenten gewählt.

Die Abwehr der Sozialdemokratie

Brandes gegen die Eisenbarone

Die Debatte im Reichstag

SPD Der Reichstag setzte am Dienstag die Debatte über die Ausperrung im Ruhrgebiet fort.

Abg. Brandes (Soz.)

Der kommunistische Abgeordnete Florin hat gestern eine solche Fülle falscher Behauptungen gegen die Gewerkschaften, gegen meine Parteifreunde und über die ganze Situation ausgesprochen, daß ich meine Redezeit ausbrauchen würde, wollte ich alle diese Unwahrheiten widerlegen. Das werden Sie mir nicht zumuten. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Erregung über diesen rücksichtlosen Angriff der Unternehmer erinnert an die Novemberberge vor 10 Jahren. Damals hat die Entziehung und Unterdrückung der Arbeiter zum Aufstand geführt. Es ist unerträglich für einen Rechtsstaat, daß eine Handvoll Leute Hunderttausende, ja Millionen brotlos machen kann — nur deswegen, weil der Staat Frieden rüsten wollte auf Grund der Gesetze, wobei die Forderungen der Arbeiter nur zu geringem Teil bewilligt worden sind. In dem größten deutschen Industriegebiet herrscht deswegen eine Kampftummlung wie 1923/24. Die Gesamtirtschaft ist auf das schwere erschüttert und der Reichstag ist verpflichtet einzutreten.

Es war nicht leicht für die Gewerkschaften, diesem Schiedsentscheid zuzustimmen.

Die Unternehmer aber antworteten, indem sie das Reich durch die Wiederholung der Verbindlichkeitserklärung verhöhnen. (Schrift wahr!) Die Unternehmer wollen das Schlichtungswochen mit allen anderen sozialpolitischen Einrichtungen zermürben, dazu haben sie schon einen 50-Millionen-Fonds errichtet. Hundertmal sind Schiedsentscheide vom Schlichter allein gefällt worden — niemals haben die Unternehmer dagegen protestiert. Die Akkordverhöhen sind früher auf Verlangen der Unternehmer in Schiedsentscheide hingekommen, jetzt wollen sie daraus die Rechtsunwirksamkeit ableiten! Dieser Schiedsentscheid ist geradezu eine Kopie vieler anderer, gegen die Unternehmer niemals Einspruch erhoben haben. Das gefährliche Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts wundert einem nicht, wenn man weiß, daß 55 Prozent der Schiedsentscheide nicht für verbindlich erklärt werden konnten, weil sie grobe Formfehler enthielten. Warum sind die Unternehmer nicht an das für den Sitz ihres Verbandes zuständige Arbeitsgericht gegangen, sondern nach Duisburg? Vielleicht weil dieser Vorsitzende

in einem Kampf der Binnenfeinde eine extrem gewerkschaftsfeindliche Haltung eingenommen hat? (Hört, hört!) Derselbe Richter hat, nicht in der Verhandlung, aber nachher in der Presse eine Urteilsbegründung gegeben, in der ganze Stellen aus den Darlegungen der Unternehmer enthalten sind. (Hört, hört!) Der Richter sagt, es sei gerichtlich bekannt, daß der Schiedsentscheid nur vom Schlichter allein gefällt worden sei; die Schlichtungsberatung ist doch geheim, jene Behauptung kann nur durch Bruch der Vertraulichkeit entdeckt sein, und das nennt man gerichtlich bekannt!

Die Unternehmer haben den Kampf gewonnen, Vorspiele dazu hat es genug gegeben, so in dem bekannten Hagener Fall. Wir sind zur Verständigung bereit, aber nur unter Anerkennung des Schiedsentscheides, denn wohin würde es führen, wenn die Arbeiter sehen müßten, daß nur zu ihrem Nachteil Schiedsentscheide mit Erfolg verbindlich erklärt werden, aber nicht, wenn die Unternehmer es verbieten.

Auch nach dem Schiedsentscheid bleiben die Löhne noch unter denen in anderen deutschen Eisenwerken.

Dazu kommt die Nationalisierung, deren Erfolg sich darin ausdrückt, daß immer noch rund 6000 Arbeiter 60 Stunden in der Woche arbeiten, 75 000 noch 57 Stunden, 90 000 noch 54 Stunden, 84 000 noch 56 Stunden und nur 19 000 bloß 48 Stunden in der Woche, jedoch auch die 2 Wochen lang, während in der dritten Woche eine Schicht dazu kommt! (Hört, hört!) Es wäre doch traurig, wenn eine so hoch rationalisierte Industrie diese Lohnhöhung nicht ertragen könnte. Was die geringe Erhöhung der Akkordlöhne betrifft, so beträgt sie in Dreiviertel aller in Frage kommenden Werken nur 2 Pfennig, nur bei einem bescheidenen Teil 6 Pfennig. Die Lohnsteigerung erhöht die Produktionskosten nur zwischen einem halben und 2 Prozent, in wenigen Fällen um 2½ Prozent.

Das soll untragbar sein. Als aber der Kampfsfonds geschaffen wurde, und sich dagegen eine gewisse Opposition zeigte, erklärte Herr Pönsen, den Opponenten, es handle sich doch nur um 2½ Prozent der Lohnsumme.

Für Kampfsbeiträge ist das Geld da, aber wenn es um den Menschen geht und um seine Kultur, dann sind diese 2½ Prozent Erhöhung untragbar! (Hört, hört!)

Wir haben gar keine genauen Unterlagen dafür, wie die Lohnerhöhung auf die Preise wirken würde. Darüber gibt es nur Verhältniszahlen aus verschiedenen Zeiten, die sich schlecht miteinander vergleichen lassen. Höchste Zeit wird es, daß auch für das Eisen ein Selbstverwaltungsförder geschaffen wird, allerdings ein anderer als der Eisenwirtschaftsbund, der trotz seiner Ungünstigkeit von den Unternehmern in der heftigsten Weise bekämpft und schlichtlich

durch eingesetzt worden ist. Die Preise sind längst wieder auf die frühere Höhe heruntergegangen, die Schrottopreise sind erheblich gesunken, die Brachsteigerung ist demagogisch übertrieben worden.

Durch die Nationalisierung ist die Leistung der Arbeiter gestiegen, beim Roheisen 1925/26 um 18 Prozent, im vorigen Jahre um 27 Prozent, beim Rohstahl 1925/26 um 40 Prozent, im darauffolgenden Jahr um 42 Prozent, 1928 aber wird die volle Auswirkung der Nationalisierung bringen und dadurch eine weitere Steigerung.

Aus allen diesen Gründen haben selbst unternehmerfreundliche Blätter diese Stellungnahme der Unternehmer nicht verstehen können, sondern den Schiedspruch als selbstverständlich angesehen und die Verbindlichkeitserklärung durchaus gutgeheissen. Die Unternehmen verzweigen auf die ausländische Konkurrenz bei niedrigeren Löhnen. England und Scandinavien, erst recht Amerika zahlen bedeutend höhere Löhne, nur Belgien, Luxemburg, Frankreich und einige kleinere Oststaaten niedrigere. Über die Industrien müssen Rücksicht aus Deutschland beziehen und dadurch ist schon ein Ausgleich geschaffen. Die Verarbeitung von Minette in jenen Industrien erfolgt in Dosen bis etwa 250 Tonnen Leistungsfähigkeit, während die Dosen in Deutschland eine Leistungsfähigkeit von 700, 800, ja 1000 Tonnen haben. Auch hier ist also der Ausgleich gegeben. Vor der letzten Preissteigerung wurde behauptet, man müsse mehr Arbeiter einstellen und daher die Preise erhöhen.

Die Preise sind erhöht, aber mehr Arbeiter nicht eingestellt worden.

Die Arbeiterzahl ist fast unverändert und das in einer Zeit, von der Herrn Bögl im Enqueteausschuss erklärt hat, dass sie eine Zeit der besten inländischen Konjunktur gewesen sei, in der man 90 bis 95 Prozent der inländischen Werkstattkapazität auszunutzen vermochte.

Der Unternehmer sind bloßer immer bevorzugt worden. Jetzt muss das Reich den ausgesperrten Arbeitern helfen und den Betrag dann von den Unternehmern einzischen, wie das unser Gelehrter will fordert.

Jetzt Aenderungen im Schlichtungswesen nach dem Antrag Siegwalds vorzunehmen, hieße den Unternehmern das Spiel erleichtern. Das Schlichtungswesen soll Tarifabschlüsse fördern und erleichtern, weiter soll es nichts und darum können wir, wenigstens jetzt, den Zentrumsanträgen nicht zustimmen. Jetzt muss den Unternehmen eine solche nachdrückliche Lehre erteilt werden, dass ähnliche Aussprüngungen auf absehbare Zeit vermieden sind. Ist das geschehen, dann wird es Zeit sein, die Erfahrungen gleichgerichtet auszunutzen, etwa durch die Errichtung eines Selbstverwaltungsräters für die Eisenindustrie. Sollten die Unternehmen aber haßstarrig bleiben, so fordern wir von der Regierung die unverzügliche Suspendierung der Eisenzölle. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Und schließlich würde auch die Enteignung solcher Unternehmen zu erwägen sein, die ihr Eigentum übermäßig zum Schaden des Volkes und zur Abschaffung gegen den Staat missbrauchen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir fordern die Wiedergutmachung dieses Rechtsbruchs und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Forderungen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Dnl.): Wir bedauern, dass der Arbeitsminister, wenn auch in zurückhaltender Weise, durch seine Ausführungen über die Rechtslage den weiteren Entscheidungen der arbeitsgerichtlichen Instanzen vorgegriffen hat. Die Forderung der Arbeiter auf Lohnsteigerung ist berechtigt, aber einen Kampf darum bis zur Vernichtung der Wirtschaft und der Arbeitsgelegenheit zu führen, würde bedeuten, dass man auf Kosten der Zukunft lebt. Zu Friede, Freiheit und Brot kommen wir erst, wenn wir Verständigung nach innen und Klassenkampf nach außen führen, nämlich Klassenkampf unseres unterdrückten Landes gegen die Unterdrücker. (Lebhafter Beifall und Händelsklatsche bei den Dnl.)

Nationalarbeitsminister Wissell

Der Vorredner hat mir vorgeworfen, dass ich die Rechtslage hier dargestellt habe. Hätte ich das nicht getan, so wäre mir sicher der Vorwurf gemacht worden, dass ich meine Rechtsposition für zu schwach hielte, um sie zu vertreten. Die Deutsche Bergwerkszeitung hat geschriften: "Das große Unheil, das durch die unerwartete Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs hervorgerufen ist, hat viele zum Nachdenken angeregt." Also die Verbindlichkeitserklärung soll das große Unheil angerichtet haben. Das war am 9. November. Am 10. November schrieb die Deutsche Allgemeine Zeitung, man habe dem sozialdemokratischen Arbeitsminister die Vertretung dieser Sache im Reichstag überlassen, um seine Verantwortung für die Erteilung und Zulässigung des Konflikts klar und deutlich hervortreten zu lassen. Hat nun die Verbindlichkeitserklärung den schweren Konflikt und die Zulässigung herbeigeführt oder nicht vielmehr die Aussperrung? (Sehr wahr!) Ob die Verbindlichkeitserklärung gekommen wäre oder nicht, ob es noch eine weitere Frist angeordnet hätte — es wäre ausgesperrt worden! (Lebhafte Sehr wahr! links und im Zentrum; Widerspruch rechts.)

Die Bergwerkszeitung vom 10. Oktober sagte: Ob die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt oder ausgesprochen wird, oder ob noch eine weitere Frist gezeigt wird, es wird am 1. November nicht weitergearbeitet! (Zuruf rechts: Die Zeitung kann uns doch nicht binden!) Aber sie ist doch das Sprachrohr der Unternehmer! Ich muss jedenfalls ablehnen, die Zulässigung der Situation herbeigeführt zu haben, sie wäre gelommen, wie ich auch entschieden haben würde. Nur eins wäre anders gewesen: Wenn ich die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt hätte, dann wären meine wirtschaftlichen Kenntnisse und meine Weisheit von den Herren da drüber bis über das Dach hinaus gelobt worden, während mit jetzt vorgeworfen wird, falsch geurteilt zu haben.

Aus diesen Gründen habe ich die Rechtslage auseinandergesetzt, ohne die geringste Absicht einer Einwirkung auf die Rechtsprechung. Heute haben in Düsseldorf Verhandlungen zwischen den Parteien begonnen, ich habe mich bemüht, zu erfahren, wie sie stehen, habe aber noch keine Mitteilung bekommen. Ich glaube, am besten würde es sein, sich über die Wiederaufnahme der Arbeit zu einigen, ohne dass dadurch der endgültige Entscheidung der Rechtsfrage vorgenommen würde. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Moldenhauer (Volkspartei): Zu diesem Konflikt konnte es nur durch das falsche System einer amtlichen Lohnfestsetzung kommen, wobei politische Motive die wirtschaftlichen überwiegen. Gerade in der Eisen- und Kohlenindustrie ist dieses System bis zur Auschaltung der freien Lohnvereinbarung und zu einer wahren Zwangswirtschaft gediehen. Dem Antrag auf Reichszahlung an die Ausgewerken können wir nicht zustimmen, Reichszahlung an die Ausgewerken können wir nicht zustimmen, und bitten dringend, den Antrag auf Einziehung dieses Beitrags von den Unternehmen zurückzuziehen, denn er würde das Zusammenwirken der Parteien, die wegen des Reparationsproblems besonders notwendig wären, in dem Augenblick unmöglich machen. (Beifall b. d. Volks.)

Abg. Colossa (Wirtschafts-P.): Hoffentlich führen die neuen Verhandlungen zu der notwendigen Verständigung. Die Firma "Deutschland" muss ihre Handlungsfreiheit herabsetzen; gelingt das, so wird es allen Deutschen besser gehen. Der Metallindustrie geht es nicht gut, sie ist sehr stark belastet, die Konkurrenzländer haben nicht den Krieg zu bezahlen. Wir müssen die Volksgenossen vor Elend schützen, aber wir tun etwas zuviel auf diesem Gebiet. Nicht auf die Lohnhöhe kommt es an, sondern auf die Kaufkraft. Folgen Sie (zu den Soz.) doch Ihrem leitenden hier bejubelten Freund Macdonald, der nicht durch Arbeitstreppen, sondern durch Arbeitskriegen seinem Lande helfen wollte. Die Entscheidung sollte nicht der Arbeitsminister allein haben, sondern ein Kollegium unangreifbarer Personen, auch das Wirtschaftsministerium soll vertreten sein. In dem vorliegenden Fall war der Wirtschaftsminister nicht mit dem Arbeitsminister einverstanden.

Abg. Schneller (Dem.): Die Eisenproduktion beträgt wieder 90 Prozent des Vorriegsstandes trotz aller Schwierigkeiten. Die

Der europäische Osten

Stürmische Parlamentssitzung in Warschau

Neue Komplikation der Ukrainer

SPD Warschau, 13. November.

Im Sejm kam es am Dienstag zu einer außerordentlichen heftigen Debatte. Der Bauernabgeordnete Dobroński griff zunächst das Steuersystem der Regierung an und verwahrte sich dann gegen das bekannte Interview Pilсудskis, in dem die Volksvertretung eine Dörferbande genannt wurde. Wenn der Sejm schlecht sei, dann solle die Regierung ihn auflösen. Wenn er sich aber ungestraft beleidigen lasse, so wäre er eine feige Gesellschaft.

Der ukrainische Abgeordnete Waszyński wandte sich gegen die Unterdrückungsmethoden der Regierung in der Ukraine. Dem im Saale anwesenden Innenminister wünschte er Terrorisierung der nicht polnischen Völker vor. "Wenn Ihr glaubt," so rief er, "mit Gewalt etwas ausrichten zu können, so schlägt nur zu!" Dieser Satz wird von den ukrainischen Abgeordneten aller Parteien mit starker Beifall begleitet. Der Redner führt dann fort: "Die Bedürfnisse des ukrainischen Volkes sind in dem neuen Haushalt des künftigen Jahres vollkommen überwunden worden. Unsere Universitäten sind die polnischen Gefangen, aus denen die Beamten der künftigen unabhängigen Ukraine hervorgehen werden. Sämtliche kulturellen Errungenschaften, die der ukrainischen Bevölkerung zu österreichischen Zeiten eingeräumt worden sind, hat die polnische Regierung aufgehoben. Der Kosack Russland ist vor 10 Jahren zugrundegegangen, weil er zwei fremde Völker in seinen Staatskörper aufgenommen hat. Polen, das viele Millionen Ukrainer mit Gewalt innerhalb seiner Grenzen hält, kann es ebenso gehen." Der Redner schließt unter dem begeisterten Beifall der 45 ukrainischen Abgeordneten in der Hoffnung, dass bald die Sonne über eine unabhängige Ukraine aufgehen werde.

Als dann ein Kommunist zu sprechen versucht, verlässt die Mitglieder der Regierung geschlossen den Sitzungssaal. Auf den Bänken des Regierungsblocks entstand ein ungeheuerer Krach, der von einem Pulsdekolortz begleitet war. Der Redner wurde schließlich gezwungen, abzutreten.

Politische Auseinandersetzung mit Revolvern

SPD Berlin, 14. November (Radio).

Der Vorsitzende des Regierungsblocks im polnischen Parlament, Oberst Slawek, hat in der vergangenen Woche den Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktion der polnischen Sozialisten, Matek, in unehrenhafter Weise beledigt und seine Rede in öffentlicher Sitzung eine gemeine Schuftigkeit genannt. Die sozialistische Parlamentsfraktion stellte darauf einstimmig fest, dass Oberst Slawek sich mit diesen Beleidigungen außerhalb der Grenze des Ehrgeizs gestellt habe. Diese Erklärung wurde im Zentralorgan der Sozialistischen Partei, dem Robotnik, veröffentlicht.

Gestern hat nun Oberst Slawek dem Chefredakteur des Robotnik, Niedzialkowski, seine Zeugen geladen und zwar den Hauptmann Wieniawa-Dipolowowski und Pietrzki. Niedzialkowski nahm die Forderung an und ernannte zu seinen Schudenten den Abgeordneten Kwapinski und den früheren Minister Thugutt.

„Es gibt keine Wilnafrage“

OC. In der Warschauer Presse wird eine amtliche polnische Erklärung veröffentlicht, die auf die Rechtslage zwischen Polen und Litauen nach der Königsberger Konferenz eingeholt: die bekannte Einschließung des Volkerbundes des Deutschen Reiches des vorigen Jahres berechtigte Litauen nicht zu der Behauptung, dass die Gebiete Wilna und Grodno damit als „stötig“ Gebiete anerkannt worden seien. Die Resolution des Volkerbundes habe sich darauf beschränkt, weder von der polnischen noch von der litauischen Seite einen Verzicht auf die eigene Meinung über den Charakter dieser Gebiete zu verlangen. Wenn Litauen zu konkreten Projekten über etwaige Abkommen mit Polen zur Aufrechterhaltung seines eigenen Standpunkts irgendwelche Verwahrunghen oder Zukäufe machen wollte, so werde Polen diese prüfen und in Betracht ziehen. Die Herstellung eines unmittelbaren Vertrags zwischen Polen und Litauen sei aber eine technische Frage, die daher Litauens grundlässlichen Standpunkt gar nicht berühren könnte. Weiter sieht die Erklärung dann den polnischen Rechtsstandpunkt auseinander, wonach die Wilnafrage endgültig erledigt ist.

Keine Linkspartie in Lettland

Rücktritt des estnischen Kabinetts

SPD Riga, 13. November.

Der Versuch der lettischen Sozialdemokratie zur Bildung einer Linkspartie ist gescheitert. Die Verhandlungen zeigten jedoch eine starke Linksländer im Parlament, so dass im Lager der Sozialisten nach dem Ablauf einer gewissen Zeit die Bildung eines Linkskabinetts für möglich gehalten wird. Vorläufig hat der Bauernbund die Bildung der Regierung übernommen.

Die estnische Regierung ist infolge Differenzen des Bauernbunds mit den Neusiedlern am Dienstag zurückgetreten.

Der Rücktritt der estnischen Regierung ist die Folge der bereits vor einigen Tagen erfolgten Demission des Bauernbundministers. Der Bauernbund hatte seinem eigenen Minister das Vertrauen entzogen, weil er angeblich von der wirtschaftspolitischen Linie seiner Partei abgewichen war. Die Lösung der estnischen Regierungskrise ist für Deutschland im Hinblick auf die mit Estland schwierigen Handelsvertragssonderhandlungen von besonderem Interesse.

Die Lage in Jugoslawien

SPD Belgrad, 13. November.

Am Montagabend erfolgte der erste Versuch zur Beilegung des serbisch-kroatischen Konfliktes. Der Gründungsmitglied Savitschits aus Ugram, ein Mitglied der Präsidenten-Partei, der seit Wochen inoffiziell in Belgrad verhandelt, wurde offiziell vom Ministerpräsidenten Karosch empfangen. Ein heute ausgegebenes Regierungskommunikat bestätigt die offiziellen Verhandlungen und sagt, die Regierung und ihre Parteien seien zu jeder Einigung bereit, die die Festigung des Staates bezweckt. Savitschits sei beauftragt, dies der Opposition mitzuteilen.

Savitschits erklärte gegenüber Pressevertretern, die Regierung akzeptiere Neuwahlen, aber nur nach vorheriger Bildung eines Konzentrationskabinetts, dem die jetzige Opposition angehören müsse. Die Regierungserklärung ist aber zu allgemein, als dass Savitschits' Aktion sofort Erfolg haben könnte. Präsidentenwahl hat bereits vor einigen Tagen Savitschits abzuschließen versucht.

Der ehemalige Ministerpräsident Davidowitsch, Führer der der Regierung angehörenden Demokraten, widerspricht Präsidentenwahl in einem Interview, das er dem Vertreter des Soz. Pressedienstes gewährte. Davidowitsch erklärte, er habe selbst mit Savitschits als mit einem offiziellen, von der Opposition entsandten Vertreter verhandelt. Die heutige Politik verbreitet in seinen Lettern die Erklärung Davidowitsch' an den Vertreter des Pressedienstes.

Keine Verständigung

SPD Belgrad, 13. November.

Auf das an die Kroaten gerichtete Friedensangebot der Regierung hat am Dienstag der Führer der Opposition Präsidentenwahl ist insbesondere über die Erklärung des Demokratenforschers Davidowitsch an den Vertreter des Soz. Pressedienstes erwidert. Er sagt in seiner Erwidlung, dass die Erneuerung von Davidowitsch nichts anderes als ein Belgrader Manöver sei und den Zweck verfolgen, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob die Opposition die Regierung um eine Verständigung erachtet habe. Die von Savitschits angeblich im Auftrag der Kroaten geführten Verhandlungen interessieren die Opposition absolut nicht.

Es dürfte deshalb vorläufig alles beim alten bleiben.

Die nächste Tagung des Volkerbundes

SPD Genf, 13. November.

Die vorläufige Tagessordnung des am 10. Dezember zusammenfindenden Volkerbundes umfasst 28 Punkte. Von politischen Gewicht ist der Bericht über die Situation der ungarnisch-rumänischen Verhandlungen über die polnisch-litauischen Verhandlungen. Während der Rat in der Optantenfrage nur davon Kenntnis nehmen durfte, dass die Verhandlungen schwanken, ist aus politischen Ausschüssen zu schließen, dass Polen bei der Beendigung des polnisch-litauischen Streits vom Rat eine inhaltliche Entscheidung, zum mindesten die Ernennung eines Abstimmungsgliedes zum Vorsteher für weitere direkte Verhandlungen fordern wird. Der Rat hat weiter, eine Reihe von Minderheitsfragen zu behandeln, darunter nicht weniger als sieben Fälle, in denen Polen oberhöchstes Minderheitskabinett geschlossen oder trotz Ratsbeschluss nicht wieder geöffnet hat. Der Zentralausschuss zur Überwachung der Opiumkonvention ist zu wählen. Hier hofft Deutschland, einen von den acht Sitzen zu erhalten.

Graf Bernstorff wird bis zur Ratssitzung einen neuen Bericht seiner Kommission zum Entwurf eines Abkommens über die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie vorlegen. Der Ausschuss tritt am 5. Dezember, also vor der Ratssitzung, zu einer neuen Prüfung der Möglichkeit einer Einigung zusammen.

Im Übrigen hat der Rat eine Reihe laufender und zum Jahresende fälliger Arbeiten zu erledigen. Hierin gehört die Ernennung des Präsidenten für die vier Investitionskommissionen, die in jedem Dezember für ein Jahr ernannt werden.



Weite Europa: "Ein Jahrzehnt alt und noch immer ein unbekanntes Kind!"
"Molenstrater" — Amsterdam.

Joseph Paul-Boncour

Von Kurt Baumann.

Aus Frankreich kam die Nachricht, daß Paul-Boncour in einem Schreiben an den Vorstand der Sozialistischen Partei es abgelehnt hätte, der ihm durch Parteibeschluß auferlegten Verpflichtung nachzukommen, sich, wie vorgesehen war, am 11. November der höchsten Parteinstanz zur Berichterstattung über seine Tätigkeit als Völkerbunddelegierter der französischen Regierung zu stellen. Der „Fall“ Paul-Boncour besitzt eine streng logische Geschlossenheit.

Worin lag die ganzen Jahre hindurch der Unterschied zwischen der außen- und militärischen Politik der französischen Sozialisten und der Paul-Boncoures? Die französische Partei hat sich bei den ersten Krediten für den Kriegskrieg der Stimme enthalten, und in der ersten Etappe des Marokkrieges gegen Abd el Krim die gleiche unsame Haltung an den Tag gelegt. Auf einer Egentwickelung der SUJ vom Mai 1925 wurde in einer Erklärung der Genossen Bauer, Dan und Czech auf die Gefahr der Marokkopolitik der französischen Sozialisten hingewiesen; es sei dieselbe Politik, die einstens zur Spaltung der Sozialdemokratischen Parteien während der Kriegszeit geführt hätte. In der zweiten Etappe des Marokkrieges änderten die französischen Sozialisten ihre Haltung in eine schärfere Oppositionstellung um: der imperialistische Charakter des Krieges war denn doch zu offenbar geworden. Hierin, nicht in einer grundsätzlichen Aenderung der Stellungnahme zur kapitalistischen Außenpolitik überhaupt als einer Ausdrucksform imperialistischer Zielrichtung lag die Opposition gegen Paul-Boncour begründet.

Was nützt es, wenn die französische Partei von Parteitag zu Parteitag immer die berühmte „Motion“ zum heiligen Schwur erhob, der mit heftiger Gegnerschaft den bürgerlichen Klassenstaat bedachte, jedweden Eintritt in die Regierung ablehnte und viele andere „principielle“ Lösungen wider den „Reformismus“ proklamierte — und wann auf der anderen Seite die Politik der „linken“ Parteimehrheit das Rätsel übrigließ, worin sie denn eigentlich links sei. Denn innerpolitisch unterschied sich die Haltung der Faure-Gruppe von der Renaudels nur dadurch, daß die Vorschläge Renaudels — politisches Einheitsziel, Regierungseintritt usw. — eine wenn auch reformistische, ja doch logische Weisheit besaßen, während der „Prinzipienresolution“ der Parteimehrheit keine konkrete Gestaltung einer praktischen Oppositionspolitik zu folgen standen war, die Oppositionspolitik aus einer bloßen Passivität schwerlich hinausgelangte.

Vom Sozialpazifismus ausgehend, endete die „außenpolitische“ Richtung der Parteimehrheit schließlich dann beim Sozialimperialismus, als das erste Militärgebot, die sogenannte Ley Paul-Boncour, zur Beratung stand. Einstimig (späterhin, wenn wir das richtig verfolgt haben, gegen die eine Stimme des Genossen Lebas) entschloßen sich Kammerfraktion und Senatsfraktion für das Militarisierungsgesetz. Als der Sturm in der französischen Partei einsetzte, wurde diese Haltung Gegenstand einer lebhaften Parteidiskussion. Die Lösung, die die Nationalratstagung der Partei vom Juni 1927 versuchte, machte die endgültige Zustimmung zu dem Gesetz von einigen Mobilisationen abhängig. Es wichtig die auch sehr möchten, die grundähnliche Haltung der französischen Partei zur Militärfrage und zum Verleidungskrieg blieb unberührte. Nur die Maurin-Gruppe und ein geringer Teil des Jyromski-Clubs stimmte gegen die Nationalratsresolution.

Paul-Boncour hatte es sehr richtig erkannt, daß eine solche Politik, will man sie offen in den Dienst des französischen Außenministeriums stellen, um konsequent zu bleiben, auch nicht vor den letzten Konsequenzen zurückstehen darf. Die Opposition in den eigenen Reihen begann, von Jyromski, Brade usw. geführt. Seit Ende 1925 wurde der „Fall“ Paul-Boncour Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen. Paul-Boncour scheute sich nicht, die Erkenntnis, daß die leichte Konsequenz des Sozialimperialismus auch auf den Sozialismus als Phrasé wird verzichten müssen, offen auszusprechen. In seinem oft genannten Brief an den französischen Parteivorstand (CAP) vom 14. Juni 1926 (abgedruckt in der *Terre Nouvelle* vom 12. August) bekennt er:

„Nichtsdestoweniger sind es sowohl in Genf wie in der Kammer, auf dem Gebiete der Außenpolitik und der nationalenVerteidigung, vor allem die Interessen meines Landes, von denen ich, wie ich den Anspruch erhebe, mich lebend lasse, und wenn ich der Ansicht wäre, daß ein Widerspruch zwischen Ihnen und der Exekutive der Internationale bestünde, so erkläre ich nun umwunden, daß ich die Richtlinien der Internationale den Interessen meines Landes offenstellen würde.“

Worauf Paul-Boncour von dem Generalsekretär der Partei nicht etwa einen Rüffel oder einen Hinweis auf die Statuten der Sozialistischen Arbeiterinternationale, sondern ein Kompliment erhielt.

Die Nationalratstagung vom 1. November bringt eine längere Paul-Boncour-Debatte. Paul-Boncour ließ niemanden im Zweifel:

„Ich sage es der CAP und ich wiederhole es hier, daß ich in seinem Fall die Interessen meines Landes preisgeben werde... halte euch daran, auch nur zum Schein die Interessen des Sozialismus den Interessen des Vaterlandes entgegenzustellen, es wäre eine Selbstherausforderung.“

Alsdann beschloß der Nationalrat — von Renaudel bis Brade — die Resolution Vincent Auriol, in der es heißt:

„Der Nationalrat stellt mit Genugtuung fest, daß Paul-Boncour... trotz allen Hindernissen eine Arbeit vorbereitet hat, die auf dem Wege der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen zu einer allgemeinen Abrüstung der Völker führen soll.“

Der Nationalrat sieht daher sein Vertrauen in den Genossen Paul-Boncour, daß er die Partei über seine persönliche Tätigkeit und die Arbeiten des Völkerbundes auf dem laufenden halten und sie im gegebenen Falle auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen wird, die anlässlich eines Auftrages der Regierung entstehen könnten.

Bis dahin wird die Paul-Boncour erteilte Ermächtigung von der Partei bestätigt und aufrecht erhalten.“

Nun reiht sich ja das eine zu dem anderen, die Erklärung Paul-Boncoures zu den Voraussetzungen, die die Resolution annehmen, wie Paul-Boncour auf Karl Marx. Aber immerhin, man beschloß dies.

Im Jahre 1927 kam dann die Beratung der Militärgefechte, nachdem inzwischen Paul-Boncour bei der Genfer Abrüsterei eine helle Arbeit zu Nutz und Frommen des französischen Militarismus geleistet hatte. Paul-Boncour vertrat sein Gelehr mit einer solch starken sozialistischen Verständnis vor der Kammer, daß der Temps mit Zufriedenheit feststellen konnte: „Die reaktionären Nationalisten haben an der Beweisführung von Paul-Boncour nichts auszusehen gehabt.“ Der Nationalrat vom Juni brachte diesmal die Debatte über Paul-Boncour von einer anderen Seite. Das Ergebnis war ein Besluß der Vorbehälte, die prinzipiell nichts bedeuten.

Eigene Zeit war Ruhe. Auf dem Weihnachtsparteitag wurde Paul-Boncour der jüngsten Entwicklung der intereuropäischen Politik gerecht, indem er die viel beachten Reserve gegen die Rheinlandräumung vortrug. Diese Ausführungen, die in einem Interview noch frischer zum Ausdruck gebracht waren, gingen beim Parteivorstand der deutschen Partei über die Halsknarre, und er legte bei den französischen Genossen Beschwerde ein. Auf der Nationalratstagung von Toulouse hielt Paul-Boncour dann wieder Paul-Boncour abermals veragt worden.

Wege des Imperialismus

Kriegsästhetikpolitik und Ausrüstung

TU London, 13. November.

Das amerikanische Marineministerium veröffentlicht eine Erklärung, in der zum erstenmal seit dem Jahre 1922 die Grundlagen der amerikanischen Flottenbaupolitik genau umschrieben werden. In der Erklärung wird betont, daß die amerikanische Flotte so stark sein müsse, um die amerikanischen Handelsverbindungen an der Küste und nach Übersee ausreichend schützen zu können. Über die Kreuzerstärke der amerikanischen Flotte sagt die Erklärung, daß die alten Kreuzer durch moderne 10 000-Tonnen-Kreuzer mit 20-21-Zentimeter-Geschützen ersetzt werden sollen. Weiter behauptet die Erklärung mit der Notwendigkeit einer starken Luftstreitkraft für die Flotte, wofür zwei Typen von Marineflugzeugen vorgesehen sind: 1. schwere Flugzeuge mit Torpedos an Bord für lange Ausklärungsflüge, 2. leichte Flugzeuge für Kampfzwecke.

Die Vereinigten Staaten und Russland

Der Vertreter des Trustkapitals in Moskau

TU Kowno, 14. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, traf am Dienstagabend der amerikanische Sachverständige in Polen, Dewey, in Kowno ein. Dewey wurde bereits an der Sowjetgrenze von Vertretern der Sowjetregierung empfangen. Der Sowjet-Presse erklärte er, daß seine Reise einen rein informatorischen Charakter trage und daß es

eine besondere Aufgabe sei, das russische Wirtschaftsleben in Moskau eingehend zu studieren. Am Mittwoch wird Dewey von Rykov, Litwinow und dem Finanzkommissar Mikojan empfangen werden. Weiter wird die Sowjetregierung ihm zu Ehren ein Diner geben, an dem die Vertreter des diplomatischen Korps, der ausländischen Presse und der Sowjetbehörden teilnehmen werden. Von den vier Tagen, die er in Moskau zu verbringen beabsichtigt, werden die ersten beiden Tage ausschließlich politischen Besprechungen gewidmet sein. Ferner wird er einen Vortrag über die Entwicklung der englisch-amerikanischen Handelsbeziehungen halten. In Moskauer politischen Kreisen wird der Reise des amerikanischen Sachverständigen die größte Bedeutung für die russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen beigemessen.

Kolonialunterhen

SPD Berlin, 15. November.

Der Intraligeant meldet, daß in der französischen Kolonie Guadeloupe, die kürzlich von einer Wirbelsturmatastrophe außerordentlich schwer heimgesucht worden ist, Unruhen ausgebrochen sind. Die notleidende Bevölkerung beschwert sich über die ungünstige und vollkommen parteiliche Verteilung der Nahrungsmittel und sonstigen Hilfsmittel, die aus Frankreich zur Rettung der ersten Not gesandt worden seien. Insbesondere erregt man sich darüber, daß ein Lager von Mehl und Reis verborben sei, während die Bevölkerung rationiert werde. Auch gebe der Wiederaufbau mit einer verzweifelten Langsamkeit vor sich, da die Verwaltung sich von ihren üblichen burokratischen Schikanen nicht freimachen könne.

Die bescheidenen Stahlhelmer

SPD Berlin, 14. November (Radio).

In einer Stahlhelmversammlung in Magdeburg hat Seldis den Entwurf des Stahlhelm-Volksbegehrens mitgeteilt, der folgenden Wortlaut hat:

„1. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurtüstreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrückliche Beschlüsse sein Vertrauen entzieht“ — wird aufgehoben.

2. Der Artikel 87 der Reichsverfassung betreffend Immunität der Abgeordneten erhält als Absatz 4 folgenden Zusatz:

„Vorliegende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andere Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafe bedroht sind oder bei denen die Überrennung der bürgerlichen Ehrentreue zulässig ist.“ *

Nach dem großen Gesetz, mit dem das Volksbegehren des Stahlhelms seinerzeit angekündigt worden ist, muß man sagen, daß die Forderungen der Stahlhelmerziemlich befriedigt sind. Seldis hat der Bundesführer Seldis in seiner Magdeburger Rede erklärt, daß der Stahlhelm mit weiteren Forderungen, besonders mit der nach Einführung eines Zweikammerystems, später kommen wird, aber wahrscheinlich werden sich das Herrschaften nach dem sicher zu erwartenden Rechtsfall bei dem ersten Vertrag dann noch einmal überlegen. Trotzdem bleibt natürlich die Tatsache bestehen, daß der Vorstoß der Stahlhelmer einen böswilligen Angriff gegen die Grundlagen des parlamentarischen Systems darstellt.

Studentenunruhen in Laibach

Wie aus Laibach gemeldet wird, fand dort am Montag eine große Kundgebung der nationalen Studentenschaft statt anlässlich der 8. Wiederkehr des Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo. Die Demonstranten stießen Verwünschungen gegen Italien und den Faschismus aus. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Steinwaffen empfangen. Sie machte von der Schiesswaffe Gebrauch und gab 15 Schüsse gegen die Demonstranten ab. Mehrere Studenten wurden verletzt. Auch vier Polizisten erlitten Verlebungen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Banditen greifen eine Stadt an

SPD Berlin, 15. November (Radio).

Meuternde Abteilungen der mexikanischen Bundesstruppen haben die Stadt Autlan angegriffen. Sie wurden jedoch mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Bei Comala wurden 32 meuternde Soldaten des Bundesheeres getötet.

In der Nähe von Comala (Mexiko) kam es anlässlich des mexikanischen Wahlkampfes zu einem schweren Gefecht zwischen Rebellen und Bundesstruppen, wobei die Rebellen 32 Tote und die Regierungstruppen 12 Toten zu beklagen hatten.

Zwei deutsche Gelehrte Nobelpreisträger für Chemie. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1927 dem Professor an der Universität München, Heinrich Wieland, und den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1928 dem Professor Adolf Windaus an der Universität Göttingen zuerkannt.

Berksammlungskalender

Mittwoch, 14. November 1928.

Bund soz. Freidenker, Bezirksoffizienten, Volkshaus, 19.30 Uhr. Freitagsgruppe Gemeinde, Volkshaus, 20 Uhr.

Donnerstag, 15. November 1928. Metallarbeiter vom Westen, Betriebsräte und Vertrauensleute, 19.30 Uhr, Stadt Ulzen.

Metallarbeiter, Betriebsräte, Volkshaus, 19 Uhr. Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Süden, Restaurant Stadt Borna, 19.30 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den literarischen Teil: Hugo Seipenbusch in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipzig Buchdruckerei Ullengesellschaft, Leipzig.



Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

ES GEHT WEITER!

In allen Abteilungen unseres Hauses
Einheitspreis-Angebote

Weihnachten steht vor der Tür!

Gibt es für Sie noch einen günstigeren
Moment zum Kaufen als den jetzigen?

Besuchen Sie uns!

Neues Theater.
Augustusbau Bernau 214 b
Mittwoch, den 14. November 1928
204. Kürschner-Vorstellung (1. Folge, gelb)
Die toten Augen
Bühnenblätter von Hans Weing Ewers
Gestalt von Eugen O'lderer,
Kunstliche Überzüsse
Musikalische Leitung: Adolf Mennert
Die Szene gelegt von Helga Holmann
Leipziger Sinfonie-Orchester
Verlosen des Vorstellers: Der Hirt (Hans Hollein); Der Schmied (Otto Salzmann); Der Hirschenhändler (Kurt Tharau).
Verlosen der Handlung: Nurellus; Sonder-
ausgabe des Römischen Senats in Jerusalem
(King Spieldorff); Würzicke, kleine Gattin einer Ko-
mischerin (Käthe Witztum); Nurellus (Salza, ehemaliger Alter), Hauptmann, Freund des Kreises
(V. Schinner); Achinoe, Würzicke; Sibylle, Ante-
gratius (Else Moegel); Maria von Magdala (Willy-
Klemmer-Bergman); Stellpfort, altpfälzer Wunder-
könig (Oskar Hahn); Nurellus, Achinoe, Sibylle, Ju-
dische Braut (Job. Walla, Edna Modestano, Edna
Hirschmann, ...); Eine heile Frau (Käthe
Lohle); Ein alter Jude (Kurt Höhne); Ein Jude (Ed.
Wall); Ein anderer Jude (H. Schulz); Ein dritter
Jude (K. Hähnle); Ein vierter Jude (W. Welt);
Ein viester Jude (O. Salzmann); Eine Stimme
(H. Stellpfort); Sibylle aus dem Orienten (Kurt
Tharau); Edna (Oskar Friedmann).
Szenen, Szenen, Szenen.

Ort: Vor Jerusalem. — Zeit: Palästina
Kleine Bühne.
Nach Beginn der Oper kann kein Betritt gestattet
werden.
Gini. 10½ Uhr. Einlass nach 22 Uhr
4 Türen der Bühne 20. Zug. bis 2. — 1. — 2. — 3.
Donnerstag, den 15. November, 10½ Uhr:
205. Kürschner-Vorstellung (1. Folge, grün): Die
Regimentsstrophe.
Freitag, den 16. November, 10½ Uhr: 206. Kür-
schner-Vorstellung (2. Folge, rot): Magdeletta

Altes Theater.

Richard-Wagner-Bau Bernau 214
Mittwoch, den 14. November 1928

Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen
Wilhelm Tell.

Schauspiel im 2. Akt (10 Minuten) von Friederich
Schiller

In den gesetzten von Käthe Arendorfer
Personen: Hermann, Schiller, Reichsbots zu
Schwab und Urt (O. Schünemann); Werner, Beirat
von Hildburghausen, Vommerherr (Käthe Jelle-Kasten)
Ulrich von Kaudern, sein Sohn (Edo. Helling)
Werner Steiner, Konrad zum Döhl, Helling
Hans aus der Mauer, Jörg im Hof, Volk von
Weile, Einzelne aus Schwab (Reichsbots von Oppen
Walter Peter, W. Waller, O. Jellermann, Philipp
Gott, Kurt. Wieg, Walter); Müller, Büchse
Zell, Hößlein, der Warter, Petermann, der
Sigrit, Auson, der Hirt, Werner, der Säger, Hirsch
der Alsen, aus Urt (Kurt. Helling, O. Peter, Willy
Günzeler, H. Steinmayr, G. Vollmer, Max Trupp
H. Höfler); Arnold von Melchingen, Konrad Baum-
garten, Weber von Görrn, Strub von Witten-
berg, Hans von der Höhe, Burkhardt am Döhl
und Unterhohen (G. Einzelne W. Engels, K. Wieg
Max Trupp, H. Günzeler, Oskar Hoffmann); Hirsch
von Herren (Willy Höfler); Jennew, Bilderdraude
(Edi. Hutter); Seppi, Hirschenhändler (E. Danowitz)
Gericke, Staatsjäger, Gattin (Käthe Garben)
Hedwig, Zells Gattin, Jörgs Tochter (Käthe
Dentl); Maria von Brunn, eine reiche Freiin
(Gerti Arth); Armgard, Weißbild, Blumen-
innen (Maximilie Otto Helm); Walter, Wilhelm,
Zells Kunden (W. Matthes, Käthe Rupper); Hirsch
hans, Leibbold, Günzeler (Robert Niem, Albert
Garbe); August der Haras, Schiller's Staffelmüller
(Herr Lampert); Stoff, der Hirschenhändler (Erhard
Siebel); Brigitte (Käthe Schenck); Weißer
Steinmeier (Walter Peter); Ein Geselle (Herbert
Günzeler); Alter Mann (Kurt Kleemann); Erler,
Weiter Landenbergscher Pfeifer (W. Steinmayr,
Kurt. Groß); Oeffentlicher Ausdrucker (E. Zawrel);
Länderer (August Hölzer)

Gebührliche und kostenbegünstigte Befreiung
Bundesträger und den Waldhütern
Büste nach dem ... mit (W. Höfler)
Gini. 10 Uhr. Einlass 10½ Uhr. Einsetzen 21 Uhr
4 Türen der Bühne 20. Zug. bis 4.50 DM.
Donnerstag, den 15. November, Freitag, den
16. November, 10 Uhr: Oeffentlicher Vorstellung, auf
Kürschner-Vorstellung 50: Weißliche Wursttriebs
von Verkäufern mit der eisernen Hand.

**S. Seidel-Sänger
S. S. Singspiele**
Thomaskirchhof 10 Telefon 266 88
Täglich abends 8 Uhr *
Seidel - Sänger
Der neue Spielplan
Nur noch einige Tage!
Das beliebte
S. S. S.-Trio
Lachen von Anfang bis Ende.
— Leipzig's lustigster Spielplan —

Hierdurch gestalte ich mir, Ihnen die er-
gebene Mitteilung zu machen, daß ich ab
15. November d. J.
die Fleischerei des Herrn Eugen Fritzschke
L-Wahren, Königstr. 50, Tel. 5885
tautlich übernommen habe. Es wird mein
eigentliches Betreiben sein, die mich be-
ehrende Kundlichkeit in jeder Weise zur
größten Zufriedenheit zu bedienen. Ich
bitte Sie höchstlich, das meinem Vorläufer
entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich
zu übertragen, und zeichne mit aller Hoch-
achtung Karl Krebsmar, Fleischermüller

Es liegt auf der Hand



dass das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei
Köstritz ein stärkendes Getränk für Gejunde, Kranken und Re-
konvaleszenten, für Mütterinnen und stillende Mütter sein
muß, wenn man berücksichtigt, daß obige Menge besten Gersten-
malz dazu gebot, um einen halben Liter dieses altenböhmen
Bieres herzustellen. Köstritzer Schwarzbier ist zu beziehen
durch die Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäfte. Man
verlange ausdrücklich das echte Köstritzer Schwarzbier mit
dem gezeichneten Wappen-Etikett.

Panorama-Wirtschaft

Täglich
Große Künstler-Konzerte
ausgeführt von ersten Kapellen
Jeden Sonntag
Frühschoppen-, Nachmittags- u. Abend-Konzerte
O. Schlinke.

VOLKSHAUS

Jeden Tag - 11 Uhr
Ananas-Bowle
Wird auch über die Straße abgegeben.

Bis zu
12 Monate
raten

Auch
ohne Anzahlung
Teppiche
Gardinen — Sprechapparate
Diskrete Abwicklung — Versand
nach auswärts frachtfrei.

Friedr. Grodzinski Petersstraße Nr. 30
gegenüber Althoff.

Prüfen

Sie
meine

Stern-Butter
Gesalzt ohne Salz-Zucker
oder Zitronen-Zucker 40/75

Sie ist
unerreichbar
an Reinheit u.
Geschmack !!

Überall zu haben



Leipzig
Das Haus der volkstümlichen Freizeit!

Einhauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Dir. O. Weidman. Tel. 20967/21111

Mittwoch, den 14. November 1928, 20 Uhr

Viele Abend-Aufführung!

Krankheit der Jugend

Schauspiel in drei Akten von Hermann Brudner

Im Gym. gelehrt von Heinz Dieckweg

Verlosen: Marie (Petra Heidrich); Detlef (Grete Doerpfeld); Irene (Klemmari Wod-
baum); Auch (Grete Aulde); Heide (Karl
Wöbbel); Petrell (Wolfgang Engels). Mit (Gis-
tela Wöbbel) Börne

Platz nach dem 2. Uhr

Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Spritzen.

Stunden 10. — Uhr. Eintritt 10. Uhr. Ende 20 Uhr.

Donnerstag, den 15. November, 20 Uhr: Beinen
und Arme.

Freitag, den 16. November, 20 Uhr: Die Häuser
des Herrn Garscha.

Gekleidete Einzelzirkusarten

müssen 20 Min. vor Beginn der Vorstellung ab-

getreten sein, andernfalls wird darüber berügt.

Aus Ihrem Stoff

kostet Sie die Anfertigung eines

Anzuges oder

Mantels

mit meinen sämtlichen

guten Zutaten

Mark

Tadeloser Sitz

Neueste Modelle

Ausführung II 38.-

Lief. schnell. Viel. Anerkennungsreih.

Gr. Fleischergasse 9 a. Kaufh.
Brühl

Jeder Bücherefreund

bedient seinen Bedarf an Poetry, wissenschaftlicher
und Unterhaltungs-Litteratur entweder in der
Zentrale oder in den Zweiggeschäftsstellen der

Leipziger Buchdruckerei AG

Adress: Buchhandlung, Tauchaer Straße 10/11.

am Sonntag, dem 2. Dezember 1928,
vormittags 11 Uhr im **Schauspielhaus**
zu Leipzig, Sophienstraße 17/19.

Tagessordnung:

1. Geschäftsrat des Vorstandes,

2. Bericht des Aufsichtsrats und der

Beiräte,

3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz,

4. Bericht über die geleistete Revision,

5. Entlastung des Vorstandes,

6. Bechluftslaufung über die Verteilung

des Verlustes,

7. Bechluftslaufung über die Höchstrebil-

grenze,

8. Neuwahlen zum Aufsichtsrat,

9. Anträge,

10. Verschiedenes.

Anträge von Vertretern, über die in
der Vertreterversammlung (General-
versammlung) verhandelt werden soll,

müssen bis spätestens 22. November 1928
beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats,

Herrn Kurt Dröher, Petzig. N 22,
Zelle 18, eingegangen sein.

Der Auftritt zur Generalversammlung

steht nur den Mitgliedern der Theater-

gemeinde zu, die bis zum 28. Nov. 1928

im Bureau der Theatergemeinde gegen

Vorlegung des Abteilchens eine Ein-

trittskarte in Empfang genommen haben.

Beratende und beschließende Stimmen
in der Vertreterversammlung (General-
versammlung) haben jedoch nur die von

der Genossenschaft gewählten Vertreter,

die Ausweis und Stimmarten vom Vor-

stand erhalten haben.

Die Jahresbilanz liegt ab 25. November

1928 im Druck vor und kann von den Mit-

gliedern der Genossenschaft im Bureau

der Theatergemeinde in Empfang ge-

nommen werden.

Leipzig, den 11. November 1928.

Der Aufsichtsrat.

Kurt Dröher, 1. Vorsitzender.

Donnerstag 15. November

nachmittags 4 Uhr

Eröffnung eines

Fisch-Spezialgeschäfts

Stettiner Straße 92.

Durch Lieferung stets frischer Ware bei reich-
haltiger Auswahl werden wir stets bestrebt sein,
unsere werten Abnehmer billigst und bestens zu

bedienen

„Nordsee“

Bestehende Verkaufsläden:

Reichsstr. 25 — Zeitzer Str. 19.

Dresdner Str. 49 — Merseburger

Str. 47 — Zschochersche Str. 10.

Geschäfts-Übernahme

Einer geeigneten Einwohnerchaft von

Sellerhausen sowie allen lieben Ge-
kennanten von nah und fern zur gesl.

Kenntnisnahme, daß wir die

Gastwirtschaft

„Torgauer Hof“

Gebr. Sellerhausen, Torgauer Str. 84,

übernommen haben. Wie bekannt, wer-

den wir aus Kälte und Keller das

Die Eisendebatte im Reichstag Herr "Windheimer" fordert Streikfreiheit

Berlin, 13. November.

Nach den Interpellationen, dem Kommunisten Florin und dem Zentrums gewesenen Siegerwald, erhielt am zweiten Tage Genosse Brandes als erster Redner das Wort. Er verfolgt die Interessen der Zweihunderttausend mit Ernst und mit Würde. Der Führer der Metallarbeiter stellte fest, daß er den Optimismus des Arbeitsministers nicht zu teilen vermöge, der an einen zielbewußten Vorstoß der Unternehmer gegen die Schlichtungspraxis noch nicht glauben wollte. „Die Unternehmer wollen das Schlichtungswesen mit allen anderen sozialpolitischen Einrichtungen zerstümmern, dazu haben sie den 50-Millionen-Fonds errichtet.“ Das stellte Brandes vor aller Offenheit fest und damit hatte er den Nagel auf den Kopf getroffen.

Die Bestätigung dieser Feststellung folgte unmittelbar. Sie erging durch den Redner der Deutschen Nationalen, v. Lindeiner-Wildau — „Herr Windheimer“, wie Genosse Wissell immer wiederholte — in aller Offenheit. Lindeiner-Wildau war einer der Anwärter auf das Triumvirat, das vor der Wahl Hugenberg für die Führung der Deutschen Nationalen Partei vorgelesen war. Lindeiner-Wildau fragte blitzen über die Not der Eisenindustrie. Das aber sei nicht das Entscheidende, denn das Interesse der Allgemeinheit sei die Dominante. Über — und da zeigte sich der Pferdeschwanz des ausgesprochenen Vertreters der Schwerindustrie — es würde auf die Dauer unerträglich sein, wenn staatliche Macht Turm und die Höhe der Löhne bestimmten würden. Solange der Bürgerblock an der Herrschaft war — das freilich hat Herr Windheimer nicht ausgesprochen — würden gegen diese Praxis keine Einwendungen gemacht. Jetzt aber sei der „innere Friede“ in Gefahr, wenn nun der Lohn zu einem politischen Faktor werde. Darum bezeichnen die Behauptungen des Genossen Brandes vollkommen zu recht. Die Ziele des Kampfes sind gegen die Schlichtungsordnung und die Sozialgesetzbgebung in ihrer Gesamtheit gerichtet, solange die Regierung unter dem Eindruck eines sozialdemokratischen Arbeitsministers steht. Das ist der Zweck des 50-Millionen-Fonds.

Über Herr v. Windheimer erreichte mit dieser Logik noch bei weitem nicht den Gipelpunkt der Demagogie. Er schwang sich — man beachte das, ein Deutschnationaler! — zum Schützer der Koalitionsfreiheit auf. Wie's gerade trifft! Bis hier waren die Deutschen Nationalen die schärfsten Widersacher aller Arbeiterteile. Nun demonstriert ein früherer Richter aus Wilhelms Zeit, daß jetzt die Koalitionsfreiheit verloren ginge, wenn die Schlichtungspraxis so weiter betrieben würde, wie sie bisher ausgeübt worden ist. Zu dieser Problemstellung an sich ließe sich vieles sagen. Einen Deutschnationalen aber als Kämpfer für die Streikfreiheit, das ist noch niemals dagewesen. Der seltige Beweis wurde von Herrn Windheimer weit, weit in den Schatten gestellt.

Aus alledem ergibt sich mit jeder nur wünschenswerten Offenheit, daß der Kampf im Westen ein Klassenkampf von geradezu grandiosem Ausmaß ist und die Ziele der Aktion treten immer demonstrativer hervor. Solange die Unternehmer die Regierung allein in den Händen hatten, war ihnen der Schiedsgerichtsgerade gerade recht, um durch willkürliche Schlichter die Angriffe der Arbeiter abzuwehren. Jetzt scheint ihnen die politische Alleinherrschaft in Gefahr, und schon suchen sie das Steuer herumzuwerfen, um ihre wirtschaftliche Machtposition entsprechend auszuwerten. Darum der Schrei gegen die Einmischung staatlicher Mächte in den Arbeitskampf, gegen die Konstituierung des Lohnes zu einem Faktor der Politik.

Herr v. Windheimer schloß, seine Partei wolle den Frieden im Innern — im Sinne Michailis natürlich, wie ich ihn auffasse — dafür aber den Klassenkampf nach außen. Das sagte der Anwalt der Eisenherrn, die ihre Quoten schließlich mit ihren ausländischen Konkurrenten vereinbart haben.

Der Deutschnationale Redner legte Herrn Curtius und Wissell beiderlei die Frage vor, ob ihnen nicht, am 5. Oktober bereits, Material über die Gestaltungspolitik der Eisenherrn zugänglich sei. Das rief den Arbeitsminister erneut auf den Plan. Genosse Wissell erwähnte kurz, aber gründlich und scharf. Das Material sei ihm zugegangen. „Was das Material für mich ergeben hat, das erscheint Ihnen aus meiner Verbindlichkeitserklärung.“ Und den Unternehmern ging es gar nicht um den Spruch. Hätten sie den Machtkampf nicht gewollt, dann hätten sie den Ausgang des Schiedsgerichtsverfahrens abgewichen und hätten nicht vierzehn Tage früher bereits die Kündigungen ausgeprochen und somit den Kampf proklamiert, bevor der Schiedsspruch vorhanden war.

Diese markanten Sätze hatten einen starken Eindruck hinterlassen und so endete denn der zweite Tag mit dem immer wieder erhobenen Ruf: „Verständigung!“ Dafür hatte sich auch Genosse Brandes eingesetzt, aber nur nach Annahme des rechtlich gültigen Schiedsspruches vom 31. Oktober. Würde das Duisburger Urteil anerkannt, dann würden hunderte von Schiedssprüchen ungültig sein, die ebenfalls durch den allgemeinen Entschluß des Schiedsgerichts gefüllt worden sind. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, jetzt schon eine Prüfung der in ihren Bereichen gültigen Schiedssprüche nach diesen Gesichtspunkten durchzuführen. Genosse Brandes reklamierte den Eisenarbeiter nachdrücklich ihr Recht, wenn aber eine Verständigung unter Anerkennung des Schiedsspruches nicht zu erlangen sei, dann forderte er im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die Aufhebung der Eisenzölle und die Anwendung des Enteignungsparagraphen, der in der Verfassung vorgelesen ist.

So endete der zweite Tag mit einem Plus zugunsten der 200 000. Die Debatte wird am Mittwoch zu Ende geführt und dann kommt möglicherweise bereits der Panzerkreuzer ...

Waffenaustrausch deutscher Kunstsammlungen Durch Fürsten ans Ausland verschachert

SPD Berlin, 12. November (Radio).

Die Auslandsverkäufe von deutschem Kunstbesitz durch die früheren Fürsten nehmen einen immer größeren Umfang an. Der Welfenkönig, die Sammlung Hohenzollern-Sigmaringen und wertvolle Kunstsammlungen des ehemaligen Großherzogs von Mecklenburg werden in Amerika verschachert und Erzeugnisse deutscher Kunst, die sich in den Händen der Hohenzollernfamilie befinden, gehen über die Grenze. Der Waffenaustrausch deutscher Kunstsammlungen durch die deutschen Fürsten hat einen solchen Umfang angenommen, daß Wilhelm v. Bode, der Altmälter des deutschen Museumswesens, einen Brief nach Doorn gezeichnet hat, in dem er die dringende Bitte an den Kaiser richtet, diesem Austrausch durch Nachkommen und Familienangehörige Einhalt zu gebieten.

Bode zählte zu den Vertrauten Wilhelms II., und es muß weit gekommen sein, wenn der Museumsgeneraldirektor des letzten Kaisers sich genötigt sieht, einen solchen Brief zu schreiben.

Gegen die Schuleaftion Die Sozialdemokraten in Front

91. Sitzung des Sächsischen Landtages.

Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Schulfragen. Zuerst wurde die Vorlage zur Änderung des Seminar-Umweltungsgelehrtes angenommen. Die Vorlage bestimmt, daß Schulamtskandidaten-Prüfungen solange abzuhalten sind, wie noch zurückgebliebene Seminaristen und Seminaristinnen vorhanden sind.

Die Schulgeld erhöhung an den höheren Schulen

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte Ausschaltung der Verordnung des Volksbildungsministeriums vom 26. April 1928 über Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen.

Kommunist Nöhlrich begründete zwei Anträge seiner Fraktion, von denen der eine auch die Ausschaltung der Erhöhung der Prüfungsgebühren forderte. Der Antragsteller bezeichnete die Schulgeld erhöhung als ungerechtfertigt. Sie verfolge nur den Zweck, die höhere Schule wieder zu ihrem eigentlichen Charakter der Standesschule zurückzuführen.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser behauptete, seit Jahren hätten viele Städte die Erhöhung des Schulgeldes dringend gewünscht. Schließlich habe das Ministerium dem dauernden Drängen der Städte und auch den Vorstellungen des Sächsischen Gemeinderates nachgegeben müssen. Nach Erlass der Verordnung hätten die Gemeindevertreter einiger Städte, darunter auch solche, die die Schulgeld erhöhung angeregt hatten, gegen die Schulgeld erhöhung lebhafte Widersprüche erhoben. Dem müsse, so betonte der Minister, entgegengesetzen werden, daß das Schulgeld, solange sich die allgemeine Schulgeldfreiheit für die höheren Schulen nicht einführt, einen Bestandteil der Einnahmen der Schulfass bildet. Die Erhöhung um 50 Prozent auf 180 Mark könne nicht als übermäßig bezeichnet werden. 30 Prozent der Schulgeld erhöhung seien für Schulgeldmäßigung verwendbar. Man müsse auch bedenken, daß die Ausgaben für die staatlichen höheren Schulen von rund 6,5 Millionen im Jahre 1924/25 auf 10,5 Millionen gestiegen seien. Es sei unzutreffend, daß es durch die Schulgeld erhöhung den minderbemittelten Kreisen unmöglich gemacht werde, ihren Kindern eine höhere Schulbildung zuteil werden zu lassen. Die Schulgeld erhöhung sei auf keinen Fall unsocial. Die Einschätzung einer Staffelung des Schulgeldes empfehle sich nicht, doxygen werden die Anregung, die Summe der Erziehungsbeihilfen zu erhöhen, für beachtlich gefunden. Nach weiteren Ausführungen des Ministers wird es auch bei der Erhöhung der Prüfungsgebühren bleiben.

Genosse Wedel bemerkte, die Ausführungen des Ministers hätten sehr sozial gelungen, trotzdem bleibt es dabei, daß die Verordnung eine recht unsociale Seite hat, auch wenn man die Einnahmen berücksichtigt. Wedel zeigt das zunächst in der Frage der Prüfungsgebühren und erbringt dann den Nachweis, daß auch die Schulgeld erhöhung — ebenso wie der politische Kampf der Rechtsparteien — sich nicht gegen die höhere Schule, sondern gegen die minderbemittelten Eltern gerichtet ist, die ihre Kinder in die höhere Schule schicken. Er stellt auch die Verpflichtung des Ministeriums fest, die Schulgeld erhöhung dem Landtage zur nachträglichen Beschlussfassung vorzulegen. Um die Überlastung des Lehrers an den höheren Schulen zu mildern, sollte man jetzt einen Teil der Schüler — die ärmeren — von den höheren Schulen zurückholen. An dieser Tendenz änderten auch die Erziehungsbehörden nichts. Wedel äußert sich dann noch zur Frage der Staffelung des Schulgeldes und dabei, daß die sozialdemokratische Fraktion dem heutigen Volksbildungsministerium in seiner Tendenz gegen die Volkschule und gegen die Volkschüler eine Blankovollmacht im Sinne des Antrages Nöhlrich nicht erteilen könne. Nicht die Erhöhung der Schulgebühren ist notwendig, sondern eine soziale Ausgestaltung der höheren Schule. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Der Volksparteier Gelsert verteidigte natürlich die volksbildungsfreudige Maßnahme.

Sieger, der Deutschnationale Oberstudienrat aus Chemnitz, lehnte die Anträge ab.

Dann wurden die Anträge dem Haushaltsausschuß A zur Weiterberatung überwiesen.

Um den Landeslehrplan

Dann begründete der Kommunist Nöhlrich einen Antrag, der die Regierung beauftragt will, baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, die die Regelung der Pflichtstundenzahl der Lehrer ab Öffnen gemäß dem Schulbedarfsgesetz vorlegt, damit die umfangreichen Öffnerarbeiten und Klassenbildungen rechtzeitig vorgenommen werden können.

Genosse Vogel vertrat folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Die Regierung zu beschließen, ihren Landeslehrplan zurückzuziehen und einen neuen auszuarbeiten, der den Forderungen der Arbeitschulpädagogik und den sozialen Verhältnissen der sächsischen Bevölkerung entspricht.

In der Begründung betont der Redner, daß die Volkschule schon seit Jahrzehnten unter den Buchstabenprinzipien leidet. In dem Landeslehrplan wird die alte Herrschaft des Stoffsprinzips erneuert, er läßt für die Beobachtung des Kindes und seines Inneren Lebens und für die Erforschung der Anlagen und Fähigkeiten des Kindes keine Zeit. Unser Grundsatz dagegen ist, daß der Mensch der Mittelpunkt und die Hauptfläche des Unterrichts ist und das Stoffliche lediglich Mittel zum Zweck sein darf. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Volksbildungsminister Dr. Kaiser hielt eine lange Rede zur Befriedigung des Landeslehrplanes und seines Verfassers (Ministerialrat Weinhold! D. Ver.) gegenüber den Angriffen des Genossen Vogel. Die Lehrerorganisationen seien rechtzeitig und umfassend gehörig worden. Es sei eine Überfülle von Anregungen und Abänderungswünschen eingegangen, die bei der endgültigen Bearbeitung sowohl als nur möglich berücksichtigt werden seien. Deshalb wäre es auch nicht wahr, daß sich der Landeslehrplan gegen die Lehrerschaft und die arbeitende Bevölkerung richtet. Die vom Sächsischen Lehrerverein geforderte Mitarbeit bei der Schlussabstimmung habe allerdings aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt werden müssen. Die Entstehung des Landeslehrplanes sei also einwandfrei, aber auch sachlich halte er allen Angriffen stand.

Es folgte eine längere Aussprache, die hauptsächlich von den Schulreformären Grellmann (Dnat. Bp.), Höflig (D. Bp.) und Hentschel (Wirtsh.-B.) bestritten wurde. Auch der Kommunist Nöhlrich sprach, um ebenfalls die Zurückziehung des Lehrplans zu fordern. Er mußte freilich den Schwert erleben, daß seine eigenen Parteifreunde durch Abwesenheit glänzten, und zwar ohne Ausnahme.

In Beantwortung einer kommunistischen Anfrage zum Rundschreiben des Ordinariats des Bistums Meißen über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volkschulen wurde eine Regierungserklärung verlesen, in der es heißt:

Nach Lage der Sache muß angenommen werden, daß das Rundschreiben an die Pfarr- und Seelsorgeräte über den Lehrplan für den katholischen Unterricht in den Volkschulen sich lediglich seit etwaige katholische Unterweisungen der Kirche an Volkschüler außerhalb des verbindlichen Volkschulunterrichts bezieht. Um die Überlastung des Lehrers an den höheren Schulen zu mildern, sollte man jetzt einen Teil der Schüler — die ärmeren — von den höheren Schulen zurückholen. An dieser Tendenz änderten auch die Erziehungsbehörden nichts. Wedel äußert sich dann noch zur Frage der Staffelung des Schulgeldes dabei, daß die sozialdemokratische Fraktion dem heutigen Volksbildungsministerium in seiner Tendenz gegen die Volkschule und gegen die Volkschüler eine Blankovollmacht im Sinne des Antrages Nöhlrich nicht erteilen könne. Nicht die Erhöhung der Schulgebühren ist notwendig, sondern eine soziale Ausgestaltung der höheren Schule. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

In einer weiteren Regierungserklärung zum Antrage betr. die Pflichtstundenzahl wurde erklärt, daß nach Lage der Verhältnisse nichts weiter übrigbleiben wird, als auch für das Schuljahr 1929/30 eine Zwischenregelung zu treffen.

Nach einem Schluswort des Genossen Vogel, der sich hauptsächlich gegen den Minister wandte, gingen beide Anträge an den Haushaltsausschuß.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 16. November.

Der Untergang der „Beatrix“

Der größere Teil der Passagiere gerettet

140 werden noch vermisst

SPD Berlin, 13. November.

Die aus 338 Personen bestehende Belegung des zwischen den Bermudas-Inseln und der virginischen Küste untergegangenen englischen Dampfers „Beatrix“, die sich auf Rettungsboote und auf ein Floß begeben hatte, ist am Dienstag zum größten Teil von verschiedenen Dampfern gerettet worden; es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch das letzte der ausgesetzten Rettungsboote, auf dem sich ungefähr 20 Schiffbrüchige befinden, zu bergen.

Das Unglücksdampfboot ist Eigentum der Reederei Lamport u. Holt in Liverpool; es hatte 129 Fahrgäste und 200 Mann Besatzung an Bord. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von Neuport nach Barbados. Am Montagmorgen um 10 Uhr wurden die ersten Notrufe des Schiffes aufgefangen. Der Dampfer befand sich um die Zeit ungefähr 37,19 Grad nördlicher Breite und 70,38 Grad westlicher Länge. 18 Schiffe eilten auf die SOS-Rufe des Beatrix an die gemeldete Unglücksstelle. Die ersten Funkberichte der Beatrix sprachen von einer großen Gefahr, waren aber noch verhältnismäßig ruhig. Bald folgten dringende draktole Notrufe: „Bitte kommen sofort! Wir brauchen unverzüglich Beistand, müssen sonst Rettungsboote herablassen.“ Eine Erklärung für die Uchtheit der Katastrophen wurde nicht gegeben. Anderthalb Stunden nach dem ersten Funkruf wurde folgende Meldung aufgefangen: „Bei solcher Schlagseite soll der Teufel sinken!“ Das Schiff lag um diese Zeit zwischen 30 Grad über, die Wellen überwältigten das Promenadendeck. Die Maxinstation an der Küste bat den Ruderer, drei Minuten lang zu pendeln, damit man die Wellen aufnehmen könnte. Um 1,25 Uhr kam die draktole Antwort von der Beatrix, daß die Hilfe zu spät komme, die Belegung könne nicht warten und müsse das Schiff verlassen. Die letzte Meldung, die nur noch von den in nächster Nähe des Unglücksstellen befindlichen Schiffen gehört werden konnte, lautete: „Verlassen Schiff, einbooten, Rettungsboote.“ Das Wasser war innerhalb vier Stunden mit rasender Geschwindigkeit im Schiff höher gestiegen, so daß sich die Passagiere an der Reling des höher liegenden Schiffsteils festklammern mußten. Es regnete ununterbrochen.

Die an die Unglücksstelle geeilten Dampfer konnten infolge der Dunkelheit zunächst die Rettungsboote der Beatrix nicht auffinden. Das überaus stürmische Wetter hinderte die Rettungsarbeiten. Die Scheinwerfer konnten infolge der diesigen Luft nur die nähere Umgebung ableuchten. Als die See in der Nacht ruhiger wurde, konnten die ersten Rettungsboote, die die ganze Nacht über auf den tobenden Wellen umhergetrieben waren, geborgen werden. Die ersten Schiffbrüchigen wurden von dem amerikanischen Dampfer

„American Shipper“ in völlig erschöpftem Zustande aufgefunden. Unter den Geretteten befindet sich auch der Kapitän des Schiffes.

Die Ursache des Unglücks ist noch vollkommen unbekannt. In den ersten Funkrufen hieß es, daß das Schiff sich plötzlich auf die Seite neigte. Man vermutet, daß der Dampfer irgendwie ein großes Leck bekommen hatte. Die Reederei hat das Gericht, wonach sich die Ladung des Schiffes infolge des hohen Segangs verschoben habe, als unwahrscheinlich zurückgewiesen.

SPD Berlin, 14. November. (Radio.)

Die Berichte über die Schiffsdisaster sind noch immer wider sprechend. Nach den leichten Nachrichten scheinen bisher insgesamt 150 Passagiere und Mannschaften des englischen Dampfers Beatrix gerettet zu sein. 21 hat der deutsche Dampfer Berlin, 123 der amerikanische Frachtdampfer American Shipper aufgenommen.

Da die Beatrix 350 Personen an Bord hatte, gelten vorläufig 145 als vermisst. 16 Schiffe aller Nationalitäten kreuzen an der Unglücksstelle, ohne bisher weitere Boote zu entdecken.

Der Dampfer Wyoming meldet, daß er Teile des Wracks der Beatrix gefunden und 5 Personen aus dem Wasser aufgefischt habe. Ob diese fünf in der Zahl von 205 Geretteten enthalten sind, steht noch nicht fest.

Die Schiffbrüchigen wurden im Zustand äußerster Erschöpfung von den Rettungsschiffen an Bord genommen und waren so geschwächt, daß sie nicht allein das Halltrepp hinunterklimmen konnten. Auf Deck angelommen, fielen viele ohnmächtig zusammen und Frauen brachen in hysterischen Weinkrämpfen aus. Keiner von ihnen war in der Lage, einen zusammenhängenden Bericht über die leichten Ereignisse an Bord des untergegangenen Schiffes zu geben.

WTB New York, 14. November.

In einem hier aufgefangenen Funkruf berichtet Kapitän Cummings vom American Shipper über die Rettungsarbeit für die Beatrix: „Wir kamen um 22.30 Uhr an der von der Beatrix angegebenen Stelle an und begannen die Suche. Wir kreuzten bis ungefähr 3,40 Uhr, als das erste Feuerzeichen gesichtet wurde. Um 4,05 Uhr war das Rettungsboot längstest genommen. Wir bargen im ganzen 5 Boote mit vollzähliger Belegung. Um 7,30 Uhr bemerkten wir bei der Fahrt durch die mit Wrackstücken überfüllten Wogen einen Mann und eine Frau. Wir setzten ein Boot aus und nahmen die beiden, die sich 18 Stunden im Wasser aufgehalten hatten, auf. Wir fuhren kreuz und quer über die Unfallstelle und suchten bis zur Mittagsstunde nach weiteren Überlebenden. Dann sahen wir die Fahrt nach New York fort, nachdem sich mehrere andere Schiffe am Schauplatz der Katastrophe eingefunden.“

Die Lage im Westen

Kommunistische „Aktionen“ — Aussichtlose Verhandlungen — Widerstand der Unternehmer bis zum letzten?

Die kommunistische Presse hat die Pflicht, sich bei jedem Anlaß auszurufen zu gebären. Sie soll damit andere aufrufen, damit in einer allgemeinen Aufrufung die Kommunisten ihre dunklen Pläne zur Förderung ihres allerengsten Parteiinteresses verwirklichen können. Das Arbeitsgericht in Duisburg hat eine Entscheidung gegen die Ausfassung der Gewerkschaften und des Reichsarbeitsministeriums gefällt und damit den Kommunisten neuen Anlaß zur Aufrufung geliefert. Wir haben von dem Arbeitsgericht in Duisburg eine andere Entscheidung nicht erwartet. Jedenfalls weiß, daß die Duisburger Entscheidung noch nicht endgültig ist. Die Gewerkschaften werden das Reichsgericht anrufen und vorläufig hat die Duisburger Entscheidung keine Rechtsgültigkeit. Ob sie überhaupt rechtsgültig werden, das heißt, vom Reichsgericht bestätigt werden wird, vermag niemand zu sagen. Die Unternehmer lassen deshalb durch die ihnen nahe stehende Presse erklären, daß das Duisburger Urteil feinerlei Einfluß auf die Ausperrung ausüben könne. „Schlauer“ sind die Kommunisten. Die Sächsische Arbeiter-Zeitung röhrt ihren Parteigenossen im Kampfgebiet nach, daß sie die „Möglichkeit“ erkannt haben, „daß die Unternehmer den Versuch machen, die Betriebe zu den bisherigen Arbeitsbedingungen wieder zu öffnen“. Deshalb haben die Kommunisten zur Bildung von Streikposten aufgerufen. Um einem dringenden Bedürfnis abzuholzen? Ach nein, nur um die Erregung im Kampfgebiet zu steigern, da die Unternehmer die „Möglichkeit“, die die Kommunisten bei ihnen „entdeckt“, ablehnen.

Inzwischen hat eine Vermittlungskaktion eingelebt. Am Dienstagvormittag hatte der Düsseldorfer Regierungspräsident, der Sozialdemokrat Bergemann, die Unternehmer zu einer Besprechung geladen, bei der nach einer WTB-Meldung die Unternehmer ihre „grundfeste Verhandlungsbereitschaft“ erklärt. Das ist nicht viel, denn die Unternehmer haben dieselben Erklärungen schon seit Wochen täglich abgegeben. Am Dienstagnachmittag hatte Bergemann die Gewerkschaftsvertreter zu einer Besprechung geladen, die sich, wieder nach einer WTB-Meldung, ebenfalls „grundfeste“ zu Verhandlungen bereit erklärt. Warum auch nicht? Nur kommunistische Ausgeregeltheit kann aus einer „Verhandlungsbereitschaft“ auf Betrug schließen. Es kommt nur darauf an, mit welchen Absichten man zu den gemeinsamen Verhandlungen geht, die Bergemann für die nächsten Tage einsetzen will.

Die Haltung der Gewerkschaften in diesen Verhandlungen ist durch die wiederholten öffentlichen Erklärungen festgelegt, daß sie unter keinen Umständen von dem Schiedsspruch abgehen.

Die Unternehmer tun inzwischen recht stark. Wenn man ihrer Presse glauben wollte, so hat die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts den Schiedsspruch bereits zu einer Belanglosigkeit herabgedrückt. Man traut sich zwar nicht, auf die Duisburger Entscheidung schwerwiegende Anordnungen zu stützen. Aber man tut wenigstens so, als ob „eigentlich“ der Schiedsspruch schon nicht mehr da sei, und man tut im Zusammenhang damit „entgegenkommend“. Die Kölnische Zeitung, die sich in der Rolle eines guten Mittlers gefüllt, ist der Meinung, daß durch die Duisburger Entscheidung die bisher noch zu harinäsig auf die Unantastbarkeit des Schiedsspruchs begründete Haltung der Gewerkschaften doch etwas erschüttert“ werde. „Gerade weil die Arbeitgeber mit ihrer Rechtsausfassung gesiegt haben“, müßten sie aber jetzt „in vorderster Front die Hand zu einer Verständigung reichen, die wirtschaftlich irgendwie tragbar und möglich ist.“

Die Gewerkschaften werden sich solcher „Verständigungsbereitschaft“ der Unternehmer gegenüber kühl verhalten. Sie werden ebenso wenig auf einen Vorschlag eingehen, den ein rheinischer Unternehmer der verarbeitenden Eisenindustrie in der Boßischen Zeitung macht. Nach diesem Vorschlag soll die Arbeit sofort wieder aufgenommen und sollen die Verhandlungen längstens bis Ende Januar zu Ende geführt werden. Bis dahin sollen Löhne gelten, die in der Mitte zwischen den bisherigen und den Löhnen liegen, die sich auf Grund des Schiedsspruches ergeben würden.

Es kann für die Gewerkschaften, nachdem sie sich entschlossen haben, den unbefriedigenden Schiedsspruch anzunehmen, unter keinen Umständen in Frage kommen, sich davon noch abhandeln zu lassen.

Die Gewerkschaften würden andernfalls eine Schwäche zeigen, die verhängnisvoll sein könnte gegenüber Unternehmern, wie sie die Deutsche Bergwerkszeitung am Sonntag zweifellos zutreffend formulierte — Ansichten, die die „Verständigungskaktion“ als kaum aussichtsreich erkennen lassen. Schrieb doch die Bergwerkszeitung, das Blatt der übermächtigen Scharmacher: „Uns scheint überhaupt, daß im gegenwärtigen Streit auf juristische und formalistische Dinge ein viel zu großes Gewicht gelegt werde. Klagen und Widerlagen schwirren durch die Luft. Arbeitsgerichte werden angerufen und, wenn sie gesprochen haben, auch die höheren Instanzen. Und wenn der Instanzenzug erschöpft ist, was hat man dann? Ein papiernes Urteil, ohne die Macht, es durchzusehen.“

Denn kein Gerichtsurteil kann die Unternehmer zwingen, Betriebe, die nach ihrer Überzeugung unter gewissen Bedingungen unrentabel sind, weiterzubetreiben.“

Der Eisen-Schiedsspruch rechtsgültig?

Die Eisenindustriellen im Ruhrgebiet haben, um ihren Ausperrungsmaßnahmen ein rechtliches Gewand zu geben, Klage erhoben, auf Feststellung, daß der vom Reichsarbeitsminister für die Eisenindustrie verbindlich erklärte Schiedsspruch ungültig sei, und begründen diese Feststellungslage in erster Linie damit, daß dieser Schiedsspruch nicht auf einem Wehrheitsbesluß der Schlichtungskammer beruhe, sondern lediglich von der Stimme des Vorsitzenden allein getragen werde. Obwohl das Arbeitsgericht Duisburg den Unternehmern das Recht gegeben hat, dichter eine Untersuchung über die arbeitsrechtlichen Grundlagen, auf denen der Schiedsspruch beruht, auch jetzt noch von Interesse sein.

Ausgangspunkt für die Betrachtung muß § 71 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgeiges sein. Dieser bestimmte:

„Die Beschlusffassung über den Schiedsspruch erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Sichern bei der Beschlusffassung über den Schiedsspruch die Stimmen sämtlicher für die Arbeitgeber zugezogenen Vertreternmänner denjenigen sämtlicher für die Arbeitnehmer zugezogenen gegenüber, so kann der Vorsitzende sich seiner Stimme enthalten und feststellen, daß ein Schiedsspruch nicht zu günstige geblieben ist.“

Diese Bestimmung fand sich in einer auf Ausschüsse ohne parteiliche Vorlieben erweiterten Form auch in § 27 der Verordnung vom 23. Dezember 1918. In § 27 der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 war bestimmt, daß „sollte ein Schiedsspruch nicht zu Stande komme und ein unparteiischer Vorsitzender nicht vorhanden war, der Demobilisierungskommissar nach einer weiteren Verhandlung einen Schiedsspruch herbeiführen konnte. Diese Bestimmungen ebenso wie die der §§ 62 bis 74 des Gewerbegerichtsgeiges sind durch die noch jetzt gültige Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt. In § 5 Abs. 4 der Schlichtungsverordnung ist nun geagt:

„Kommt vor der Schlichtungskammer keine Einigung hinzu, so macht die Kammer den Parteien einen Vorschlag für den Abschluß einer Gesamtvereinbarung (Schiedsspruch).“

Indessen ist es auch bei dieser Regelung nicht geblieben. Weit mehr sind diese Bestimmungen ergänzt worden durch die zweite Ausführungsverordnung des Reichsgerichtsministers über das Schlichtungswezen vom 20. Dezember 1923, die im Rahmen des Ernährungsgesetzes vom 12. Oktober 1923 auf Grund des Artikels III § 1 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 erlassen worden ist. Dort heißt es in § 21 Absatz 5:

„Für das Zustandekommen des Schiedsspruchs genügt eine simple Stimmenmehrheit. Wird sich bei der Abstimmung mehr als zwei Meinungen, von denen keine mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt, so ist zu versuchen, die Mehrheit der Stimmen auf eine Meinung zu vereinigen. Gelingt dies nicht, so entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“

Diese Bestimmungen, nach denen fast fünf Jahre lang geschlichtet worden ist, halten die vor dem Arbeitsgericht Duisburg tagenden Arbeitgeber der Eisenindustrie als unvereinbar mit dem oben zitierten § 5 Absatz 4 der Schlichtungsverordnung, also für rechtsgültig. Dem kann indessen nicht begegnet werden. Schon rein historisch gesehen, ergibt sich, wie auch der vorstehende kurze Überblick erkennen läßt, als Tendenz des Geschiebbers die, daß Schlichtungskammern derart auszugehören, daß in jedem einzelnen zur Behandlung stehenden Falle entweder eine Einigung der Schlichtungskammer oder eine Entscheidung zu stande kommen, jedenfalls das Schlichtungsverschärfen nicht an der Allsonsähigkeit der Schlichtungskammer schultern soll. Bringt also die zweite Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung Bestimmungen, die gezeigt sind, dieser offensichtlichen Bestrebung des Geschiebbers Rechnung zu tragen, dann kann keine Rede davon sein, daß sie dem Sinne und Geiste der Schlichtungsverordnung, insbesondere ihrem § 5 Absatz 4, widerspreche. Die Ausführungsverordnung des Reichsgerichtsministers vom 20. Dezember 1923 muß also auch hinsichtlich des § 21 als gültig und im Rahmen der dem Reichsgerichtsminister gemäß § 1 des Artikels III der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 gegebenen Befugnisse liegend angesehen werden, so daß auch gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Reichsgerichtsminister in formaler Hinsicht nichts eingesendet werden kann.“

Ob die Entscheidung hinsichtlich des Ablaufzuschlags in materieller Hinsicht etwa um deswillen anfechtbar ist, weil sie gegen den Manteltarifvertrag verstößt, kann allerdings nicht ohne weitere Recherchen werden, sondern würde eine genaue Prüfung dieses Manteltarifvertrages erfordern. Dr. Schieckel.

Presse und Aussperrung

In dem großen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der zur Zeit im Ruhrgebiet ausgefochten wird, steht der größte Teil der bürgerlichen Presse auf der Seite der Unternehmer. So ist die Arbeitspresse fast allein berufen, den Kampf vor der Öffentlichkeit auszufechten, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und innerhalb der Bevölkerung um Unterstützung in diesem harten Klingen zu werben.

Warum dieser Zustand? Abhängigkeit verpflichtet, und niemals war die bürgerliche Presse vom Kapital der verschiedenen Industriegruppen abhängiger als heute. Mit der von der Republik verhinderten und durchgeführten Pressefreiheit wurde die Macht der Presse immer größer. Das Kapital erkannte die ihm aus dieser Situation erwachsenden Gefahren; es suchte ein Blatt nach dem anderen auf oder verpflichtete sie durch irgendwelche finanziellen Transaktionen. Einst unabhängige Zeitungen wurden so zu willenlosen Verfechtern industrieller Interessen, ohne daß die Schar der Leserschaft auch nur eine Ahnung davon hätte oder es vorerst merkte. Zeit, in dem großen Kampfe an der Ruhr, offenbart sich wieder einmal, wie weit dieser Prozeß bereits fortgeschritten ist. Weit über tausend Zeitungen mit zahlreichen Lesern aus dem Arbeiterstande wenden sich täglich gegen die Interessen der im Kampfe stehenden Arbeiter; sie führen diesen Kampf für die Interessen der Unternehmer auf Kosten ihrer Arbeitgeber.

Ein beschämendes Bild! Unbewußt stärken heute immer noch Tausende und aber Tausende von Arbeitern die Front ihrer Gegner, unbewußt schaden sie sich und ihrer Familie. Immer noch haben sie nicht erkannt, daß nur durch Geschlossenheit der Arbeiter die Befreiung der Arbeiterklasse und die Besserung ihrer eigenen Lebenslage erlangt werden kann. Dieser Kampf an der Ruhr muß deshalb zu neuer Aufführungskraft für die Sozialdemokratie und ihre Presse führen. Je stärker sie sind, um so stärker die Abwehr gegen die Machtglüste der Industrieherrn.

Der Ruhrindustrielle



Ich leg hin, wie ich will. Denn, scheinbar, - es gib noch Richter in Duisburg!

Spiel, Sport, Körperpflege

Deutscher Fußballbund

Wo willst du hin?

In der Nummer 45 der bürgerlichen Mitteldeutschen Sportzeitung befahl sich Herr Hädicke, 1. Vorsitzender des DFB, in einem Nachwort mit dem Bundestag des DFB. Seine Ausführungen könnte man als eine kleine Volksrevolution bezeichnen, wenn ja wenn — er es ehrlich meinte. Revolutionäre Gedanken in die Masse werken ist kein Kunststück. Mit festem Willen den eiserne Bogen zur Hand genommen, ist die Konsequenz, die Herr Hädicke nun ziehen müßte.

Die Volksfront hört ich schon, Herr Hädicke, allein mit fehlt der Glaube, und Ihnen — der Mut, die Courage, oder — der ehrliche Wille. H. klagt darüber, daß der DFB kein Bund der Vereine, sondern ein Bund der Verbände ist. Mit andern Worten: Die führenden Geister der Verbände bestimmen den Weg und die Politik des DFB. Die Vereine, die Mitglieder haben nichts zu bestimmen. Beim Arbeiter-Turn- und Sportspiel, wie überhaupt in der Arbeiterbewegung ist es anders. Hier haben die Mitglieder zu bestimmen. Die Führer sind nur Ausführende der von der breiten Masse vorgezeichneten Richtlinien. Der Arbeiter-Turn- und Sportspiel mit seinen 8000 Vereinen besteht ein Bundesparlament, den Bundesstag, der sich aus den Vereinsfunktionären zusammensetzt. Es sind also nicht solche Leute, die die Bewegung nur vom grünen Tisch aus lennen, sondern Turner und Sportler, die mit innen in der Praxis stehen. Allein diese Tatsache ergibt schon den Aufstieg des Arbeitersportes und auf der andern Seite den langsame, aber um so sicheren Abstieg des DFB.

H. schreibt:

„Die Frage, ob der DFB ein Bund der Verbände oder ein Bund der Vereine sein soll, bedarf einer sorgfältigen Überlegung. Ich habe in Weimar es als erfreulich bezeichnet, daß unsere Verbände mehr Interesse nehmen als in früheren Jahren.“ Auch wir freuen uns darüber, Herr H. Endlich sehen die Vereine des DFB ein, daß sie nur zum Zahlen da sind, sonst aber nichts zu bestimmen haben. Sie sind der Ausführung, daß es so nicht weitergehen kann, und beklümmern sich einmal um ihre Organisation.

H. schreibt weiter:

„... daß die Vereine durch eine langjährige Entwicklung alles langjährige Versumpfung. D. B. überließ für den Profisport geworden sind. Die großen Ausgaben für die Sportplakatlagen und die Zuschüsse für die einzelnen Abteilungen, sowie die direkten und indirekten Bezahlungen der Spieler legen den Vereinen soviel finanzielle Verpflichtungen auf, daß sie auf größere Spieleinnahmen bedacht sein müssen.“

Auch wir wissen, daß die Vereine, die das Fußballsport betreiben, auf Einnahmen angewiesen sind, aber daß man, um Einnahmen zu erzielen, den Amateurbegriff mit all seinen Idealen über Bord wirkt, ist wohl nur ein Zeichen, daß der bürgerliche Sport am Ende seines Lebens ist. Gleichfalls ist es uns bekannt, daß man im Lager des Herrn Hädicke die Spieler, obwohl sie Amateure sind, sehr gut behandelt. Diese Binsenwahrheit brauchen wir nicht von ihm zu hören. Jedenfalls eins wollen wir wissen: Herr Hädicke, wann glauben Sie, daß sich dieses System mit seinen korrupten Erziehnungen abgewirtschaftet hat? Sie ahnen es, daß es nicht mehr lange dauern wird, bringen aber nicht den Mut auf, Änderungen zu schaffen. Diese schleimende Krankheit kann geheilt werden, aber dann — besteht kein DFB mehr. Mit leidenschaftlichen Protesten und gelegentlichen Schreibereien glaubt H. die Zersetzungsscheinungen seines Verbandes aufhalten zu können. Zum Schlus liegt er:

„Schon die nächsten Wochen werden zeigen, wohin die Reise geht. Das Bild, das der DFB nach Weimar bietet, ist alles andere als erfreulich. Der Bundesvorstand hat durch seinen Vermittlungsvorschlag die beiden Fronten nicht abgebracht, sondern sie veranlaßt, ganz besonders feste Stellungen zu beziehen, um den kommenden Kämpfen gut vorbereitet zu überstehen.“

Sehr richtig! Die bereits beim DFB beantragten Spiele gegen Profimannschaften werden zeigen, wo hin in der Weg des „Amateur-Sportverbandes, Deutscher Fußballsport“ geht.

Herr Hädicke! Halten Sie dann Einsehen?

Wann sagen Sie Ihren Vereinen die nackte Wahrheit? Wann darf man Sie und Ihre Anhänger mit Arbeitersportler bezeichnen? K. O.

Höchstleistungen der Athleten

Der Sportler Beer (Weidenau a. d. Sieg) erzielte im Gewichtheben einarmig rechts mit einem Körpergewicht von 108 Pfund eine Leistung von 120 Pfund. Diese Leistung ist im Fliegengewicht-Bundesschleifel 4. Eugen Deutscher (Krefeld) konnte im Gewichtheben einarmig die bisherige Bundeshöchstleistung im Mittelgewicht von 180 auf 184 Pfund verbessern. Neue Bundeshöchstleistungen im Steinlohen (25 Pfund): Desterling (Karlsruhe) 9,93 und 10 Meter. Im Augelosten für Sportlerinnen (5 Kilogramm): Wüst (Mindenheim) 10,13 Meter.

Handballspielvereinigung

Wettkämpfe am 18. November 1928.

Handball: 10 Uhr: Münster — Korsberg (201); 10.30 Uhr: Elsdorf — Düsseldorf (313); 11 Uhr: Krefeld — Oberhausen (2); 11.30 Uhr: Gütersloh 4 gegen Südbroth 4 (129); 12 Uhr: Südwest 2 — Mülheim 1 (113); 12.30 Uhr: Südwürttemberg — Südbroth 2 (341); — Spielerinnen: 10 Uhr: Nordwestdeutschland — Südwürttemberg (249); 15 Uhr: Großheringen 2 — Südwürttemberg (124); 11.30 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (69); 12 Uhr: Mannheim — Südwürttemberg (212); 14 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 15 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 16 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 17 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 18 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 19 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 20 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 21 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 22 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 23 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 24 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 25 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 26 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 27 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 28 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 29 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 30 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 31 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 32 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 33 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 34 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 35 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 36 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 37 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 38 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 39 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 40 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 41 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 42 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 43 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 44 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 45 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 46 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 47 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 48 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 49 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 50 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 51 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 52 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 53 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 54 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 55 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 56 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 57 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 58 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 59 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 60 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 61 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 62 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 63 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 64 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 65 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 66 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 67 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 68 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 69 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 70 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 71 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 72 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 73 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 74 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 75 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 76 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 77 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127); 78 Uhr: Südwürttemberg — Südbaden (127);

Das Urteil im Bergmann-Prozeß

Gefängnis für Bergmann und Jacoby

SPD Berlin, 13. November.

Unter ungewöhnlichem Andrang des Publikums wurde am Dienstag in Berlin das Urteil im Bergmann-Prozeß verkündet. Bergmann wurde wegen fortgesetzten versuchten und vollendeten Betruges und wegen Konkursvergehen zu drei Jahren Gefängnis, 30 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Eherelief verurteilt; die erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby erhielt wegen Beihilfe zum fortgesetzten Betrug 9 Monate Gefängnis; außerdem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Amtier aus 5 Jahre abschreckt.

Gegen die übrigen Angeklagten lautet das Urteil wegen Beihilfe zum Betrug bei Wustrow auf 1 Jahr Gefängnis, bei Frau Wustrow auf 9 Monate Gefängnis, bei Kratz auf 2 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, bei Wörthauer auf 9 Monate Gefängnis und bei dem Angeklagten Salinger auf 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Schmidt und Lebster wurden freigesprochen. Mit Ausnahme von Bergmann wurde sämtlichen Angeklagten dreijährige Bewährungsfrist zugesetzt. Das Gericht beschloß ferner, den Angeklagten Bergmann gegen eine Sicherheitsleistung von 60 000 Mark unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls von der weiteren Vollstredung des Untersuchungshaft zu verschonen. Bedingung ist dabei, daß die Summe von Bergmann aus eigenen Mitteln gestellt wird. Staatsanwaltschaftsrat Jacoby hat bereits durch seinen Verteidiger Berufung gegen das Urteil angekündigt.

In der Begründung des Urteils heißt es, das Gericht habe Bergmann nicht nachweisen können, daß er sein Unternehmen von Anfang an auf betrügerischer Grundlage führen wollte. Seine betrügerischen Manipulationen habe er im Jahre 1925 begonnen und bis zum Zusammenbruch des Geschäfts durchgeführt. Im Gegensatz zur Anklage habe das Gericht kein Konkursverbrechen, sondern nur ein Konkursvergehen infolge übermäßigen Aufwands bei Bergmann angenommen. Jacoby habe zweifellos mit der Mög-

lichkeit eines Beitrages seitens Bergmanns und mit einer Schädigung der Gläubiger Bergmanns gerechnet; Jacoby habe auch nach der Überzeugung des Gerichts von den Vorstrafen Bergmanns Kenntnis erhalten. Er mußte Bergmann als einen Mann kennen, dem es nicht darauf ankam, das Schicksal zu forcieren. Wegen des Strafmahes wirke der Bergmann erschwerend die Höhe des von ihm verursachten Schadens. Zu seinen Gunsten spreche, daß die vor ihm Geschädigten zum größten Teil selbst schuld an ihrem Unglück seien und sich von Leidenschaft und Geldgier hätten treiben lassen. Andererseits sei Bergmann von struppelosen Arbeitern auf das Schlimmste ausgebeutet worden. Bei Jacoby folle mildern in Beisein, daß er durch Krankheit in der Familie in Not geraten war, und daß er das von Bergmann erhaltenen Geld nicht leistungsfähig verbraucht hat.

SPD Berlin, 14. November. (Radio) Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby I hat gegen seine Verurteilung durch das Schöffengericht wegen Beihilfe zum Betrug Berufung eingelegt, so daß der Strafprozeß nochmals vor der Strafkammer aufgerollt werden wird.

Bergmann, der mit Bestimmtheit damit gerechnet hatte, daß er wegen seiner Krankheit sofort aus der Haft entlassen werden würde, erlitt, nachdem er ins Gefängnis wieder zurückgeführt worden war, einen Tobsuchtsanfall und brach in Schreikämpfe aus.

Automobilvertreters Schicksal

Mit der Freundin des Chefs...

ag. Ein Streitfall, der vor dem Arbeitsgericht fast täglich vorkommt, ist die Frage nach der berechtigten oder unberechtigten fristlosen Entlassung von Automobilvertretern, Reisenden, deren Aufgabe es ist, der zahlungskräftigen Kundenschaft Kraftwagen zu verkaufen. Der Grund der fristlosen Entlassung, richtig gesagt der Untschlag, ist fast immer derselbe: Es wird dem Angestellten vorgeworfen, unberechtigterweise — außer dem Dienst — die Kraft-

wagen der Firma benutzt und oft — aussonder gesahen zu haben. In sich scheint ja der strittige Tatbestand klar und leicht entscheidbar zu sein; das scheint aber nur so!

Das Automobilgeschäft — das merkt man bald vor dem Arbeitsgericht — ist von besonderer Art: der Reisende besucht die Kundenschaft im Auto, sucht sie für dieses oder jenes Modell zu begeistern. Meist fährt er gleich im Probewagen vor. Es genügt aber in diesem Geschäftszweig nicht allein, Begeisterung im allgemeinen, sondern auch Begeisterung zum Kauf der bestimmten Automobilmarke im besonderten zu erregen. Das ist aber nicht leicht! Reiche Leute überlegen eine Weile, bevor sie dann — auf Pump

Nachdem der Automobilvertreter so der Kammer des Arbeitsgerichts die Mühen und Leiden seines Berufes geschildert hat, kommt er auf den Vorwurf der beläugten Firma zu sprechen, er hätte „unberechtigte Weise“ und „nicht dem Dienst“ nach ihr ihm von der Firma zur Verfügung gestellten Wagen benutzt. „Meine Herren, was heißt außer Dienst?“, fragte er das Gericht. „Ich muß, um einen Wagen zu verkaufen, oft nicht nur den Besitzer wochenlang besichtigen, in den Hörz und in das Ergebirge, ich muß auch die „gärdige Frau“ samt ihrem „Molly“ in der Weltgesichte herumkuscheln. Wenn ich Pech habe, lebt in der betreffenden Familie auch noch die Schwiegermutter!“

„Dafür bekommen Sie ja Provision!“, meint stolz der Chef. Ja, aber was behaupten Sie dann von unrechtmäßiger Benutzung. Ich lke den ganzen Tag in meinem Wagen, wie der Cowboi auf seinem Gaul. Der Wagen gehört zu mir, ich zum Wagen, das ist doch klar. Und doch ich gelegentlich auch einmal meine Braut damit ausgeführt habe, wußten Sie ganz genau. Das habe ich gemacht, aber auch meine Kollegen. Und warum haben Sie dann nichts dagegen gehabt, als ich Ihre Freundin nach Nähe zur Schenke gefahren habe? Damals haben Sie mich darum gebeten!“

Man darf nun bei diesen Einwänden nicht vergessen, daß sie tatsächlich, wenn sie auf Wahrschafft beruhen, nicht gerade die Rechtmäßigkeit der fristlosen Entlassung beweisen. Aber zu ihrer Prüfung kommt es gar nicht, denn — wie man an einem Zwischenruf feststellen kann — befindet sich die Frau Chef in Zuhörerraum und — der Herr Chef erkannte, wohl um ethliche Komplikationen zu vermeiden, schleunigst die Klage als berechtigt an. „Die Verhandlung ist geschlossen!“ sagt der Vorsitzende. Ob es sich damit erledigt hat? Ob sie nicht im ethischen Gemüthe weiter geht?

Amtliche Bekanntmachungen

Der vom Polizeipräsidium Leipzig am 4. Mai 1928 unter der Listennummer 9404 auf den Namen

Robert Herbert Behold
ausgestellte Führerschein für Verbr.-
Wahl, Kl. 1, mit Nachträgen Kl. 3a, 2
und 3b, ist getilgt worden.

Zur Verbüßung von Missbrauch wird
dieser Führerschein hiermit für ungültig
erklärt.

V. R. III 6914
Leipzig, den 12. November 1928.

Das Polizeipräsidium.
Verkehrsbüro.

Familien-Nachrichten

Für die vielen, uns zu unserer
Goldenen Hochzeit
erwiesenen Aufmerksamkeiten und
Gehilfen allerartlichen Dank.

Robert Scharf und Frau
Margarete geb. Altmann
2-Plagwitz Jahnstraße 79

Für die anlässlich
unserer
Silbernen Hochzeit
erwiesenen Aufmerksamkeiten sprechen
wir hierdurch unsern
herzlichsten Dank aus

Wiederitzsch, den
9. November 1928

Hermann Vetter u. Frau

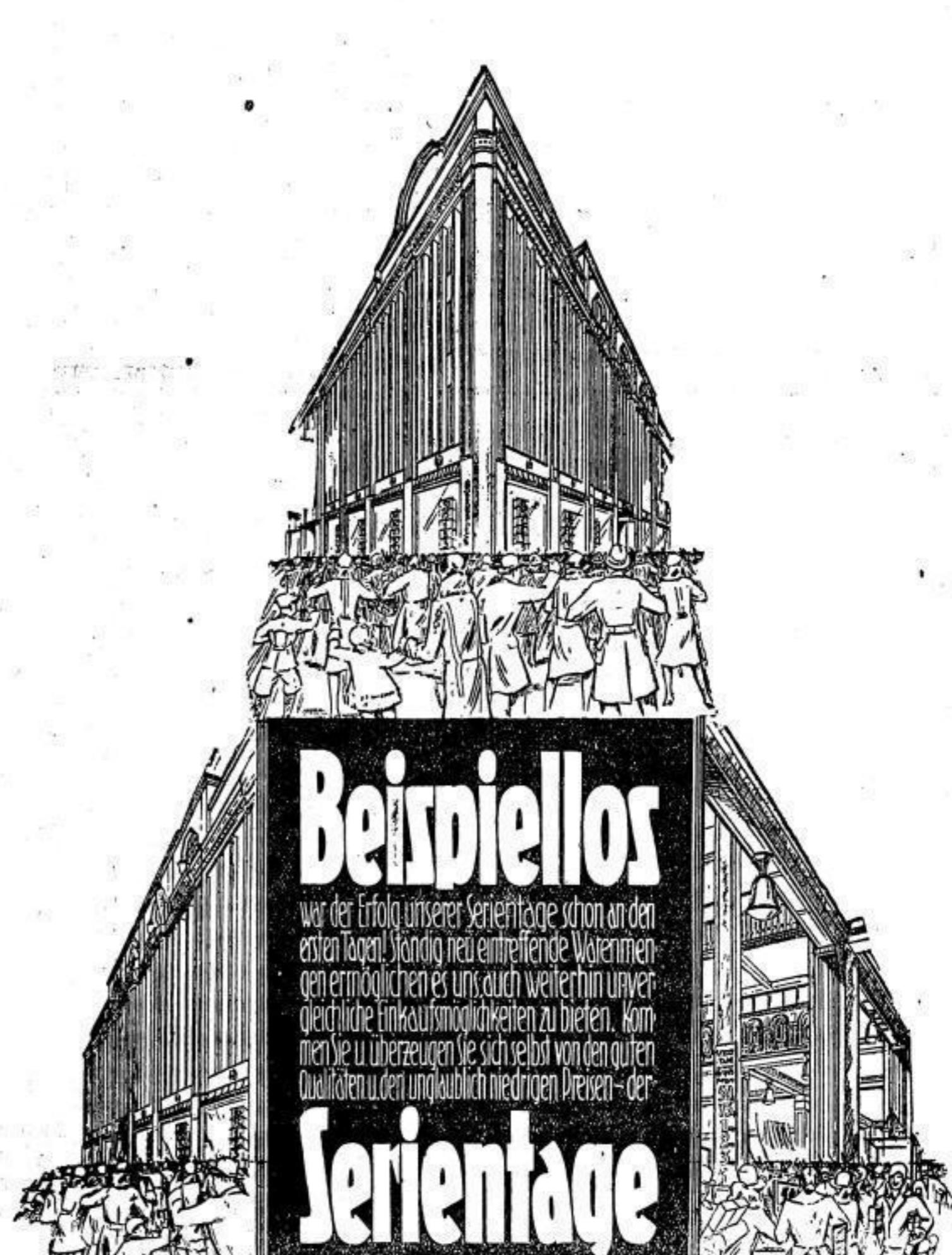
Berichtigung. In der gestrigen
Todesanzeige des Schriftstellers
Max Fleischer
muß es richtig heißen Beerdigung
nicht Einäscherung. Donnerstag,
16. November, 14 Uhr, Südfriedhof.

Durch Brandunglück in seiner Wohnung kam
unter Genosse
Stanislaus Lucas
im Alter von 60 Jahren ums Leben. Trotz der Ge-
fahren des Sozialistengisches war er seit 1883 im
Dienste der sozialistischen Bewegung als ehriger
Kämpfer tätig. Seine Hingabe für unsere Sache
wird ihm allezeit ein ehrendes Andedenken bewahren
Ortsverein Alt-Leipzig SPD.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein
über alles geliebter Mann, unser guter Bruder,
Schwager und Onkel, der
Schmied Joseph Gratzke
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am
Montag, dem 12. November, abends 17 Uhr, im
Alter von 45 Jahren verstorben ist.
Leipzig C 1, Fuchsbaumer Straße 3, II. 1.
Im größten Schmerze
Berta verw. Gratzke, geb. Döge
nebst Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag, den 16. November,
nachm. 14 Uhr, in der Halle des Südfriedhofs statt.

Gummi-Klöse
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

Gummi-Socken, Leib-
binden, Hüftgürtel,
Brusthalter
in vollständiger Farbe
bei größter Auswahl
Damen-Gürtel und Blasen
Separate Damenbedienung



Beispiellos

war der Erfolg unserer Serientage schon an den ersten Tagen! Ständig neu eintreffende Warenmen-
gen ermöglichen es uns auch weiterhin unver-
gleichliche Einkaufsmöglichkeiten zu bieten. Kom-
men Sie überzeugen Sie sich selbst von den guten
Qualitäten und den unglaublich niedrigen Preisen — der

Serientage

ALTHOFF

GROSSTES WARENHAUS SACHSENS.

Choral für Ruhrbarone

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
schuf auch die Ueberstunden,
die Aktien und die Syndizis.
Wir sind ihm verbunden.
Ja, Gottes Güte reicht soweit
wie Kabel und Kanonen!
Er ist meist mit der Minderheit
und nicht mit den Millionen.
Das möchten wir betonen.
250 000 Mann
sind gegen uns im Bunde.
Wer an der Ruhe nicht leben kann,
der geht an ihr zugrunde.
Wir sind — mit Gott — die Herren im Haus
und wissen, was wir sollen.
Wir sprechen ein. Und sprechen aus.
Und machen, was wir wollen.
Wir fürchten nichts auf dieser Welt.
Nur lehrt die andern belehnen.
Ein' feste Burg ist unser Gerd.
Und von der Mauers bis an den Welt
hilft da kein Vollsvertreten.
Wir sind der Adel, der regiert,
und bleiben das auch künftig.
Und wer sich, wenn er satt ist, ziert,
der hungern wie vernünftig.
Mit uns, da macht man keinen Staa'
Wir kennen nur noch Klassen.
Minister schreiben noch Diktat.
Sonst müßt man sie entlassen.
Ach, wer noch nie Direktor hieß,
der braucht auch keine Rechte.
Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
der wollte weiter nichts als dies:
Knechte!

Peter Flint.

Vor zehn Jahren

Erinnerungen des Genossen Jobena aus der Zeit, die sich groß vorlief.

VI.

Clappeneoperettentruppe.

(Zum Schnellgeschenk.)

Zu unserem Clappeneopole befand sich, wie schon einmal erwähnt wurde, ein schönes, funkelndes Stadttheater. In diesem ließ unser Herr Lieutenant täglich Kino spielen. Ich riet ihm nun, die herrliche Gelegenheit besser auszunutzen und öfter eine gute Operettentruppe heranzuziehen. Es ging schnell darauf ein und überließ mir die ganze geschäftliche Erledigung der Sache. Da ich schon ein anderes, ziemlich arbeitsreichen Amt zu versehen hatte, konnte ich die Theatertäglichkeiten nur so nebenbei mit erledigen. Aber es gab ja auch nicht viel dabei zu tun. Man konnte alles telefonisch abmachen. Ich rief die ausgezeichnete organisierte Zentralstelle für Theaterwerke in B. an, und in wenigen Stunden waren alle Vorarbeiten für ein dreißigstags Gastspiel erledigt. Ich habe auf diese Weise im Monat Februar 1918 völle 27 Theaterabende veranstaltet. — Warum ich diese scheinbaren Nebensachen hier so breit erzähle, wird in der nächsten Geschichte deutlich werden. — Freilich ohne kleine Unannehmlichkeiten ging es nicht ab.

Gleich zu Beginn meiner Theaterdirektoren-Tätigkeit ließ ich mich durch das Drängen mehrerer Offiziere dazu verleiten, auch einmal eine Operetten-Gesellschaft zu verpflichten. Bei einer vorliegenden Fühlungsnahme mit einem mir persönlich bekannten Schauspieler war mir die Truppe als „halbwegs anständig“ empfohlen worden. Sie kam abends bei uns an und bestand aus 27 Damen und 7 Herren (!). Gespielt wurde flächig. Am folgenden Morgen stellte ich fest, daß von den 34 angemessenen Quartieren 16 überhaupt nicht benutzt worden waren, darunter 14 Damengäste. Eine Preisfrage: Wo mögen diese 14 Damen in der latter Februar nach geschlüpft haben?

Am zweiten Abend hielt nach der Vorstellung vor dem Bühnenausgang des Theaters ein Lastauto einer ungefähr 8 Kilometer von unserer Stadt entfernt lagernden Fliegerabteilung. In dem

Auto standen Stühle. Vier Fliegerleutnants nahmen die aus dem Theater kommenden Damen in Empfang, hoben sie von Hand zu Hand auf das Auto, und unter Quaken und Kreischen ging die Fuhre los. Am nächsten Vormittag gegen 11 Uhr brachte dasselbe Auto die Damen wieder zurück. In welchem Zustande, das will ich aus ästhetischen Gründen nicht näher beschreiben.

Auf einem Gebiete lebte die Gesellschaft allerdings hervorragendes, und zwar in einer geradezu unerhörte Regelhaftigkeit. Behandlung unserer Mannschaften. Insbesondere den Damen merkte man es an, daß sie durch ihren intensiven Umgang mit den schneidigsten und — strenglosen Offizieren sehr viel auf diesem Gebiete gelernt hatten. Allerdings keine Regel ohne Ausnahme! Eine weibliche Hauptfrau des Ensembles hatte eines Tages eine ganze Anzahl Einladungen durch Offiziere lächelnd abgewiesen, um nachher die Nacht mit und bei unserem Kasinotisch zu verbringen.

Der dritte Tag brachte uns noch einen bevordeeren Spaz. Durch einen Zufall hatte der Kommandanturzt eine Dame der Operettengesellschaft als gleichkrankt festgestellt. Er schickte eine ziemlich entrückte Meldung an den Clappene-Kommandeur. Dieser ließ die Dame vorladen und ihr eröffnete, daß sie ihre Sachen zu posen habe; binnen 24 Stunden würde sie nach Deutschland „abgeschoben“. Es kam aber ganz anders. Die Dame machte auf diese Eröffnung hin „ein kolossaltes笑 auf“, wie es damals in der rohen Landersprache hieß. Sie erklärte, sie sei von ihrem Hauptmann von A. in B. angeleitet worden. Sie verlangte eine vollständige und gründliche Heilung von ihrem Leiden auf Staatskosten in einem königlichen Krankenhaus; sie verlangte fortan freie Eisenbahnscheine 2. Klasse dorthin und außerdem eine Entschädigung von mindestens 10 000 Mark für entgangenen Verdienst und die Schädigung ihres guten Rufes. Dabei gab sie zu verstehen, daß sie bei Nichterfüllung ihrer Forderungen verschiedene „höhere“ Herren dermaßen belästigen würde, daß — — — usw. — Es folg: Nach mehrstündigem, schwierigen Verhandlungen, die sich in der Haupthalle darum drehten, wer das Bargeld für die Entschädigung aufzubringen hatte, wurde die Dame mit einem Freifahrschein 2. Klasse mit Schnellzugberechtigung nach Hamburg und mit einer ansehnlichen Entschädigungsumme, die allerdings nicht ganz die geforderte Höhe erreichte, huldvollst entslassen.

Ich war heidenzoh, als die vereinbarte Spielzeit abgelaufen war. Als vor der Abreise der Geschäftsführer der Truppe die Kühnheit besaß, mir für kurze Zeit später noch ein Gastspiel anzubieten, habe ich ihm eine Antwort gegeben, die sonst Hörner und Zähne hatte, daß er sich davon verlebt fühle und mich künftig unbeschoren ließ.

Leipziger Musik

Das Gewandhausquartett feiert Schubert mit einer Reihe erfreulicher, in der Prämie vor allem oft begeistigend schönen Wiedergabe von zwei der größten Werke Schuberts, dem D-Moll-Quartett und dem Streichquintett (Violoncello II: Professor Klengel).

Oskar Lachner wurde in seinem Liederabend von einer anhänglichen Gemeinde sehr gefeiert. Bei Händel, Schubert, Schumann und Löwe zeigte er die bekannten Qualitäten seiner Stimme und seines intelligenten Vortrages. Schade, daß sein piano unfehlbar gelispelt wird; es ist effektvoll, aber gepreßt und fast ausgeschließlich gesetzelt.

Innokecia da Rocha, junge Südamerikanerin, ist für unsere Begriffe trotz einer Anzahl lobender Kritiken aus anderen Ländern nicht konzertfrei. Sie spielt vor; das ist eigentlich alles, aber nicht sehr gut. Denn über die technische Wiedergabe hinaus kommt ihr Klavierspiel vorläufig nicht, und diese technische Lösung war mangelhaft. Weil das ersterliche Tempo nicht gemeistert wurde, erschien manches bei Schumann, Chopin und Liszt verzerrt.

Der Schubert-Abend innerhalb der Philharmonischen Konzerte interessierte durch sein unkonventionelles Programm. Ernst Osterkamp interpretierte brilliant und ausdrucksvooll einige der selten zu hörenden Lieder, die zu den großerartigsten Schöpfungen Schuberts gehören (Alus-Heliospolis, Dem Unendlichen), vom Leipziger Sinfonie-Orchester unter Baer liedgerecht begleitet. Die hübsche, harmlose Ouverteure zu Alfonso und Estrella begann, die man von großen Orchestern fast nie zu hören bekommt. Die 5. Sinfonie (B-Dur) hat leider Kleinen mit den Wiener Philharmonikern aufgeführt, leichter, ganz kammermusikalisch. Aber man konnte auch an der nicht so fliegenden Darbietung durch die Leipziger Freude haben; das Werk hat sonst entzückend Erfindung und Empfindung, stellt sich hinter Haydn und Mozart und bringt dazu sehr persönliche Harmonie und die in Tönen schwerlos gewordene Melancholie eines Neunzehnjährigen. (Manchmal soll man doch daran denken, in welchem kindlichen Alter Schubert diese

sicheren Werke geschaffen hat.) Im Schlussstück dieses musikalisch delikaten Abends bot das Orchester die beste Leistung, beherrschend von Heinrich Lader geleitet, ausgeweitet und präzis in der Dynamik, beherrschend in kleinen Schwelungen und Verebbungen. Insolgedessen bedauerte man wirklich, daß zwischen dem Entr'act und der unvergänglichen Romanzen-Ouvertüre, einem der heitersten Säcke der Weltliteratur, nicht noch die berühmte und oft gründlich misshandelte Ballettmusik einmal musterhaft aufgeführt wurde. H. W.

Kleine Chronik

Die Malerin Eva Schimmer ist vor mehr als einem halben Dutzend Jahren aus dem entlegensten Ostpreußen als Kunstudie reisend nach Leipzig gekommen. Seitdem hat sie teils auf Reisen, teils in Berlin und Leipzig viel gearbeitet und im letzten Jahre auch schon bei einem Berliner Kunsthändler erfolgreich ausgestellt. Jetzt zeigt sie bei Barthfeld in Leipzig etwa zwei Dutzend Bilder, Porträts, Landschaften und Stillleben, die einen schönen Eindruck geben in ihr während der letzten Jahre ausgerichtet malerischen Können. Da sie mit dem Leipziger Maler Max Schimmer verheiratet ist, unserem Mitarbeiter, mußte diesmal ein weniger anständiger Referent über die für jeden bei freiem Eintritt zugängliche Ausstellung bei Barthfeld berichten. Wenn etwa eine kleine, grüne Landschaft aus dem Erzgebirge oder die Wäsche auf der Leine in einem Leipziger Vorstadttor die Farbe, aber ganz unpathetische und ehrliche Art ihrer Naturausschnitte am Schönsten zeigten, lernt man die gelöste und durchscheinende Farbigkeit ihres Pinselstrichs besonders an den kleinen, nahen Gegenständen kennen, an den sanftbunten Ästern oder an dem farbigen Gesamtkontakt eines Blumenstrauses. Vorzüglich gemalt ist auch ein ziemlich elegantes Stillleben mit totem Vogel, aber noch rücksichtiger finde ich die schlichte Zusammenstellung eines Wasserkessels mit einem Kochtopf und ein paar Eiern, Zwiebeln, einer Zitrone. Die beiden Hauptstücke des Bildes sind in ihren Größenverhältnissen etwas hart nebeneinander gelehnt, aber gerade daraus ergibt sich eine erstaunliche Abweichung von der Stilllebenkonvention. Unter den großen Figurenbildern steht ich persönlich dem Porträt im allgemeinen den Alten im allgemeinen vor.elleicht, daß wir uns die unmotivierte, die zum Zweck des Malens gestellte Nachtheit überhaupt auf den Bildern der alten legten Generationen ein bisschen leid gesehen haben. Das nebenbei eines der fesselndsten Bilder freilich ist ein durchsichtig verschleierter Halbakt mit blauer Kappe und Stirnkleider, ein etwas märchenhafter Fototentypus im Sinne des großen französischen Malers Rops. Als repräsentative und besonders schöne Bildnisse würde ich unter den übrigen Figurenbildern das eben vollendete Porträt eines jungen Mädchens in weißer Bluse mit hellrotem Band zusammenstellen mit der Rothaarigen, die sich in einem weichen, weiszweigenden Schal wider, und jener Brünette mit dem abwenden Blick, über deren linke Schulter ein weißgelbliches Hündchen schaut. Ein prächtiges Doppelporträt von Hund und Mensch, von Starke und etwas gehemmnisvoller Leuchtkraft. Die Kunst der jungen Malerin, die mit Worten kaum fassbare Grundstimmung eines menschlichen, weiblichen Typus auf ihren Bildern durchsichtig werden zu lassen, macht uns gerade auf diesem Gebiete gespannt auf ihre künftige Entwicklung.

Sehr nette Kleinplastiken von zwei jungen Leipziger Bildhauern, Sabisch und Matthes, werden außer den Bildern gezeigt. Beide haben besonders die Jungtiere des Leipziger Zoos lieblich beobachtet und in Gipsen und Bronzeplatten allerlei Formen festgehalten, die dem Tierfreund wie dem Kunstfreund Genüge tun.

Nobelpreis für Literatur. Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist der literarische Nobelpreis für 1927 dem französischen Philosophen Henri Bergson („Schöpferische Entwicklung“) und der für 1928 dem norwegischen Romanschriftsteller Sigrid Undset („Kristin Lavrans Tochter“) zugeteilt worden.

Gastspiel des Mostauer Jüdischen Studienden-Theaters. Vorbestellte Karten möchten bis spätestens Donnerstag mittag abgeholt werden, da keine Gewähr dafür gegeben werden kann, daß sie länger reserviert werden.

Schubert-Abend. Unter Leitung von Otto Diadam findet am Sonntag, dem 18. November, 20 Uhr, im Städtischen Kaufhaus ein Schubert-Abend statt, in dem Männerchor mit Begleitung von Waldhörnern, von Gitaren und des Klaviers, sowie Tenor- und Sopranos, ein Quartett für Flöte, Gitarre, Viola und Cello, und Lieder für Sopran zur Aufführung gelangen. Aufführende sind: H. Diadem-Borchers (Sopran), Walter Krebs (Tenor und Gitarre), seine Schüler (Gitarren), Karl Bartuzas (Flöte), Walter Höhner (Bratsche), Alfred Pötz (Cello) ein Hornquartett (Mitglieder des Gewandhausorchesters), Hans Hoff (Klarinetten), Chor: Sängerkor. Leipzig-Zentrum-Süd, M. d. D. A. S. (der Männerchor der Arbeitsgemeinschaft Diademischer Chöre). Eintrittsprogramm mit Text zum Einheitspreis von 1,50 und 1 Mark bei Klemm, Jost und an der Abendkasse.

Sodom und Gomorrha

Roman von Carl Colvert.

Copyright by Dietrich Verlag, München/Berlin

„So ist es,“ ergriff der Sohn zum erstenmal das Wort. „Zum Kampf hast du mich nicht gemacht; dazu fehlen mir die Fähigkeiten und die Lust.“ Und mit einem Blick des Hasses und der Bosheit sah er hinzü: „Du glaubst also, daß der Herr Prochnizer der richtige Schwiegervater für unsere Eltern sein wird?“

Hörte Michael Innerhuber den Hohn dieser Frage nicht? Wollte er ihn nicht hören? Fürzte er, daß jedes Erörterung dem Sohn eine gefährliche Übermacht geben müsse, gerade jetzt, wo Gehorsam notwendiger als jemals war? Er antwortete nicht, blieb eine ganze Weile mit den eisernen, starren lichtgrauen Augen in unbekannte Fernen. Dann kam es ihm schwer und abgerissen über die zusammengepreßten Lippen:

„Du wirst die Bekanntheit der jungen Prochnizer machen. Den Tag werde ich noch festsetzen. Und gib acht, daß meine Mutter nichts davon erfährt. Du weißt — wenn sie kann, schadet sie mir.“

„Sehr wohl, Papa, und nicht wahr, du bist so freundlich und läßt mich wissen, wie teuer ich verkauft werde. Du kannst unbefogt sein: ob das Fräulein Prochnizer oder eine andere aus dem Stamm Sem — übrigens hast du wohlgemeint recht. Nach allem, was ich von ihr höre, ist sie die, die neben mir hinstaht. Jede vertrug es nicht, denn keiner wird es meine Frau nicht haben. Also ich höre von dir, wann ich meine Liebeserklärung anbringen soll.“

Damit war die Unterredung zwischen dem Vater und dem Sohne, die einer in dem anderen die Sünden ihres Geschlechts hassen, zu Ende. Kein freundliches Wort, kein Druck der Hände; sie schieden mit dem Entschluß aus, aus dem, was bevorstand, jeder so viel Vorteile wie möglich für sich herauszuholzen.

Gaston Innerhuber mußte lachen. Eine Sünde hatte bisher in seiner Familie gesetzt; die Weiber waren bürgerlich-jugendhaft gewesen. Mit seiner läutigen Frau wurde das Register vollständig. Um so besser! Eiferjucht auf Frauen lag ihm fern und auf Männer eiferjuchtig zu sein, dazu würde er schwerlich Lust haben. Wenigstens nach allem, was sich gut Unterrichtete lachend erzählten.

Mit Erstaunen bemerkte Gaston Innerhuber, daß er eigent-

lich gar nicht so unaufmännisch sei, wie sein Vater behauptete und geglaubt hatte. Er nahm sich vor, sich teuer zu verkaufen und von der verlorenen Freiheit so wenig wie möglich zu liefern. Das Juwelenmodell werde sehen, daß es hinter den steirischen Bergen auch tüchtige Geschäftsleute gebe.

XIII.

Brautwerbung.

Pour une fois
Que fut Collinette au bois,
Ahl qu'elle pleura, Collinette
Plus d'une fois.

Das Stubenmädchen brahte Maud Prochnizer eine Karte: Gaston Innerhuber stand in zierlich gestochenen Buchstaben darauf. Das Mädchen verzog keine Miene, wie es sich für die wohlgezogene Bewahrerin aller häuslichen Geheimnisse geziert. Nur ein blitzschneller Blick aus fündhaften Augen zeigte, daß sie sich trotz aller bevorstehenden Veränderungen sicher fühlte; sicher ihrer Stellung, sicher vor dem Nebenbühler.

„Lassen Sie eintreten, Hanni!“ Ob man sich gleich auf dem Du-Fuß der vertrauten Järllichkeit fühlte, war man doch überzeugt, auch unter vier Augen die Formen einzuhalten. So blieb man vor Nebenkabinen höher.

Maud hatte sich auf diesen Augenblick vorbereitet; sie war entschlossen, gleich das erste Gespräch mit ihrem künftigen Gatten zweitblicke zu lenken; sein Zweifel sollte darüber bestehen, daß sie es auch in aller Zukunft so halten werde; er, wenn er wollte und stark genug dazu war, Lenker und Ordner seines Lebens, aber jedenfalls sie Lenkerin und Ordnerin des kürzigen. Sollte es so kommen — und es mußte so kommen —, so war siehle Klarheit die unentbehrliche Grundlage ihrer Beziehungen. Wie zu einem Komponist, den man noch nicht kennt, und dem man deshalb misstraut, so hatte sie sich's vorgenommen. Warum war es ihr trotzdem in der Kehle so trocken geworden, daß sie die armeligen Worte „Lassen Sie eintreten“ kaum herausgebracht hatte?

Man hat gut ein Mensch seiner Zeit zu sein, stark, kalt und an sich selbst glaubend, entschlossen, sein Schicksal nach dem eigenen Wissen zu formen. Das Stubenmädchen öffnete die Tür, herein tritt der junge Mensch, den man schon verachtet, obwohl er noch gar nicht der Gatte ist, lächeln, gleichgültig, als ging's zum Spiel

oder zu einer Kokolette — und siehe da! Ihm folgte eine Gestalt, die man nicht kennt: dunkel, warnend, geheimnisvoll. Nie hat man sie gesehen; hört man von ihr früher, so verachtete man den Überglauken, doch es so etwas gäbe. Und jetzt, da man im Begriffe steht, sich von dem letzten Überbleibsel von Überglauken loszulösen, jetzt erkennt man, wer hinter Gaston Innerhuber ins Zimmer tritt. Es ist das eigene Gewissen. Mahnend schüttelt es das verhüllte Haupt: Tu's nicht, noch ist es Zeit!

Gaston Innerhuber war Schnurstracks auf Maud zugetreten. „Begleitung überflüssig,“ sagte er und sie, ihre Hand auf seine legend, ohne den Druck, der so lieb lag, an, animierte: „Vollkommen überflüssig, Herr Innerhuber. Ich nehme an, daß auch Sie zu den Menschen gehören die keine Redensarten lieben.“

Er war sichtlich erleichtert, da er mit einem Unbehagen zu der Unterhaltung mit der Dame der guten Gesellschaft gegangen war, er, der nur an den Verlehr mit Damen der lustigen Gesellschaft gewöhnt war.

„Sehr feisch,“ bemerkte er, rückte seinen Stuhl zurück und griff ohne Umstände nach einer Zigarette aus der silbernen Wiener Werkstattendose. „Meine Sorie. Vielleicht ein Zigaretten, Fräulein Maud?“

Sie mußte lächeln. „Ich will gerne glauben, daß wir in manchen Dingen den gleichen Geschmack haben. Sie lieben die Legende,“ und als sie doch einen Augenblick zögerte, vollendete er den Satz: „Und Sie auch, Fräulein Prochnizer. Wie die alte Welt wenigstens behauptet.“ Sie hatte es sagen wollen. Er sagte es, gleichgültig, als wäre es die selbstverständliche Sache. Und die, von der er es sagte, sollte binnen kurzem seine Braut werden oder war es eigentlich schon.

Einen Vater wollte sie für ihr Kind haben. Den oder einen andern! Ja, würde nicht der Bedenkenlosche auch der anspruchsvolle sein, die am bereitwilligsten ihre Wege gehen lassen, damit ihm seine unverwehbar bleibe? Sie schüttelte das Haupt mit dem nach Götzen geschnittenen Haar. Nein! Geh deiner Wege, unverkennbare Warterin, die die Menschen Gewissen nennen, und soll' mich meiner Wege gehen!

„Wollen wir zunächst von ernsthaften Dingen sprechen, Herr Innerhuber?“

(Fortsetzung folgt.)



Jazzband in der Schule

Ein Traum der LVM geht in Erfüllung

Vor etwa einem Jahr erschien in der Kinderzeitung Hans Kunterbunt, einem Ableger der LVM für Kinder, eine sogenannte Schulhumoreske unter dem Titel: "Eine ganz moderne Mädchenschule". (Der Traum eines Schultates.)

Unser Freund Sorel schrieb damals hierzu in der LV:

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die alles daran sehen, um in die Volksschule wieder den Zwang zum Christentum und Freiheit für den prügelnenden Rohrstock einzuführen, bringen in der leichten Nummer ihres bunten Schundes eine "Schulhumoreske" (den angeblichen Traum eines Schultates), die einer Bordellatmosphäre zu entstammen scheint. Das erste Bild: eine Jazzband spielt in einer höheren Mädchenschule, zechnerisch im Top der gesellschaftsfähigen Nutte erfaßt, drehen sich unter den losen Blättern der Musiker in ebenso losen Tanzbewegungen. Das zweite Bild: vier Schulmädchen, aufgeputzt wie Revuegirls, bieten sich herausfordernd dem Zuschauer dar unter dem Titel "Eine ganz moderne Mädchenschule". Dazu gibt es einen blöden Text, in dem Klubessel, Herkunftspunkte, Vaterböhmen, Tanz, Auto, ein bedienender Negerpage eine Rolle spielen."

Dieser Traum des Schultates soll nun Wirklichkeit werden. Eine höhere Mädchenschule in Leipzig lädt für Mittwoch, den 14. November 1928, zu einem Schulfest mit Ball ein. Unter dem

174 neue Mitkämpfer

Der Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig hat bei seiner dieser Tage vorgenommenen Werbung 174 neue Mitkämpfer geworben. Genossen, eifert diesem Beispiel nach!

Motto: "Der Tanz in Deutschland vom germanischen Altersum bis zur Gegenwart", wird im großen Saal des Zoologischen Gartens ein Schulfest stattfinden. Beginn der Vorführungen 19 Uhr. Beginn des Balles 21 Uhr.

Jede "Dame" (Schülerin) der drei ersten Klassen darf zu diesem Ball ihren "Herzallerlebsten" einladen. Den Namen, Adresse und Stand dieses Herrn muß jede Schülerin ihrer Klassenvorsteherin zur Eintragung in eine Liste mitteilen. Auch der Name und Stand der Eltern dieses Ballherrn sind von hoher Wichtigkeit. Diese fein säuberlich geführte Liste wird von "höherer Stelle" daraufhin geprüft, ob die angeführten "Herrnen" auch wirklich standesgemäß auftreten können. Sind sie dazu nicht in der Lage, so werden sie "höheren Ortes" abgelehnt, damit ja um Gottes Willen diese "bessere" Gesellschaft schön unter sich bleibt.

Kapelle Juenger-Freudenberg wird mit Jazz aufwarten, und dann kann der Tanz beginnen. Ich stelle mir das so vor: Der Herr Oberstudiendirektor wird mit der ältesten Lehrerin die Botschaft eröffnen. Es folgen die einzelnen Klassen, den Kenninissen nach geordnet, mit ihren Lehrern und Lehrerinnen an der Spitze. Der Zug bezieht der Hausmann mit der Scheiterfrau. Danach jazzt alles nach der Melodie: "In Rov-Rischgrotto, da ist die Hungersnot, da es' mit Salz und Brot, das macht die Wangen rot!" oder "Helene hat 'nen Knall", "Ich reiß die eine Wimper raus", "Was macht du mit dem Knie, lieber Hans?" usw. Damit die Stimmung sich hebe, läßt der Rektor einige Flaschen Wein und Sekt ausspielen. Lehrer und Schülerinnen trinken Brüderlichkeit, und auch die geladenen "Ballherren" sollen dabei nicht zu kurz kommen. Mit ihren "Damen" können sie im Garten schlendern, bis in die frühen Morgenstunden. Kommt die Zeit des Schulbeginns am Donnerstag heran, so können Lehrkräfte wie Schülerinnen, gleich schön klassenweise geordnet, durch Rosental zur Schule wandern, um gemeinsam ihren Mutter spazierenzuführen. Der etwaige Überbruch des Festes könnte vielleicht einem wohltätigen Verein, ich schlage vor: den Verein zur Hebung der Sittlichkeit an der Volkschule, übermittelt werden.

Die "gelbe Schlange" vom Peterssteinweg wird jedenfalls lachen und singen, daß ihrer Unregung im Bunter Schund mit dieser Veranstaltung stattgefunden wurde. Sollte dies aber gar in der Volks- oder Fortbildungsschule geschehen, so würde die "alte Tante" zeter und mordio schreien über die Verderbtheit der unteren Schichten des Volkes.

Der Betriebsanwalt verläßt Leipzig . . .

... aber er kommt wieder

Der Betriebsanwalt Gustav Winter hat gestern von Leipzig Abschied genommen. "Ich komme vor Weihnachten wieder" — beruhigte er die zahlreich erschienene Schar seiner Freunden, die ihrem großen Führer gestern abend das Geleit gaben, als er um 23 Uhr mit dem D-Zug in seine Heimat fuhr. Fast wäre es auf dem Hauptbahnhof noch zu größeren Zwischenfällen gekommen, die durch das umsichtige Einschreiten der Polizei verhindert wurden. So begnügte man sich mit kleinen Ansprachen, Hoch- und Niederzügen und wertete sein Gewissen auf. "Herunter mit Gumetti!"

Elternversammlungen in den Bezirken

Heute Mittwoch, 19.30 Uhr, in den Concordia-Sälen Leipzig-Gohlis, um 20 Uhr in den Reichshallen in Leipzig-Volkmarstadt.

und herunter mit vielen anderen. Bezuglich des Staatsanwalts Hölder wurde erklärt, daß man ihn ungeschoren lassen wolle, aber seine Mutter müsse man zur Verantwortung ziehen, daß sie "Jo'n Scheufal" geboren hätte. Selbstverständlich durfte in dem Donnerwetter der Niederruhr auch nicht die Leipziger Volkszeitung fehlen. Mit einem Hoch auf "unsern Gustav" wurde die ergreifende Feier beschlossen, und der Betriebsanwalt hat für einige Zeit Leipzig in Schimpf und Schande zurückgelassen.

Bon der Arbeiterwohlfahrt

Die Arbeiterwohlfahrt, deren Geschäfte bisher nebenamtlich im Bezirkssekretariat, Tauchaer Straße 19/21, erledigt wurden, hat in diesen Tagen eine eigene Geschäftsstelle in der Oerststrasse 28, I, r. eröffnet. Die starke Zunahme der Arbeit durch Erweiterung des Tätigkeitsfeldes auf dem Gebiete des Jugend- und Kinderwesens, sowie der Jugendgerichtshilfe und Jugendfürsorge machte diese Maßnahmen notwendig. Die Geschäfte führt Genosse Klein, der diese Tätigkeit bisher schon nebenamtlich im Bezirkssekretariat ausübte hat. Die Sprechstunden sind angelegt von 15% bis 17% Uhr.

Ein Riesen-Swindelunternehmen

Die Ratiowacht

Der Mann, der alles kann . . .

Das Kriminalamt teilt mit: Gegen den am 8. März 1881 in Trenne, Kr. Gleiwitz, geborenen Kaufmann Artur Schymura, wohnhaft in Leipzig, schwört zur Zeit bei der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betruges. Schymura hat im Oktober d. J. in Leipzig die Firma "Ratiowacht, Institut für zeitgemäße Wirtschaftshilfe", gegründet und zuletzt im Grundstück Dorotheenplatz 5 zwei Zimmer als Büroräume innerhalb. In letzter Zeit hat Sch. eine sieberhafte Tätigkeit in der Propaganda für seine Firma entwickelt und in den überallhin verstandenen Prospekten die unglaublichen Versprechungen gemacht. Wie aus den von der Kriminalpolizei beschlagnahmten Unterlagen ersichtlich ist, hat er bisher für sein fragwürdiges Unternehmen, für das die erforderlichen Mittel überhaupt nicht vorhanden waren, in Deutschland und offenbar auch im Auslande eine große Anzahl Subdirektoren und Bezirksoffiziaten sowie über 4000 Vertreter und Vertreterinnen angagiert, die mit geringen Ausnahmen weder Gehalt noch Wohn bezogen haben. Um sein aufzunehmendes Unternehmen noch zu halten, hat Schymura in der letzten Zeit die Anstellung der Bewerber von der Hingabe von Interesseneinlagen abhängig gemacht. Die Verwendung der ihm auf diese Weise übergebenen Gelder ist nach den bisherigen Feststellungen keinesfalls im Sinne der Geldgeber erfolgt. Jedentfalls hat Sch. die Beiträge teilweise zu Privatzwecken benutzt. Obwohl er in Leipzig auf diese Weise nur einige 1000 Mark erlangt hat, muß angenommen werden, daß der Schaden bedeutend höher ist, zumal in fast allen Orten Deutschlands mit über 5000 Einwohnern Zweigniederlassungen der genannten Firma gegründet worden sind. Schymura ist slächtig. Offenbar sind von ihm weit mehr Personen geschädigt worden, als bisher bei der Kriminalpolizei bekanntgeworden ist. Sie werden gebeten, sich beim Kriminalamt zwecks Anzeigeerstattung zu melden.

*

Wieder einmal haben Ungezählte von denen, die es nicht fertig bringen, alle zu werden, das Bedürfnis gefühlt, einem Gauner eine angenehme Existenz zu ermöglichen. Wir sind in der Lage, aus authentischer Quelle zunächst folgende Mitteilungen zu machen:

Zu Anfang September 1928 gelangten an die verschiedenen Arbeitsämter Deutschlands Unmassen von Prospekten, in denen für den 1. Oktober die Gründung eines neuen Unternehmens zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Heiratsausichten, Aufklärung von Konkursverbrechen, Nachweis von Darlehen, kurz, alles, womit sich überhaupt Geschäfte machen läßt, angekündigt wurde. Der Name der neuen Firma hielt: A. A. Schymura, Direktor der Ratiowacht, Institut für zeitgemäße Wirtschaftshilfe.

Der Herr Schymura war sogar dreist genug, sich bei der Kriminalpolizei in Leipzig vorzustellen, den Zweck und Umfang seiner Firma zu schildern und eine Art Empfehlungsschreiben zu fordern.

Habt legte er einen Prospekt vor, der oben links die Unterschrift trägt: "Eitt! Um weltweite Verbreitung wird gebeten", und im übrigen ein Personalgeschick darstellt, in dem Einstellung gegen Festgehalt und Umschlagsprämie, ein Mindesteinkommen von 300 M. und eine Provision von etwa 200 Mark versprochen wurde; außerdem enthält der Prospekt die Versicherung, daß seine Kauktion verlangt werden würde, daß vielmehr freie Referenzen als Sicherheit genügen würden.

Berlangt wurden

Bewerber mit "repräsentativer Wohnung, Telephonanschluß, höhere Schulbildung und kaufmännische Ausbildung, ernstem, imponierendem Auftreten, makellosem Ruf, Zuverlässigkeit, gutem Umgangsformen, Regsamkeit des Geistes, Impassionsfähigkeit, Tatkraft, Fleiß, Ausdauer, Arbeitsfreudigkeit, Willensstärke, Charakterfestigkeit, Tastgefühl, Geistesgegenwart und Gewissenhaftigkeit". Alle Gegenleistungen wurden neben Gehalt und Provision "Pensionsberechtigung, Förderung in besser bezahlte Stellen, Erholungsurlaub, Kurrausenthal in Krankheitsfällen, weitestgehende Unterstützung in Notfällen, eigene Kranenkasse, Entlastungserglungstätigkeiten durch Großeinkauf, Stipendien für Studium der Kinder, eigenes Vertreter-Bildungsinstitut,

Studentenseiten zur Erweiterung des Geschäftskreises und der beruflichen Vervollkommenung und Stellung eines Kraftfahrzeuges". Immerhin war Schymura vorsichtig genug, zu bestehen, daß all diese Vergünstigungen und "wirtschaftlichen Vorzüglichkeiten" davon abhängig sind, daß das neue Unternehmen tatsächlich den vorausgesetzten Umsatz und Gewinn erbringt, mithin egenseitigfähig wird. Schließlich wurden die Bewerber noch aufgefordert, eine Reichsmark einzufinden; aber auch dort versteckte Schymura vorsichtig, daß bei Rückleistung nur 20 Pfennig für Rückumkosten abgezogen, die restlichen 20 Pfennig aber zurückgeschickt würden.

Studienreisen zur Erweiterung des Geschäftskreises

Da Inspektor Udermann von der Kriminalpolizei dem Schymura auf den Kopf zusagte,

dass die ganze Sache einen recht schwindelhaften Anstrich habe, spielte der Gauner den in seiner Ehe geträumten Mann und reichte eine Beschwerde beim Oberregierungsrat Dr. Heiland ein. Sie wurde ebenso abgewiesen, wie das Gesuch um Bestätigung, daß der Laden einwandfrei sei. Trotz alledem war ein Einschreiten der Polizei zunächst unmöglich, da sich keine Geschädigten fanden. Das Bureau befand sich anfangs in Schymuras Wohnung in Gohlis, wurde aber, als sich der "Betrieb" erweiterte, nach dem Dorotheenplatz 5 verlegt. Ein Bezirksinspektor und vier Stenotypistinnen wurden angestellt, und an alle Städte Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und des Freistaates Danzig mit mehr als 5000 Einwohnern gingen Anklageprospekte hinaus;

achtzig Subdirektoren, hundert Bezirksoffiziaten und 4000 Vertreter wurden angestellt

und bekamen auch zum Teil, um den Schein zu wahren, kleine Abzöge-Zahlungen auf ihr Gehalt. Da man vorläufig nur über den Umfang der Leipziger "Geschäfte" einigermaßen orientiert ist, ist noch gar nicht abzusehen, welchen Umfang das "Unternehmen" bisher angenommen hat, wieviel Menschen und um welche Weise sie geschädigt worden sind.

Zur Zeit befinden sich etwa 50 große Ordner voll Bewerbungsschreiben, Drucksachen usw. in Händen der Leipziger Kriminalpolizei, woraus man wenigstens bis zu einem gewissen Grade auf die Rücksicht und den Aktionsradius des Herrn Schymura schließen kann.

Herausgekommen ist der Schwindel folgendermaßen:

Schymura hatte zufällig einen Baron o. B., einen ebenso armen wie rückständigen Menschen, kennengelernt und auch gleich mit tausend Mark Monatsgehalt als Subdirektor in München engagierte. Als der Mann trotz wiederholter Mahnungen weder von Arbeit noch von Gehalt etwas zu leisten bekam, rückte er nach Leipzig, um das ihm zuklebende Geld abzuheben. Dort erklärte er jedoch sein "Chef", daß die Sache "nicht so einfach wäre, wie ich das vorstelle", trotzdem könne er aber gleich darüberbleiben, da er in Leipzig sehr gut brauchen könnte. Sodann ließ Schymura an seinem "Druderei" Visitenkarten für den Baron herstellen, mit denen er dann bei denen freben ging, auf die ein Adressat immer noch als Sicherung besonderer Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit wirkt. Der Baron bekam eine Masse Visitenkarten, bloß kein Geld; dafür veranlaßte ihn aber Schymura, sich hier eine Wohnung zu suchen, um nach Leipzig mit der Familie überzuziehen. Eines Tages erklärte der "Chef" seinem Subdirektor, je militärische Bede bringend nach Neustadt a. d. Orla, um dort von der Stadtasse 20 000 Emmchen abzuheben. In Neustadt angelommen, verlangte der Chauffeur 100 Mark; statt sie aber zu erhalten, ließ er dem Schymura noch 200 Mark von sich aus, weil ja das Geld erst geholt werden müßte. Schymura verschwand, der Chauffeur fuhr nach Hause und der Baron lag solange im Hotel, bis ihm die Sache unwahrscheinlich vorkam und er sich von München telegraphisch Geld schicken lassen mußte, um seine Schulden im Hotel zu bezahlen.

Jetzt endlich begab er sich zur Kriminalpolizei, und da auch ein anderer, der eine "Interesseneinlage" gezahlt hatte, Krach schlug, konnte jetzt die Polizei endlich einschreiten. Das Bureau wurde geschlossen, die Korrespondenz beschlagnahmt, und nun kann die Arbeit des Sichtens losgehen.

Wie schon gesagt, war das Unternehmen außerordentlich umfangreich;

Hypothekengeschäfte, Heiratsvermittlung, Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Ehescheidungen, Aufdeckung von Verbrechen, Nachweis von Geschäfterverbindungen, Auflösung bzw. Verkleinerung unerlässlicher Geschäfte usw. usw. gehörte zum Bereich der "Firma".

Die Vertreter bekamen Bücher mit je zehn Bons a 2 Mark in die Hand, die sie nun bei der "Kundschaft" absetzen sollten; jedes Geschäft, was nur überhaupt auf diesem Planeten in Betracht kommen könnte, sollte für die 2 Mark erledigt werden.

Der Betrieb umfaßte 40 Abteilungen mit den entsprechenden Direktoren, Subdirektoren, Inspektoren, Vertretern und Tippfräuleins,

so daß JG-Barben oder Rhein-Elbe-Union die reinen Wassermänner sind.

Wie viel Herr Schymura, der sich laut Mitteilungen seiner Angehörigen angeblich das Leben nehmen will, verdient hat, ist vorläufig noch nicht abzusehen; wir werden zur gegebenen Zeit weiter darüber berichten. Immerhin scheint es sich um einen Schwindel zu handeln, der sich sogar neben den Aktionen Gustavs des Großen alias Winter sehen lassen darf.

Opfer der Arbeit in Leipzig

Zwei schwere Betriebsunfälle mit tödlichem Ausgang

Im Elektrizitätswerk Nord

Gestern gegen 4.30 Uhr ist im Elektrizitätswerk an der Eutritzschen Straße beim Aufladen eines etwa 700 Zentner schweren Generators für das neue Maschinenhaus ein Soll eines Glasflaschenzuges gerissen und der Generator etwa 2 Meter abgestürzt. Hierbei ist der 24 Jahre alte Elektriker Woldemar Lampel, Leipzig-Gellerhausen, Maschinenstraße 8, tödlich verunglückt. Er wurde zwischen dem abstürzenden Generator und einem Eisenträger am Kopf und an der Brust zerquetscht und konnte bisher aus der Lage nicht befreit werden, da zunächst der Generator wieder gehoben werden muß.

Außerdem wurden noch der 20 Jahre alte Arbeiter Georg Strathburg aus Leipzig-Eutritzsch, der 50 Jahre alte Arbeiter Karl Fröhlich aus Leipzig-Knauth und der Monteur Schmidt aus Mühlheim verletzt. Die Genannten haben sich beim Abpringen von den Vorrichtungen, die zum Aufzug des Generators dienten, Verletzungen zugezogen. Der erste erlitt einen Schienbeinbruch und Verletzungen am Arm, der zweite einen Fingerbruch.

Ein Schienenreiniger überfahren

Ein Opfer seines Berufes wurde gestern der Schienenreiniger bei der Straßenbahn Hermann Haselop. Gegen 16 Uhr war er mit dem Reinigen der Straßenbahnschienen in der Mendelstraße unglücklich am Eingang der Platnerstraße beschäftigt.

Plötzlich wurde er von einem Straßenbahngespann der Linie 6, der in voller Fahrt heranlief, von hinten erfaßt und überfahren.

Der Verunglückte war unter den Triebwagen geraten, der gehoben werden mußte. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde Haselop unter dem Wagen hervorgezogen. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus St. Georg ist er gestorben.

Rentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbstätige, Kurzarbeiter, Kleingeschäftsführer, Ausgabe von Hammelspeck, beste Qualität, Freitag, den 16. November, von 8—15 Uhr, und Sonnabend, den 17. November, von 8—14 Uhr, im Städtischen Schlachthof. Einheitspreis das Pfund 1 Mark. Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Wo ruht die Würde?

Funktionäre.

Zanger. Sonnabend, 17. November, 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Angerhöfchen.

Stünz. Freitag, 16. November, pünktlich 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Rathaus.

Lößnig. Morgen Donnerstag, 19.30 Uhr, im Heim, Sitzung der Gesamtfuncionäre. Sehr wichtige Tagesordnung. Es ist unbedingt nötig, daß alle Funktionäre erscheinen.

Schöneselb. Freitag, den 16. November, 20 Uhr, wichtige Sitzung in der Bibliothek.

Osten. Funktionärinnen-Sitzung findet nicht im Konzertsaal, sondern in der Nathaliensburg, Nathalienseite, statt.

Greven.

Baumsdorf. Donnerstag, 15. November, 20 Uhr, im Guisepark, Lichtbildvortrag des Gen. Greiter über: Neues Wohnen. Stünz. Freitag, 16. November, 20 Uhr, im Rathaus, Vortrag der Genossin Unger: Die bürgerlichen Hausfrauenvereine. Liebertwolkwitz. Freitag, 16. November, 20 Uhr, im Schwarzen Ross, Vortrag des Genossen Mähzelt: Der Kampf ums Arbeiterviertel. Marktstädt, Donnerstag, 15. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Vortrag des Genossen Mähzelt: Der Kampf ums Arbeiterviertel. Jungjäglisten.

Zentrum. Freitag, 16. November, 20 Uhr, im Töpferheim spricht Genossin Herberg über: Frauenerwerbsarbeit. Gäste herzlich willkommen!

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Helfer. Zusammenkunft Groß-Leipzig. Freitag, 16. November, 20 Uhr, im Volkshaus.

Sprechchor.

Sprechchormitwirkende von "Seid geweihet!" Alle, die bei der Aufführung von "Seid geweihet!" im Frühjahr in der Alberthalle mitgewirkt haben, treffen sich heute abend im Volkshaus, Schrankenheimer, zwecks Geldverteilung.

Die Kraftwagenverbindung Leipzig-Chemnitz

Auf lästig der diesjährigen Herbstmesse und der Ausstellung "Die deutsche Gasträte" wurde zwischen Leipzig und Chemnitz ein regelmäßiger Kraftwagenverkehr eingerichtet. Da diese Verbindung sich in weiten Kreisen einer lebhaften Benutzung erfreute, wurde sie mit einem Wagenpaar täglich fortgeführt. Von verschiedenen Städten ist jetzt angeregt worden, eine Verdichtung von 3 bis 4 Wagenpaaren täglich herbeizuführen. Die Kraftverkehr Freistaat Sachsen A.-G., die diese Linie eingerichtet hat, ist bereit, den Betrieb weiter zu übernehmen. Da aber erfahrungsgemäß der Fahrplan einer Kraftwagenverbindung in den Kreisen der Benutzer erst bekannt werden muß, ist, um den Betrieb für die erste Zeit sicherzustellen, von den beteiligten Städten und Bezirksverbänden zunächst eine gewisse Garantie summe bereitzustellen. Die Solddaten für den gefahrenen Kilometer werden von der Kraftverkehr Freistaat Sachsen A.-G. auf rund 1 Mark beliefert und als Garantiebetrag wird für einen Kilometer 10 Pfennig gefordert.

Bei 10 Pfennig Garantieleistung für jeden Kilometer würden also jährlich 12 000 Mark aufzuwenden sein. Die Verteilung dieser Summe legt den Städten Leipzig und Chemnitz je 4500 Mark und den Bezirksverbänden 2000 Mark auf. Würde mit der Verdichtung der Linie auf 2 Wagenpaare täglich am 1. Dezember d. J. begonnen werden, dann wären von Leipzig rund 1600 Mark aufzubringen. Der Rat hat beschlossen, der Verdichtung der Kraftwagenlinie Leipzig-Chemnitz auf 2 Wagenpaare täglich zuzustimmen und die 1600 Mark nachzubewilligen. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Stadtverordneten.

Krämergeist gegen Krankenversicherung

Die Gegnerschaft des Unternehmertums gegen die Krankenversicherung ist alt und allbekannt. Jahrreich sind die Angriffe, die aus diesen Kreisen kommen. Überspannung der Krankenversicherungspflicht, Verschwendend von Krankenkassen, Förderung der Kaufmänner durch die Krankenkassen und viele andere reaktionäre Unfeindungen der Sozialpolitik überhaupt prasseln unausgelebt nieder wie Pflaumen. Gegenwärtig bemühen sich die Krankenkassen, die Versicherungspflicht auf Jahresordnungen von über 6000 Mark zu erweitern. Dagegen wird von den schon bezeichneten Kreisen Sturm gelauft. Es hat sich ein Reichsausschuss der deutschen Mittelschicht gebildet. Von dieser buntgemischten Gesellschaft, bestehend aus dem Reichsverband des deutschen Handwerks, der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels dem Zentralverband der deutschen Haushalt- und Grundbesitzervereine, dem Reichskuratorium für Handel und Gewerbe und dem Schutzbund der deutschen Geistesarbeiter „mit vielen hunderten angegliederten Landes- und Fachvereinigungen“ wurde am 10. November an die Reichsregierung und an die Parlamente eine öffentliche Erklärung gesandt, die sich stark gegen die von den Ortskrankenkassen geforderte Erhöhung der Krankenversicherungspflichtigkeiten und gegen die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf den gesamten selbständigen Mittelstand ausspricht.

Die Eingabe bezieht die Forderungen der Krankenkasse als Überspannung des Sozialversicherungspflichtgedankens und betreibt Gespenster- und Gefahrenmalerei übler Art. Esreicherweise liegt die Entscheidung über solche wichtigen Fragen nicht bei den Verfassern und Beschliefsern der Eingabe. In Regierung und Parlament wird man dem Ausbau der Sozialversicherung schon mit anderen Augen sich gegenüberstellen müssen.

Ausschluß der Öffentlichkeit

In der Schule ist man zuerst darauf gekommen, denn es stand allen drei Model, die in verschiedenen Klassen gingen auf dem Gesicht geschrieben. Und die Schule muß ihre Pflicht erfüllen, muß nachfragen, muß das Ergebnis ihrer Nachforschung an die Polizei berichten. Die Polizei kommt in das Haus, stellt die näheren Umstände fest und schafft die Grundlagen für die gerichtliche Untersuchung.

Im Hause selbst wird das natürlich bekannt geht laut und leise von Mund zu Mund: Bei Siebenkinds oben in der vierten — der neunjährige Junge, der Schlosserkring, und die drei Mädchen, Kinder von 10 bis 14 Jahren .. na ja, verdonnerte Jugend. Kinder, die das vorwegnehmen, was für die Zeit nach der Reise aufgestellt bleiben sollte.

Natürlich läuft man im Hause ein bisschen darüber, aber man verwundert sich nicht groß, denn — man kennt die Verhältnisse bei Siebenkinds. Das Verwundern, die Entrüstung bleibt dem Gerichte vorbehalten. Der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt, die Richter sind empört. Ein neunjähriger Bursche steht als Angeklagter vor ihnen, und als Zeugen werden drei kindliche Mädchen, keine Schwestern, aufgerufen. Und das Gericht schlägt vor allen Dingen einmal die Öffentlichkeit aus, wegen Gefährdung der Sicherheit.

Und unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit, in dem von amüslicher Schwefelgeschicht mitspendenden Gerichtssaale, darf der jugendliche Angeklagte dann den Richtern klarmachen, wieviel es zu der fiktiven Verhaftung kam. Aber nur, wenn er so verständnisvolle Richter hat, die sich das Klarmachen lassen wollen, was bei deutschen Gerichten bekanntlich oft genug vom Zufall abhängt. Hat er dieses Glück, dann darf er den Richtern mildende Umstände auffordern. Fünf Geschwister wohnen mit den beiden Eltern zusammen in zwei Stuben. Sieben Personen benutzen ein gemeinschaftliches Schlafzimmer, müssen es benutzen, denn die Wohnung gibt nicht mehr her. Und für diese sieben Personen sind nur drei Betten vorhanden. Was müssen diese sieben Menschen — Erwachsene, Kinder und solche im geistlichen Alter der Pubertät — voneinander leben. Wie bald sind da die Begriffe der Scham, der primitivsten

Das Messer als politisches Kampfmittel

Zur Ermordung des Genossen Paris durch Rote Frontkämpfer

(Sonderbericht der Volkszeitung)

-n. Zwickau, den 13. November.

Am Vorabend der letzten Reichstagswahl, am 10. Mai d. J. ist im Glashaus eines der schändlichsten Verbrechen begangen worden, das in der Geschichte des Bruderkampfes der deutschen Arbeiterchaft zu verzeichnen ist. Der Vorsteher des Glashauer Ortsvereins der SPD, der Stadtverordnete und Krankenfasslonitorieur Genosse Arno Paris, wurde ohne jeden Grund von Anhängern des Roten Frontkämpfersbundes bedroht und von einem davon durch einen Stich in die Herzgegend getötet.

Als derjenige, der den tödlichen Stich gegen den Genossen Paris geführt hat, wurde der damals 22jährige Maurer Albert Gretsch festgestellt, der nach seiner Angabe im Mai d. J. der KPD und dem Roten Frontkämpfersbund beigetreten ist. Er hatte sich heute vor dem Schwurgericht Zwickau unter der Anklage des Totschlags verantworten. Die intellektuellen Urheber des Verbrechens — die viel, viel schuldiger sind als die unerfahrenen jungen Menschen, die zum Werkzeug der Tat wurde — sie konnten leider nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Anklagebehörde tat auch nichts, was geeignet gewesen wäre, in dieser Beziehung Licht in die dunklen Hintergründe der Glashauer Bluttat zu bringen, sie bemühte sich vielmehr, das Verbrechen des jungen Gretsch als absolut unpolitisch (!) zu vertreten.

Sozialdemokraten sind als Geschworene nicht angenehm!

Die Verhandlung brachte, bevor sie recht eröffnet war, sofort eine Überraschung: Die Angeklagten lehnte sämtliche Geschworene, die der SPD angehören, wegen Begegnung des Bekannten ab! Der Kommandant auf der Anklagebank legte sein Schätzchen als Nebenwaffe blutiger Herrschaften, als daß er es Altersgenossen antraute. Dreimal gelang der Vertheidigung dieser Schatzung, als sie aber auch einer der Erkageschworenen, der Sozialdemokrat ist, entfernt wissen wollte, machte das Gericht nicht mehr mit, sondern erklärte sehr richtig, daß allein aus der Tatfrage, daß ein Geschworener der gleichen politischen Partei angehört wie der durch den Angeklagten Geschädigte, eine Bekanntenheit gegenüber dem Angeklagten nicht gefolgt werden könnte.

Die Vernehmung des Angeklagten

entrollte ein trübes Bild sozialen Elends. Er ist als Sohn eines Trinkers geboren. Der Vater schlug ihn häufig ohne Grund, nahm ihm das Geld weg, das er verdiente, um es in Alkohol umzuleben, schlug auch die gelähmte Mutter. So wurde er ein tristes Kind, zum Jährling neigte. In jungen Jahren schon ging er von zu Hause weg, trieb sich in der Welt umher und wurde mehrfach wegen Diebstahl, Landstreichen usw. bestraft. Sechs Monate brachte er auch in Todeshaft in der Korrektionsanstalt zu. Am 19. Mai soll er durch verschiedene Umstände — u. a. durch die politische Täuschung eines kommunistischen Demonstrationzuges — in ganz besonderem Maße erregt worden sein, so daß er, als er mit einigen anderen Roten Frontkämpfern einen Zusammenschluß mit einem Demonstrationszug der SPD hatte, in dessen Verlauf er angegriffen worden sei, blödlings mit dem Messer um sich geschlagen und dabei den Genossen Paris ohne Absicht tödlich getroffen habe. Auf Vorhabe mußte er aber zugeben, daß er sofort die Flucht ergreifen hat, nachdem er den tödlichen Stich gesetzt hatte, daß er unterwegs das Messer reinigte und sich zu Hause gleich ins Bett legte. Zugaben mußte er auch, daß er vor dem Zusammenschluß seine Kumpane aufgefordert hat, die Messer herauszunehmen, und dabei auferhielt: "Vor alle ist besser als nachgehen!"

Nachdem Regierungsmedizinalrat Eichhorn aus Glashau als Sachverständiger befunden hatte, daß der Tod des Genossen Paris durch einen Stich in die rechte Brustseite herbeigeführt worden ist, wobei eine Wunde von 11 Zentimeter Länge entstand, erfuhr man aus der

Vernehmung der Zeugen,

dass sich die Dinge wesentlich anders zugetragen haben, als der Angeklagte sie geschildert hatte. Danach ist Genosse Paris, der allgemein als ein besonders ruhiger und sachlicher Mensch geschildert wurde, etwa 50 bis 60 Meter vor dem sozialdemokratischen Fackelauf mit der Verteilung von Flugblättern beschäftigt gewesen. Als eine Anzahl Roten Frontkämpfer, die von ihrem Parteiflasche herbeigeeilt waren und sich an den Straßenrand setzten, die sozialdemokratischen Demonstranten will beobachten und dabei den Genossen Paris ohne Absicht tödlich getroffen habe. Auf Vorhabe mußte er aber zugeben, daß er sofort die Flucht ergreifen hat, nachdem er den tödlichen Stich gesetzt hatte, daß er unterwegs das Messer reinigte und sich zu Hause gleich ins Bett legte. Zugaben mußte er auch, daß er vor dem Zusammenschluß seine Kumpane aufgefordert hat, die Messer herauszunehmen, und dabei auferhielt: "Vor alle ist besser als nachgehen!"

Nachdem Regierungsmedizinalrat Eichhorn aus Glashau als

der folge Meuchelmord bei den Demonstrationen bekannt wurde, sah es — und das ist bei der ungeheuren Erregung verständlich — auch für die Roten Frontkämpfer Höhe. Vorher aber ist von sozialdemokratischer Seite nicht ein Schlag geführt worden. Für die Annahme, daß es die Roten Frontkämpfer von vorherher aus Paris abgehen hatten, spricht der Umstand, daß einer von ihnen, als Genosse Paris herankam, rief: "Hier ist er!"

Einen unheimlichen Eindruck machten die drei Roten Frontkämpfer, die außer Gretsch an dem Zusammenschluß beteiligt waren und stellte als Mitangeklagte als Zeugen aufmarschierten. Sie wollen weder etwas geben, noch selbst etwas geben haben. Mit seinem Wort versuchten sie, ihrem bedrängten Kameraden zu Hilfe zu kommen. Nur auf ihr eigenes Wohl waren sie bedacht.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Illgen, erfaßt durch die Beweisaufnahme den Nachweis für eine vorläufig ausgeführte Tötung erbracht und beantragte, Gretsch unter Verhöhnung mildender Umstände zu 7 Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrentreuhnisverlust zu verurteilen.

Die beiden Verteidiger, Rechtsanwälte Berlet und Karner aus Chemnitz, bestritten die Tötungsabsicht, wobei der eine von ihnen soweit ging, daß er mit Bezug auf den tragischen Tod des Genossen Paris die Behauptung eines alten Sozialdemokraten zitierte, es gäbe nichts Schöneres, als durch den Feind zu sterben.

Das Urteil,

das nach einstündiger Beratung durch den Vorsitzenden des Schwurgerichts, Landgerichtsrat Gröhle, verhängt wurde, lautete:

Der Angeklagte wird wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, auf die er erlittene Unterforschungshaft mit 5 Monaten angerechnet wird. Das zu der Tat benützte Messer wird eingezogen.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß Gretsch eine Tötungsabsicht nicht nachgewiesen werden konnte, immerhin sei aber seine Tat so schwerwiegend, daß eine strenge Bestrafung am Platze gewesen wäre; deshalb sei das Gericht auf eine Zuchtausstrafe zugestimmt und nicht nur auf Gefängnis. Die Überlebenszeit der bürgerlichen Ehre wurde abgelehnt worden, da die Tat des Angeklagten nicht ehrenlos Motiven entspringe, sondern ein Ausflug des Parteianattismus wäre.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist mit der Bestrafung des Gretsch der Meuchelmord an dem verdienten Vorsitzenden unserer Glashauer Parteigruppe geahndet. Aber nur nach dem Buchstaben des Gesetzes. Die Schuld an der unheilvollen Tat von Glashau kann die KPD, die sie durch ihre verlogene Heile gegen die SPD verhuldet hat, nicht mehr von sich abwaschen. An ihren Händen steht für ewige Zeiten das Blut des Brudermordes.

Freispruch im Mordprozeß Berger-Müller

Im Prozeß gegen den Mietautobusfahrer Karl Emil Berger aus Reichenbach und dessen Freundin, die Silke Martha Müller, die angeklagt waren, den Tod der Ehefrau Berger, die bei einer gemeinsamen Autofahrt bei der Göltzschalbrücke aus dem Auto gestürzt war, verschuldet zu haben, wurde am Dienstag zum Schwurgericht Blauen nach siebenstündiger Verhandlung das Urteil gefällt. Beide Angeklagten, gegen die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, wurden freigesprochen. Der Hofstiefel gegen Berger wurde aufgehoben. Wie der Begründung des Urteils zu entnehmen ist, war das Gericht der Ansicht, daß zwar zahlreiche Verdachtsmomente vorliegen hätten, ein Beweis für die Schuld aber nicht erbracht worden sei.

Dresden. Ein Gauner als falscher Arzt. Im Johannisthaler Krankenhaus verschaffte sich ein Mann, der vorgab, Arzt zu sein, Eingang. Er inspirierte 18 Krankenstationen und verschwand dann wieder. Später gelang es den Mann festzustellen. Es ist ein 30 Jahre alter, vielfach vorbestrafter Handlungsgehilfe, der früher schon auf leichten Geisteszustand untersucht worden ist. Vor einigen Jahren trat er als Prinz von Hohenlohe auf — worauf er in den sogenannten ersten Dresdner Familien Einlaß fand. Nachher oder vorher hatte er Schaulästen ausgeräumt und Beträgerien begangen.

Blauen. Unermüdliche Gäste. In einem Schanklokal in der Brunnenstraße entstand in der Nacht zum Sonntag eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Hamburger Männer die Fenster des Lokals einschlugen und Tische und Stühle zertrümmerten. Ein Polizeibeamter gab mehrere Schüsse ab, worauf die Männer die Flucht ergreiften. Das herbeigeführte Nebelfest mündete zugleich die Straße ab und nahm die Ruhestörer fest.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 15. November.

15.00 Uhr: Frostmelodien.

16.00 Uhr: Schallplattenkonzert.

16.30 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.

18.05 Uhr: Steuerrundfunk.

18.30-18.55 Uhr: G. van Enseren, C. M. Alster: Spanish für Fortgeschritten (Deutsche Welle, Berlin.)

19.00 Uhr: Dr. Fritz Reuter, Leipzig: "Musik als Beruf" 2. Vortrag.

19.00 Uhr: Prof. Dr. Paul Haake, Berlin: "Sachsen zur Zeit Augusts des Starken" 2. Vortrag.

20.00 Uhr: Zum Geburtstage Gerhart Hauptmanns: "Elga". Sechs Szenen von Gerhart Hauptmann. Spielleitung: Hans Peter Schmid. Gestalten der Wirklichkeit: Ein Ritter, Hans Jelinek. Söcht. Der Diener des Ritters, Oskar Berger. Ein Mönch, ehemals Graf Starckenski, Josef Krauß. Marina, seine Mutter, Illy Hesse. Elga, seine Frau, Marcella Otto-Mozenstern. Klein-Elga, sein Töchterchen. Die Amme, Traude Alsen-Dimitri, Gräfin, aus dem Hause Lashke, Elga's Bruder T. Rondzella, Leon Epp, Ognina, Elga's Vetter, Hans Jelinek-Gött. Timolla, Hausverwalter, Wilhelm Engst, Dorfka, Elga's Kammerzofe, Hanna Lantes. Erster Diener des Grafen, Kurt Paulus. Musika.liche Leitung: Wilhelm Reitich.

21.00 Uhr: Wiener Musik. Mitwirkende: Wiener Trio-Besetzung: Erna Damasko (Violino), Mia Küller (Geige), Rudolf Pehm (Klavier).

22.30 Uhr: Funkpranger.

22.35 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

22.55 Uhr: Funstille.

Gegen Bronchial-Katarrh, Asthma, chronischen Husten Atemnot nimmt Lauensteins Spezial-Elixier. Qualität und Tee. Postversand nach auswärts. Allein erhält: König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17

Aus den Tagen des Umsturzes

Unter den Dokumenten zur Revolutionsgeschichte, die in diesen Wochen erscheinen, verdient ganz besondere Beachtung die Schrift von Arthur Rosenberg: „Die Entstehung der deutschen Republik“ (Ernst-Niemöhl-Verlag), weil sie mit außerordentlicher Objektivität die Ereignisse behandelt und aus dem historischen Zusammenhang zu begreifen sucht. Der Verfasser ist als Historiker an der Berliner Universität und Berichterstatter des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches am den Reichstag für eine solche Arbeit besonders qualifiziert.

Wir geben nachstehend einige Auszüge aus dem wichtigen Werk Rosenbergs Darlegungen und die beste Widerlegung der Dolschtolegende. Für die Position, die die Monarchie schon im Mai 1917 in Deutschland inne hatte, sind die Beschlüsse kennzeichnend, die am 25. Mai 1917 im Kriegsministerium tagende Konferenz sah, die sich mit feindlichen antimonarchistischen Bestrebungen und Erörterungen über die zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigte. Darüber berichtet Rosenberg (S. 224):

Das Leitmotiv ist: „Seine Majestät der Kaiser sowie sein ganzes Haus muß dem Volke wieder persönlich nahegebracht werden“. „Für besonders wirksam hält man die Aufklärungstätigkeit durch Kirche, Schule und in Lazaretten. Von Lehrern oder geeigneten Leuten, z. B. von verwundeten Offizieren, sind in ausgiebiger Weise monarchistische Vorlesungen zu halten, und zwar für die Jugend am besten nicht während der Schulzeit, sondern abends in etwas feierlichem Rahmen (1).“ Ferner wurden folgende Beschlüsse gefasst: „Den Gerüchten über den Kronprinzen muß ein Ende gesetzt werden. Das Hofpersonal ist zur Vermeidung jedes Klatsches anzuhalten. Regierungsschmähen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge sollen in der Presse auf die Initiative des Kaisers zurückgeführt werden. Der Kaiser soll große Fabriken besuchen. Er sollen mehr Orden vorleschen werden. Die Frauenvereine sollen für die Monarchie eintreten.“ Mit Recht wird die Frage gestellt, ob ein Königreich, das sich mit solchen Mitteln reiten will, in Wahrheit nicht schon tot ist.

Schön wichtig sind Rosenbergs Aufzeichnungen über den Kieler Matrosenaufstand. Unter den 18 Forderungen, die der „revolutionäre Soldatenrat“ stellte, fanden sich die folgenden: „Alle die Teilnehmer an dieser Bewegung wird Straflosigkeit gefordert. Es soll ihnen „seine ungünstige Eintragung in das Führungsbuch gemacht werden“. Die Revolutionäre fühlen sich also noch so weit von ihren revolutionären Erfolgen entfernt, daß sie nicht wollten, daß ihnen die „Revolution“ mit einer schlechten Note ins Führungsbuch eingetragen würde. Und weiter folgende Forderungen: „Einheitliche Menage für Mannschaft und Offiziere. Die Gruppenpflicht gegenüber den Offizieren außerhalb der Dienstzeit soll abgeschafft werden. Arbeitsdienst und Urlaub soll neu geregt werden. Die Anrede „Herr Kapitän u. a.“ hat nur am Anfang eines Sakes zu dienen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs fällt sie weg und ich rede den Vorgesetzten mit Sie an.“

Das waren die „revolutionären“ Forderungen, nachdem 100 000 Matrosen gemeinsam hatten, und das Leben der Offiziere in ihrer Hand lag. Die Matrosen dachten weder an den Sturz der Regierung, noch an die Revolution. Sie wollten nichts als Frieden und seine Sicherung gegen alldeutsche Störungsversuche. Rosenberg liegt in diesem Zusammenhang wörtlich: „Hätten die USPD oder gar der Spartakusbund auf die Bewegung irgendwelchen Einfluß gehabt, so wären die Forderungen etwas anders geworden. Die Regierung schickte den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Noske nach Kiel, der dort ohne jede Mühe die Führung in die Hand nahm. Auch dies zeigt wieder, daß die Matrosenbewegung weder gegen die SPD noch gegen die Reichsregierung gerichtet war. Ein Versuch Haases, in Kiel ebenfalls Einfluß zu gewinnen, scheiterte.“

Unleichtschwindler Schneid ausgeliefert. Am Montag ist der im Zusammenhang mit der Kriegsanleihebeträgeraffäre in Paris verhaftete frühere Direktor des Delphi-Palastes, Joseph Schneid, der nach Erledigung des Auslieferungsverfahrens nach Berlin gebracht worden ist, ins Untersuchungsgesetz in Moabit eingeliefert worden. Dort wurde er sofort einer Vernehmung unterzogen.

Stellenangebote

Maschinenarbeiterin (Handanlage)
lucht für dauernd Karl Geyer,
Buchbinderei, Wittenberger Str. 23 III.

Schneiderei Großküld
I. Et. Gundorfer Str. 2

Verkäufer

**Auf Kredit
Herrenanzüge**
mit 10 Monat Umtausch
Scherbel
Markt 2
Rathausstraße

Bon Hertha
wenig getragene
Herr.-Garderobe
bill. zu verkaufen
Wittelsack, Goethestraße 12, v.
Eins. - Verkaufsoffn.

**Stepp-, Tisch- u.
Couchlonguebedach**
auf keinen Fall
D. Wadewitz Nachl.
Windmühlenstr. 33, I.

**Auf Kredit
Bettstellen mit
Matratzen**
mit 5 Monat Umtausch
Eduard-Nuss-Kauf
Hans Hoffmann
Markt 10, I. Et.

**Wo kaufen Sie
ihre Möbel?
Wurden Sie
gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie
sich vertraulich an**

**Möbelhaus
Hermann Fontius**
Leipzig-Gohlis
Hallische Straße 106
Reiche Auswahl Niedrige Preise
Langjährige Garantie



**Was VIM putzt,
blinkt wie Sonnenchein, was
blind u. fleckig
wird blank und rein.**

VIM macht nie Schrammen
dazu ist es viel zu fein.
VIM gibt allen Dingen,
Reinheit und Glanz.

13
20
80
113 . 16 - 7
112

Die Titelfabrik Leipzig-Berlin

Der Leipziger Titelspender vor Gericht

—ra. Ende März dieses Jahres berichteten wir bereits über die Aushebung einer Titelfabrik in Leipzig. Allerdings ist der Leipziger Titelspender nur eine Art Filiale von Berlin, wo sich der Hauptmacher in der Person des Geheimrats Professor Dr. Matthes aufhält. Von hier aus wurden Doktor-Titel und Konsulat verhängt für diejenigen, denen ihr simpler Name, trotz ihres Geldes, nicht schön genug klang. Mohnbubenbesitzer a. D. oder Schieber ein großes Ding nicht in der sogenannten „Gesellschaft“. Etwas anderes ist es schon, wenn die Anrede mit Herr Doktor oder Herr Konsul geschiehen kann. Dann öffnen sich Türen und Tore und der also Angeredete wird mit offenen Armen in der exklusivsten Gesellschaft empfangen. Was lag da näher, als daß man zuladen müsse, irgendwo einen Titel zu erwischen, sinnvoll auch der „Betriebsanwalt“ Winter durch einen, allerdings selbst angelegten Titel sein Glück gemacht hat. So glau wie Winter waren die Herren Reichsrat aber nicht, sondern sie ließen sich das etwas kosten und kauften sich ihren Titel gegen vor oder auf Abzahlung. Ganz wie Sie möchten, Herr Raffel. Daß diese titelhaschenden Leute um ihr Geld geprellt werden sind, nimmt bei ihren gelungenen Fähigkeiten, auf diesem Wege einen Titel zu erwischen, nicht wunder.

Man müßte eigentlich dem Angeklagten dankbar sein, daß man dadurch einmal einen Einblick in den Korruptionssumpf der bürgerlichen Gesellschaft tun kann.

Gestern wurde nun gegen den Leipziger Filialleiter der Titelfabrik Berlin das Hauptverfahren vor dem Leipziger Strafgericht begonnen. Den Vorfall führt der Amtsgerichtsdezernent Voßler. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Höpfer. Als Verteidiger fungiert der aus dem Krank-Prozeß bekannte Rechtsanwalt Frey, Berlin.

Angestellter Edgar Ulbers

ist am 14. August 1908 in Hamburg geboren.

Die Anklage wirft ihm fortgesetzten und versuchten Betrug vor, der darin erblieb, daß er in den Jahren 1927/28 in 7 Fällen Interessenten vorläufige, er könne den Dr.-Techn.-Titel oder eine Konsulatsstelle vermittelten. Außerdem ist es in einigen anderen Fällen beim Versuch geblieben.

Zur Person vernommen, erklärt der Angeklagte: Er habe in Hamburg ein humanistisches Gymnasium bis Ober-Sekunda besucht und konnte dann wegen Krankheit sein Abiturienten-Examen nicht machen. Hierauf sei er Generalsekretär des Nationalen Reichsbundes in Hamburg gewesen. Nach 1½ Jahren habe er an der Universität Leipzig sein Studium fortgesetzt. Im September 1926 sei er nach Elberfeld gefahren, um eine Stelle als Sekretär im „National-Verband deutscher Industrieller“ anzutreten, kam aber im Februar 1927 wieder nach Leipzig zurück, um seine Doktorarbeit zu verwenden.

Er wollte durchaus Doktor werden

und bewarb sich um diesen Titel auf eine Anzeige in einer Berliner Zeitung. Dadurch lernte Ulbers einen Herrn kennen, der ihn an den „Geheimrat Professor Dr.“ Matthes vertrat, der könnte ihm aus seiner Not helfen. Matthes habe ihm gesagt, daß er ihm zu einem Dr.-Titel verhelfen könne, wenn er 10 000 Mark aufzubringen könnte. Da Ulbers das nicht konnte,

erklärt ihm Matthes, daß er ihm einen Dr.-Titel umsonst verschaffen wolle, wenn er, Ulbers, zwei Interessenten für einen Doktor angeschleppt bringe.

Und nun beginnt die eigentliche Arbeit des Titelspenders. Ulbers gab durch die Annonsen-Expedition Rudolf Möller eine ganze Reihe von Anzeigen in den Tageszeitungen auf, in welchen er Interessenten für Dr.-Titel suchte. Eine betrügerische Wölfe habe ihm ferngelegen.

Er habe soviel Zuschriften auf seine Anzeige bekommen, daß er Hunderttausende mit Weitblick habe verdienen können, wenn er auf Betrag angegangen wäre.

Aus den vielen Zuschriften habe er sich zwei Bewerbungen herausgesucht und Matthes gemeldet. Dieser habe alles in die Wege geleitet, sei nach Brüssel gefahren, um an der dortigen Philosophischen Universität die Kandidaten anzumelden. Inzwischen sei ihm aber ein Bewerber abgesprungen und er habe die Kosten nicht aufzutragen können. Als Matthes von Brüssel zurückgekommen sei, habe er ihm das Doktor-Diplom gleich mitgebracht. Auf seine Einwendung, daß diese belgische Universität nicht viel tauge, habe Matthes erwidert:

„Geistig minderbemittelte Leute müssen mit zweitrangigen Titeln zufrieden sein.“

Überhaupt sei Matthes ein sehr „gelehrter“ Mann, denn in seiner Wohnung in Berlin habe er 60 bis 70 Diplome hängen sehen.

Rechtsanwalt Frey erklärte hierzu, daß der Handel mit Titeln üblich sei. Baron de Moer, der größte Titelsändler, habe gesagt, Matthes sei sein gelehrtster Schüler, denn er habe

Wachsleinen voll Orden,

außerdem sei Matthes noch päpstlicher Kammerherr und prinzlicher Kammerherr. Auch sei erwiesen, daß mindestens 90 Prozent aller sogenannten Konsulatsstellen an Mietbietenden verkauft würden. Einem Dr. h. c. Kaufmann seien während der Inflation

die deutschen Universitäten nachgelaufen, um ihm für 5000 Goldmark einen Dr. zu verkaufen.

Nun wird Ulbers auf seinen Konsulatsgeschäften verkommen und erklärt, daß er einen Dr. Hindenbusch von der Woca veranlaßt habe, ein Inserat in — nun eben in der Planstage der LVR aufzugeben, daß er Bewerber für ein deutsches Konsulat suche. Darauf seien 50 Offerten eingegangen, u. a. auch von einem

Fabelbesitzer Schmidt, Kinobesitzer Küngel, Kaufmann Hoffmann und Kaufmann Fischer-Thorer.

Vom Gericht wird dem Angeklagten noch vorgehalten, daß er 1927 auch ein Inserat aufgegeben habe, daß ein Baron von Freudenberg einen sehr vermögenden Adoptivsohn suche und einer sehr vermögenden Dame zur Ausbildung als Operettendiva mit glänzender Laufbahn

behilflich sein könne.

Ulbers behauptet, daß das eine Geselligkeit für seinen Freund gewesen sei und das andre er als Geschäftsführer der deutschen Bühnenengenossenschaft ausgegeben habe.

Dem Fabelbesitzer Schmidt hat Ulbers erst einen Doktor-Titel, und da Schmidt dafür kein Interesse hatte, ein brasilianisches Konsulat angeboten, erst für 25 000, dann für 12 000 Mark unter der Bedingung, daß er später selbst einmal von dem zukünftigen Konsul als Botschafter vorgeschlagen und er Generalvertreter der Erzeugnisse des Fabelbesitzers für Brasilien würde.

Der Fabelbesitzer ging darauf ein und zahlte einen Betrag von 5000 Mark als erste Rate an.

Das Geld will Ulbers an Matthes weitergegeben haben. Die Verhandlung dauert an.

Im Eisenbahnverkehr mit Frankreich tritt zum 1. Dezember 1928 ein Eisenbahn tarif für den Personen- und Gepäckverkehr über Genf und Simplon in Kraft. Der neue Tarif enthält die Verförderung Abfertigungen und -preise für eine Reihe Bahnhofsverbindungen. Über den Inhalt des neuen Tarifs ist bei den Reichsbahnausfertigstellungen alles Nähere zu erfahren; in Leipzig bei der Ausfertigstelle im Hauptbahnhof, Westseite.

Achtung!

Möbel
in großer Auswahl zu
billigen Preisen und
gegen Zahlung
Möbelhandlung
S. Wresinski
Königl. Hofmöbel
Görlitz, Markt 15.
Görlitz, Rathausstr. 10.

Bettstellen

mit Matratze ein
Authentisch
und ein
Herrenrad
zu verkaufen
Markranstädt
Zwenkauer Str. 9, I.

Schlafzimmer

Eiche lackiert
durch 130 cm
komplett
Mk. 500

15% Rabatt
bei Barzahlung
Möbelhaus Poll
Eutritisch. Markt
Großb. 14, 16, 21

Räbmöbelne
neu und gebraucht
zu verkaufen
Aach., Frankfurter
Strasse 22, Räbmöbel
engelshof*

Photographien

Vergrößerungen
nach Platte od. Film
13x18 cm Mk. 0.8
18x24 cm Mk. 1.1
Ordinare Formate
entsprech. Photo
Mittelmann, Leipzig
Petersteinweg 15

Gitarre

Stahlstelle
für Herrn
Hofmeister 10, pl.

Gefunden

haben Sie den Weg
zum Erfolg, wenn
Sie in der Leipzig
Golfreitigung Ihre
Waren anbieten!

Diverses

+ Allthe +
Sanitätsausstattung modern
hyg. kosmet. Artikel
M. Thees
Leipzig 38, Henrietten-
straße 4. Auswärts-
verband. Tel. 41182

Gepäckreparaturen
aller Art billig
Gewandsäubern
Puppenklinik

Puppen-Klinik

Guido Reuther
Ronneburgstrasse 3
Echtehaarperücken — Frisierette

Rattenbekämpfung

vom Ratsvorsteher übernommt
Schuchhardt, Meliorstr. 2, Tel. 66223

Verleihungen

Junges Braupaar
z. 1 od. 2 leere Zimmer.
A. Schuchhardt, L. O. 28,
Elisabethstr. 22, pt.

Gefunden

Schlafstelle mit einem
und zwei Bettlen in
Leutwig oder Böhlig.
Ehrenberg, Lindenau
oder Panitzsch.
Offerten unter Nr. 93 an die Expedi-
tion die Blatt, Tauchaer Str. 1921

Nimm

Erdal, das alte, gute Erdal zur
Schuhpflege. Laß Dir nichts
anderes aufreden. Ist es im
einen Laden nicht zu haben
dann sicher im anderen.
Verlange und besteh auf

Erdal

Dazu Erdal-Kwak-Serienbilder!

Ruhrmagnaten und ihr Danf

Was zahlte das Reich den einzelnen Ruhrherren?

In den Jahren 1924 und 1925 zahlte das Reich den Ruhrmagnaten und einigen anderen Großindustriellen des Westens als Entschädigung für ihre Verluste durch den Einbruch der Alliierten Franken, also nahezu eine Milliarde schweizerische Franken, oder den fünften Teil der französischen Kriegskontribution von 5 Milliarden nach dem Deutsch-Französischen Kriege in den Jahren 1870/71, fast ein Drittel unserer heutigen Reparationslast.

Wohl niemals so aus dieser Erde eine Summe von solchen Umfangs so formlos versprochen und so prompt ausgezahlt worden, wie diese 715 Millionen Mark. Die erste rechtliche Grundlage des Anspruchs der Ruhrmagnaten auf Entschädigung durch das Reich ist ein formloser Brief von Herrn Hugo Stinnes senior aus seinem Bureau, Potsdamer Str. 75, III., an den Reichsfinanzier, der mit den Worten beginnt: „Sehr geehrter Herr Stresemann! Unter Bezugnahme auf Ihre telegraphischen Mitteilungen von gestern abend, die wegen Störung nur teilweise für mich verständlich waren usw.“

Jedenfalls war es geschäftstüchtig von Herrn Hugo Stinnes, daß er angesichts der Störung des Telephones die Verhandlungen, die zur späteren Auszahlung von dreizehn Milliarden Mark an ihn und seine Vertrautengenossen führen sollten, der Vorsicht halber noch durch ein Schreiben, wenn auch nur in privater Form bestätigte. Wahrscheinlich hielt er es für vollkommen überflüssig, mit der Reichsregierung einen notariellen Vertrag zu schließen, denn er hatte zu Herrn Stresemann unbeschränktes Vertrauen, daß der Reichsfinanzier, wenn er diese formlosen Zettel in ebenso formlose Weise beantwortet und sich mit ihrem Inhalt einverstanden erklärt, niemals daran denkt, keine und seiner Vertrautengenossen Schadenersatzansprüche ganz oder teilweise abzulehnen. Der Reichsfinanzier erklärte sich bereits am nächsten Tage schriftlich mit den Grundzügen der erhaltenen Vorschläge des Herrn Hugo Stinnes einverstanden.

Die riesenhasten Zahlungen

Genaue Abrechnung haben wir über den Verbleib von 706 Millionen Mark aus diesem Betrag, indem 50 Millionen Mark an die Chemische Industrie, mehr als 15 Millionen Mark an Braunkohlenbetriebe, mehr als 20 Millionen Mark an die Rheinschifffahrt und 556 Millionen Mark an die Zechen und Bergbaubüros des Ruhrgebietes gelangten.

Die Stinneschen Zechen erhielten von diesen 556 Millionen Mark den schönen Posten von 21,9 Millionen Mark; die drei Stinnes unterstehenden Gesellschaften der Rhein-Siegemburgische Bergwerke A.G. und der Bochumer Verein erhielten zusammen nahezu 63 Millionen Mark. Da Hugo Stinnes senior in erster Linie in diesen Werken das größte Glück seines Hauses sah, so mag ihm die Aussicht auf den Eingang dieser 84 Millionen Mark, die erst nach seinem am 21. April 1924 erfolgten Tode ausgezahlt wurden, die letzten Monate seines Lebens eine große Beruhigung gewährt haben. August Thyssen, der erst im Jahre 1926 starb, erhielt für seine Werke mehr als 34 Millionen Mark; die Familie Daniel, als Besitzerin der Gutehoffnungshütte in Oberhausen und der Zechen Rheinpreußen und Neuhausen, erhielt auch nahezu 34 Millionen Mark. Die Firma Friedr. Krupp A.G. erhielt mehr als 15 Millionen Mark, die Rheinischen Stahlwerke 20,4 Millionen Mark, die Böhni-A.G. 17,5 Millionen Mark, die Klöckner-Werke 17 Millionen Mark.

Zahlungen und versteuertes Vermögen

In den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen zusammen gab es am 31. Dezember 1923 nur 7 Personen mit einem Vermögen von je mehr als 10 Millionen Mark, die zusammen ein Vermögen von noch nicht ganz 100 Millionen Mark hatten. Im Durchschnitt hat also jeder dieser sieben reichen Millionäre der beiden Provinzen nur etwas mehr als 27 Millionen Mark Vermögen. Hugo Stinnes sen. und August Thyssen sen. vereinigten beide ihr Vermögen und Einkommen seit Jahrzehnten in Mülheim (Ruhr) und haben nach Ausweis der Reichsstatistik am 31. Dezember 1923 zusammen nicht mehr Vermögen versteuert als annähernd 48 Millionen Mark, also pro Kopf im Durchschnitt nicht ganz 24 Millionen Mark. Da nun Hugo Stinnes bei weitem der reichste war und in Wirklichkeit ungefähr 400 Millionen Mark Vermögen besaß, so wird er wohl mindestens 30 Millionen Mark als sein Vermögen am 31. Dezember 1923 versteuert haben. Da Stinnes der Hauptbesitzer der Stinneschen Zechen und der drei genannten Werke der Rhein-Sieg-Union war, so sprang in die Augen, wie sehr die Entschädigungszahlung des Reiches in Höhe von rund 84 Millionen Mark das von ihm dollarierte Vermögen von 24 bis 30 Millionen Mark übertragt hat.

Da August Thyssen am 31. Dezember 1923 auf seinen Fall mehr als 24 Millionen Mark nach der amtlichen Reichsstatistik deklariert hat, so war die Zahlung des Reichs in Höhe von mehr als 34 Millionen Mark hat und dazu noch 3,6 Millionen Mark durch Steuerausrechnung, zusammen also fast 38 Millionen Mark an ihm um etwa 14 Millionen Mark größer als sein gesamtes deklariertes Vermögen.

Und doch handelte es sich in der Haupthache bei dem Schaden der Ruhrmagnaten nur darum, daß sie 27 Proz. ihrer Kohlenproduktion durch 6 bis 8 Monate ohne Bezahlung an die Alliierten liefern mußten, während sie die übrigen 73 Proz. ihrer Kohlenförderung verkaufen oder sonst verbrauchen konnten. Das von Frau Berta Krupp von Bohlen-Halbach deklarierte Vermögen betrug nach der amtlichen Statistik ungefähr 71 Millionen Mark und dementsprechend die vom Reich empfangene Entschädigung nur etwas mehr als 15 Millionen Mark. Dies sind sehr wahrscheinlich und zueinander passende Zahlen. Aber unmöglich kann der in reichlich 6 Monaten entstandene Schaden weit größer sein als die deklarierten Vermögen oder gar das Vermögen einer Hüttenzeche, besonders, wenn es sich in der Haupthache um die kostenlose Hinwendung von nur 27 Proz. der Kohlenförderung in nur rund 6 Monaten handelt.

Und Herr Fritz Thyssen ist heute als Vorsteher des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke A.G. mit einem Aktienkapital von 800 Millionen Mark der gewaltigste und zugleich der schärfste unter den Machthabern des Ruhrgebietes. Als er im Jahre 1926 die Thyssen-Werke in die Vereinigten Stahlwerke als Mitbegründer einbrachte, verlangte er und erhielt er nicht weniger als 208 Millionen Mark in Aktien der Vereinigten Stahlwerke A.G. als Entschädigung. Aus den 24 Millionen Mark des Thyssenschen Vermögens Ende 1923 waren in drei Jahren 208 Millionen Mark geworden! Rudolf Martin.

Armes Zementkapital!

Die thüringischen Zementbarone, die neben den Eisenbaronen sich als besonders üble Schäfermacher hervorhoben, waren die ersten, die 1923 den Achstundentag befehligen und an Stelle des Dreißig-Jahrs-Zwischenrichtsystems einführen. Diesen Vorstoß gegen den Achstundentag haben sie damals mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der Zementindustrie begründet. In den letzten Jahren hat sich die Zementindustrie aber sehr schnell erholt. Der Prüfung-Konzern, der jetzt die gesamte thürin-

gische Zementindustrie beherrschte, verteile bereits für das Geschäftsjahr 1924 8 Prozent und für die Geschäftsjahre 1925 bis einschließlich 1927 je 12 Prozent Dividende. Diese Dividende konnte ausgezahlt werden nach rechtlichen Abfestschriften und Rücklagen für die verschiedenen Fonds. Besonders interessant ist der Geschäftsbericht für 1927. Bei einem Aktienkapital von 4 200 000 Mark in Stammaktien und 11 000 Mark in Vorzugsaktien wurden 505 900,12 Mark abgeschrieben und 165 140,19 Mark der Sonderrücklage aufgeführt. Einschließlich Gewinnvortrag aus 1926 in Höhe von 63 032,40 Mark verblieben noch 647 226,06 Mark Reingewinn, aus dem 12 Prozent Dividende an die Stamm- und 8 Prozent an die Vorzugsaktionäre gezahlt wurden. Sicherlich kein allzu schlechtes Ergebnis für die „armen“ Aktionäre!

Der Russische Staat, der bei dem Prüfung-Konzern aus 10 Personen besteht, erhält jahrgangsweise neben einer festen Jahresentschädigung von 2500 Mark pro Mitglied und 5000 Mark für den Vorsteher 10 Prozent vom Reingewinn für die „überaus mühevole“ Tätigkeit dieser Herren, also 7500 Mark für das einfache Aufsichtsratsmitglied und zuletzt 10 000 Mark für den Vorsteher. Wie man sieht, nur ein paar „lumpige“ Mark im Vergleich zu den „horrenden Löhnen“ der Kominternisten! Kann man es unter diesen Umständen den Zementbaronen verdenken, wenn sie sich weiteren Anstieg den Zementbaronen verdenken, wenn sie sich weiteren Anstieg der Zementarbeiter einstellen, wenn sie sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sträuben?

Die Hauptlohnserhöhung sollte für die Zementarbeiter in Frage kommen, die durch Heraufsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden eine Lohnsenkung hatten. Gerade die thüringische

Zementindustrie war es, die sich in der Arbeitszeitfrage am längsten gegen die Einführung des Dreischichtensystems (acht Stunden für die durchgehenden Betriebsabteilungen) gewehrt hat. Erst am 23. Februar kam es nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen zu einer Vereinbarung vor dem Schlichter für Thüringen. Danach sollte ab 1. 6. 1928 und in den Betrieben, wo sich technische Schwierigkeiten ergaben, spätestens ab 1. 8. 1928 die Umwandlung vom Zweif- zum Dreischichtensystem erfolgen.

18½ Millionen Mark an Höhe ausbezahlt. Wie die RZG mitteilt, ist der Kammergarnspinnerei Stöhr u. Co. der größere Teil des freigegebenen Amerikanerhabs in Höhe von 3,0 Millionen Dollar = 18½ Millionen Mark ausgezahlt worden. Das Gesamtguethaben beläuft sich einschließlich der während der Belegschaftnahme aufgelaufenen Zinsen und Dividenden auf 5,5 Millionen Dollar. Der Kurs der Stöhraktien stieg am Montag an der Berliner Börse von 240% auf 281% Prozent. Im Januar war der Kurs zeitweilig 161 Prozent.

Gutes Geschäft bei Leipzig Spitäler. In der Generalversammlung der Leipziger Spitälerfabrik Barth u. Co. A.G., die in diesen Tagen stattgefunden hatte — über den Jahresabschluß war in der LV bereits berichtet worden — wurde mitgeteilt, der Geschäftsgang sei nach wie vor recht zufriedenstellend und die Kollektionen des Unternehmens ständen immer weiteren Anstieg. Man hoffe, für das laufende Jahr wieder einen befriedigenden Abschluß vorlegen zu können. Von der Absicht, eine Kapitalerhöhung vorzunehmen, sei man wieder abgelenkt, weil die Geldflüssigkeit die Ausgabe neuer Aktien überflüssig mache. Es wird beabsichtigt, die Waggonfabrik in Aš (Böhmen) abzutreten, weil diese Abteilung den Erwartungen nicht mehr entspreche und ein angemessener Preis

Rußland und die Arbeiterklasse

Die geschichtliche Stellung der russischen Revolution

Dieses interessante Thema behandelt der ehemalige ungarische Volkskommissar, Genosse Kunfi aus Wien, in Mitgliederversammlungen der SPD im Volksbunde und im Goldenen Löwen in Laucha. Genosse Kunfi sprach einleitend die verschiedenartigen Stellungen, die die Arbeiter zum Sowjetstaat und zur russischen Revolution einnehmen. Er betonte, daß die sozialistische Arbeiterschaft zu einer objektiven Würdigung der geschichtlichen Bedeutung der russischen Revolution kommen müsse. Kunfi erklärte, daß seine Erfahrungen mit den kommunistischen Methoden in Ungarn ihn zu einem ganz entschiedenen Gegner der Anwendung dieser Methoden außerhalb Rußlands gemacht haben.

Dieser erste Versuch, die kommunistischen Methoden in anderen Ländern anzuwenden, brach der ungarischen Arbeiterbewegung das Rädchen. Es führte zu einer gewaltigen Stärkung der Konterrevolution nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Europa.

Welche verhängnisvollen Folgen aber müßte es erst haben, wenn die russische Revolution ein Ende nähme wie die ungarische! Ein solcher Zusammenbruch würde nicht nur für das russische, sondern für das europäische Proletariat eine Katastrophe bedeuten, von deren Größe wir uns kaum eine Vorstellung machen können. So sehr wir aber auch am Erfolg der russischen Revolution interessiert sind, so wenig dürfen wir uns der Illusion hingeben, daß ihre Methoden für alle Länder maßgebend sein könnten, oder gar, wie die Kommunisten behaupten, die einzige mögliche und erfolgreiche wären.

Genosse Kunfi zeigte kurz, wie verschiedene die Wege der bürgerlichen Revolutionen in Nordamerika, Frankreich, England und Deutschland — je nach den verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und historischen Bedingungen in den einzelnen Ländern — gewesen sind und führte weiter aus: Es ist eine kindliche Vorstellung, anzunehmen, daß die proletarische Revolution im Gegensatz zur bürgerlichen in allen Ländern einen gleichmäßigen Verlauf nehmen werde. Nur Kindsköpfe können glauben, daß sie die soziale Revolution im Gegensatz zu allen anderen gleichmäßigen Umwälzungen überall in den gleichen Formen abspielen könnte. Die Kommunisten sind aber nicht nur solche Kindsköpfe, sie sind viel schlimmer, weil sie die Arbeiterschaft in allen Ländern zu russischen Methoden zwingen wollen,

die dort unter ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen einfach nicht anwendbar sind. In Rußland war zum Beispiel die politische Entzettelung aller nicht arbeitenden Schichten möglich, weil dort die Bürger niemals wirkliche politische Rechte hatten und weil das Bürgerrecht zahlenmäßig schwach war. Gewiß wird in Zeiten alter Revolution das Proletariat auch in anderen Ländern mit allen Mitteln kämpfen müssen. Über die Vorstellung, daß man auch in entwickelten Ländern auf die Dauer mit russisch-bolschewistischen Methoden regieren könnte, ist unsinnig.

Es ist unmöglich, einer Klasse politische Rechte und Freiheiten, die sie jahrzehntelang gehabt hat, für immer zu nehmen.

Wenn wir solche kommunistischen Vorstellungen ablehnen müssen, so dürfen wir aber auch nicht in das andere Extrem verfallen, das geschichtlich bedeutungsvolle Wert der russischen Revolution nicht anuerkennen. Das erste geschichtliche Große ist, daß mit der Revolution von 1917 die Republikanisierung der Welt eingeleitet wurde. Die Republik ist heute die herrschende Staatsform in der Welt, sie ist die Staatsform der gesamten gesitteten Menschheit geworden. Bedeutungsvoll ist weiter die entscheidende soziale Funktion der russischen Revolution: Sie hat den Feudalgrundbesitz zerstört; sie hat den Grund und Boden den 300 000 Feudalherren genommen und ihn 25 Millionen russischen Bauern als Eigentümern gegeben. Das ist kein Sozialismus, aber ein ungeheure geschichtlicher Fortschritt. Die russische Agrarrevolution war das Signal zu agrarischen Umwälzungen in allen ost-europäischen Agrarländern. Ihre Auswirkungen führen dort überall zum Sturz der Feudalherrschaft und zur Schaffung freier Bauern. Drittens war die russische Revolution ein Kanal für die Kolonialwölfe. Sie drückte auch diesen Ländern keinen Sozialismus, aber sie tief in China, Indien, Ägypten usw. starke nationale Bewegungen hervor. Alle diese Vorgänge zeigen die ungeheure geschichtliche Bedeutung der russischen Revolution.

Kunfi zeigte dann, wie sich die russische Revolution eingliedert in den großen geschichtlichen Prozeß der Erschütterung der Feudalherrschaft, in jene Entwicklung, die — von Osten nach Westen streitend — dem Kapitalismus die freien Bauern schafft, die er zu seiner Entfaltung braucht. Er stellte weiter dar, wie bedeutungsvoll es für die weitere Entwicklung ist, durch wen die Bauern befreit werden.

In Rußland ereignete es sich zum erstenmal in der Geschichte, daß die Arbeiter als Befreier der Bauern auftreten. Da stets eine gewisse ideologische Verbindung der Bauern mit ihren Befreibern zu beobachten war, ist zu hoffen, daß in Rußland ein wesentlich anderes Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bauern als in Westeuropa bestehen bleibt wird. In den ver-

losten Jahren hat sich das bereits ausgewirkt, indem die russischen Bauern aus Sorge um ihren erlangten Grundbesitz die Bolschewisten in den Abwehrkämpfen gegen die Weißgardisten unterstützten. Jetzt, nachdem sie elf Jahre im Besitz des Grund und Bodens sind, haben sie allerdings schon ein gewiss Gefühl der Sicherheit bekommen, sie fühlen sich als „rechtsmäßige Eigentümer“. Außerdem wollen sie nun auch wirtschaftlich und kulturell aufsteigen. Darum fangen die Bauern allmählich an, mit primitiven Mitteln gegen die Herrschaft der Bolschewisten zu rebellieren. In nicht zu ferner Zeit werden sie auch politische Forderungen stellen und sich offen gegen die kommunistische Diktatur auflehnen. Dann stehen 25 Millionen Bauern gegen höchstens 4 Millionen Arbeiter. Trotzdem darf man hoffen, daß sich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern in Rußland doch wesentlich anders gestalten wird, als in Westeuropa.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner dann mit den Bestrebungen der Kommunisten, „die Weltrevolution vorwärtszutreiben.“ Anfangs hofften die Bolschewisten, daß ihnen die erwartete Revolution in den westlichen europäischen Ländern ermöglicht werden, in Rußland den Sozialismus, wenigstens in gewissem Umfang, durchzuführen. Als sie sich in diesen Erwartungen enttäuscht sahen, tauchte das Gedanke auf, durch den revolutionären Krieg, die Revolution auf den Spuren der Bajonetten in andere Länder zu tragen. Als auch das nicht gelang, kam man zur „neuen ökonomischen Politik“. Die „Neu“ bedeutet nach anderen Behauptungen, den sozialistischen Willen auf die rasche Industrialisierung Rußlands zu konzentrieren. Diese Industrialisierung ist natürlich auch kein Sozialismus. Sie ist aber ein sehr beachtenswerter Versuch, einen Teil der Wirtschaft in großem Maßstab aufzubauen, ohne daß die Kapitalisten dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Jedenfalls hat das europäische Proletariat ein großes Interesse daran, daß dieser Versuch nicht durch Interventionen von außen her gestört wird. Die Kommunisten hoffen auf diese Weise, die Kommandogewalt über die Industrie zu behalten. Die durchgeführte Agrarreform war der Preis, den die Bolschewisten zahlten, um die Herrschaft zu erlangen. Das russische Proletariat befindet sich in einem tragischen Widerpruch: Es ist Klasse Bolschewiker einer Aufgabe, die nicht seine eigene ist. Es entwölft einen gewissen Staatssozialismus; das kann es aber nur tun, wenn es auf die Erfüllung seiner eigenen Aufgabe verzichtet. Politisch herrscht die russische Arbeiterschaft, aber im Produktionsprozeß sind die Arbeiter rechtslos, sind sie schlechter gestellt als zum Beispiel der deutsche Arbeiter.

Es besteht und wählt die Gefahr, daß die russische Arbeiterschaft ohne Koalitions- und Streikrecht, ohne Pressefreiheit und sonstige politische Rechte einstarrt und ihrem Klassengegner gegenübersteht.

Die russische Revolution war ein gewaltiger geschichtlicher Akt; sie bedeutet einen starken Rückhalt für die Arbeiter anderer Länder. Aber es besteht die Gefahr, daß sich die russische Arbeiterschaft in dem Augenblick, wo die Bauern politisch aktiv aufzutreten, nicht verteidigen kann.

Wo ist da ein Ausweg zu finden? Zweifellos sind in der kapitalistischen Welt Bestrebungen vorhanden, die proletarische Diktatur in Rußland mit Gewalt zu brechen. Hätten diese Bestrebungen Erfolg, wäre dies eine vernichtende Niederlage nicht nur für die russische Arbeiterklasse, sondern für das gesamte europäische Proletariat. Deshalb müssen sich die Arbeiter aller Länder gegen solche gewaltigen Eingriffe ausspielen. In dieser klaren Erkenntnis dürfen wir uns nicht beitreten lassen durch den gehässigen Kampf, den die Kommunisten gegen die Sozialdemokraten führen. Wir müssen als Sozialdemokraten gegen die kommunistischen Parteien kämpfen, aber wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, konterrevolutionäre Anschläge gegen Sowjetrußland zu unterstützen.

Positiv haben wir zu arbeiten, indem wir alle proletarischen Kreise in Rußland mit allen moralischen Mitteln unterstützen, die, wie die Menschenwerten, um die Demokratierung kämpfen. Nicht mit einem Schlag könnte Rußland demokratisiert werden, denn das würde die Herrschaft der Bauernmassen bedeuten. Aber allmählich muß die Arbeiterschaft Rechte wie in demokratischen Staaten bekommen. Sie muß gerüstet sein für den Augenblick, wo die Bauernmassen den Arbeitern gegenübertreten werden, damit das Proletariat dann kämpft ist und die Revolution verteidigen kann. Damit wird auch der utopistische Einstieg in der russischen Revolution und in der Auffassung der kommunistischen Arbeiterschaft befeitigt werden.

Das wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterschaft in den anderen europäischen Ländern eine klare sozialistische, klassenpolitische Politik treibt. Tun wir das, leisten wir wichtige Vorarbeit zur Einigung des Proletariats und damit auch für die nächste Etappe der europäischen Revolution. Mit einer solchen Politik leisten wir der europäischen Arbeiterschaft und zugleich auch der russischen Revolution den besten Dienst.

Eine Debatte über den instruktiven, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Kunfi wurde nicht beliebt, so daß der Vorsitzende, Genosse Schönfeld, mit dem Appell an die Versammlungen, die Auseinandersetzungen aus Kunfs Ausführungen zu ziehen, schließen konnte.